

(Beginn: 15.39 Uhr – Ende: 22.13 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 43. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister. Die Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld und Porz sind schon hier; herzlich willkommen, lieber Josef und lieber Horst. Ich begrüße auch alle Mitglieder des Rates.

Auf Ihren Tischen finden Sie die neu aufgelegte Broschüre „Köln ist“. Sie enthält insgesamt zwölf Flyer mit Informationen zum Standort Köln, zur Kultur, zur Geschichte, zur Wirtschaft und zu Freizeit und Sport. Der Flyer ist an sich eine Lektüre für zu Hause, aber wenn Sie schon einmal hineinblicken wollen, kann ich Ihnen das nicht verbieten. Allerdings gibt es Grund genug, aufzupassen; denn die Punkte, die wir heute behandeln werden, sind wichtig.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Holländer, Herrn Ott und Frau Schlitt.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst kommen wir zum Beschluss über die Festlegung einer Aktuellen Stunde - dazu lagen zwei Anträge vor -, und danach werden wir die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte festlegen.

Es lagen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Zum einen hatte die CDU-Fraktion beantragt, eine Aktuelle Stunde zum Thema „Anti-Islam-Kongress“ der Bürgerbewegung pro Köln am 20. September 2008 durchzuführen. Zum anderen hatten die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag gestellt, in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Zukunft des Flughafens Köln/Bonn“ zu debattieren. Beide Anträge sind zwischenzeitlich zurückgezogen worden.

Lassen Sie mich dennoch zu den beiden Anträgen Folgendes sagen:

Zuerst zum Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Sie dürfen davon ausgehen, dass wir zu unserem Ratsbeschluss stehen und im Interesse

der Stadt Köln und unseres Flughafens dafür sorgen werden, dass er umgesetzt wird. Ich als Oberbürgermeister habe dazu schon intensive Gespräche geführt. Da ich den Eindruck hatte, dass in die Gespräche zwischen Bund und Land jetzt Bewegung gekommen ist, hatte ich den vorgestern anberaumten Termin eingefordert und werde natürlich in Kürze die Gespräche wieder aufnehmen. Ich hoffe, dass die Gespräche zu unseren Gunsten ausfallen, damit wir dann auch zu unserem gemeinsamen Ziel kommen. Herr Börschel, wir als Rat haben ja dazu eine einvernehmliche Entscheidung getroffen.

(Martin Börschel [SPD]: Das bleibt auch so!)

- Dabei bleiben wir.

Über das Thema des anderen Antrags haben wir uns bereits in der letzten Sitzung unterhalten. Alle demokratischen Parteien haben hier bereits zugesagt, sich dagegen zu wehren und querzustellen. Gehen Sie davon aus, dass auch ich als Oberbürgermeister dazu bereit bin und gerne zur Gegendemonstration der Bewegung „Wir stellen uns quer“ am Samstagmorgen gehen werde. Ich selbst werde um 10 Uhr auf dem Roncalliplatz den Reigen der Reden eröffnen. Ich denke, das ist im Sinn von uns allen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln)

Wir werden deutlich machen, dass wir eine solche Veranstaltung in unserer Stadt erstens nicht gerne sehen und dass wir uns zweitens entsprechend artikulieren. Ich begrüße viele Initiativen, die aus der Bürgerschaft selbst entstanden sind, wie zum Beispiel die Kölner Wirte, aber auch die Gewerkschaften und die Kirchen, die alle seit an Seit stehen. Ich denke, wir werden an diesem Tag eine geschlossene Reihe bilden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln)

Wir kommen nun zur Festlegung der Tagesordnung.

Zunächst zu den Punkten, die aus den verschiedensten Gründen - zum Teil wurden sie von den Ausschüssen zurückgestellt, zum Teil sahen die Verwaltung oder die jeweiligen Fraktionen noch Gesprächsbedarf - abgesetzt wurden: Das sind zunächst die Punkte 5.1.1, 5.1.2 und 5.1.3. Vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen wurde der Punkt 5.2.1 zurückgestellt.

Auch zurückgestellt wurden die Punkte 9.17 und 9.18, die zunächst in den Ausschüssen beraten werden sollen. Der Punkt 9.19 wurde vonseiten der Verwaltung zurückgezogen. Der Punkt 9.20 wurde ebenfalls zurückgestellt. Der Punkt 11.2 wurde vom Vorhabenträger zurückgezogen.

Wir schlagen Ihnen die Zusetzung folgender Tagesordnungspunkte vor: 3.2 sowie 9.21 und 9.22. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwaltung hat den Punkt 9.21 zusetzt. Das ist eine Tischvorlage, zu der wir noch Beratungsbedarf haben. Am heutigen Tage konnten wir darüber nicht ausführlich genug diskutieren. Wir bitten deshalb darum, diesen Punkt entweder in der nächsten Ratssitzung zu behandeln oder ihn in die Ausschüsse zu schieben. Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Breite, vielen Dank. Ich muss die Verwaltung dazu fragen, ob sie darin ein Problem sieht. Gibt es wichtige terminliche Gründe, die dagegen sprechen? - Herr Streitberger, bitte.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht hier um ein Projekt, das mit Geldern der Europäischen Union gefördert wird. Wir haben das Projekt angemeldet und mit den Vorbereitungen zu diesem Projekt bereits begonnen. Zur Vermeidung einer Dringlichkeitsentscheidung habe ich darauf geachtet, dass es eine Beratung hier im Rat geben kann. Wenn Sie das heute nicht beraten können - es ist ja noch ein bisschen Zeit, sich das anzuschauen; das ist nicht so schwierig -, dann stellt sich die Frage, ob Sie einer Dringlichkeitsentscheidung in den nächsten Tagen zustimmen. Bis zur nächsten Ratssitzung können wir damit nicht warten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wären Sie damit einverstanden, dass wir das notfalls auch per Dringlichkeitsentscheidung beschließen?

**Ulrich Breite** (FDP): Selbstverständlich. Die Vorlage ist gerade erst gekommen, und wir wollen noch darüber beraten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dafür habe ich Verständnis. Auf der anderen Seite sollten wir uns ein Projekt, bei dem wir eventuell Aussicht auf Gelder haben, nicht entgehen lassen.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie haben vollkommen recht. Es geht hier aber um die Zusetzung von Personalstellen und deren Finanzierung. Wir möchten gerne überprüfen, welche Auswirkungen das möglicherweise hat.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay. Unter Umständen kommen wir kurzfristig auf euch zu. Wollen wir es so machen? - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Zum Tagesordnungspunkt 26.4, Rhein-Energie AG, im nichtöffentlichen Teil nenne ich nur das Stichwort Wuppertal.

(Lachen von Gabriele Schlitt  
[Bündnis 90/Die Grünen])

Dieses Geschäft ist geplatzt. Das brauchen wir meines Erachtens nicht noch nachträglich billigen. Deswegen meine ich, dass man diesen Tagesordnungspunkt absetzen kann.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja, das könnte man meinen, Herr Detjen. Wir haben aber folgenden Vorschlag, mit dem wir formaljuristisch auf der sicheren Seite liegen: Obwohl wir wissen, dass sich die Sache im Prinzip erledigt hat, nehmen wir aber einen im Hauptausschuss gefassten Beschluss immerhin so ernst, dass wir ihn hier noch einmal formal bestätigen wollen, wenngleich der Sachverhalt überholt ist. Deswegen lassen wir diesen Punkt auf der Tagesordnung.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Auf Antrag mehrerer Fraktionen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird vorgeschlagen, den Punkt 11.4, Bauplan der Moschee, vorzuziehen. Dieser soll nun zu Beginn der Behandlung der Verwaltungsvorlagen als Punkt 9.0 behandelt werden. Herrscht darüber Einvernehmen? - Dann werden wir es so machen.

Außerdem schlage ich vor, den Tagesordnungspunkt 9.10, Planungsauftrag Archäologische Zone, nach dem Tagesordnungspunkt 9.6, Projektdossier Archäologische Zone, zu beraten. Wenn wir diesen Punkt vorziehen, passt das inhaltlich gut zusammen. Sind Sie damit einverstanden? - Ich sehe keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Tagesordnung insgesamt einschließlich der von mir genannten Veränderungen ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 1:

#### **1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Zu 1.1:

##### **1.1 Annahme der Schenkungen „Elements #5“, 1987, und „Fireplace Mantel with Seats“, 1981-1983, von Siah Armajani durch Frau Dr. Dorothea Zwirner, Berlin, an das Museum Ludwig 2178/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um Beschlussfassung bitten. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist diese Schenkung einstimmig angenommen. Wir danken der Sponsorin ganz herzlich im Namen von Rat und Verwaltung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2.1.1 auf:

##### **2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „KölnTage der Museen“ AN/1306/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion  
AN/1345/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der FDP-Fraktion  
AN/1724/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln  
AN/1725/2008**

Zunächst haben dazu die Antragsteller das Wort. Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass sich insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Medien einen anderen zeitlichen Ablauf der Sitzung gewünscht hätten. Deswegen mein Angebot: Wir werden uns möglichst kurzfassen, wenn Sie im Gegenzug den Respekt aufbringen, die Anliegen, die die Parteien hier im Rat in Form von Anträgen zum Ausdruck bringen, trotz anderer Gewichtung nicht unter den Tisch fallen zu lassen, sondern diese entsprechend zu berücksichtigen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur in aller Kürze: SPD und Grüne stellen heute einen gemeinsamen Antrag, die „KölnTage der Museen“ zunächst in Köln durchzuführen. Das ist ein Anliegen, das die SPD und auch die Grünen schon länger verfolgen und, um der Wahrheit die Ehre zu geben, das von Jan Brügelmann schon im Jahre 2001 propagiert worden ist.

Der Grundgedanke der KölnTage ist einfach: Der Personalausweis dient als Eintrittskarte. Wir wollen keine Bürokratie, sondern bieten an jeweils einem Tag im Monat allen Menschen, die ihren Erstwohnsitz in Köln haben, was durch die Adresse in ihrem Personalausweis dokumentiert ist, freien Eintritt zunächst zu den Kölner Museen an. Es ist absolut denkbar und auch wünschenswert, in Zukunft auch andere Institutionen in diese „KölnTage“ aufzunehmen.

Unabhängig von der Frage einer zeitlichen Beschränkung wollen wir des Weiteren auch allen unter 18-jährigen Kölnerinnen und Kölnern, allen Schülerinnen und Schülern und vor allem auch allen Köln-Pass-Inhaberinnen und -Inhabern jederzeit freien Eintritt in die ständigen Sammlungen anbieten.

Wie finanzieren wir das? Zum einen wollen wir durch den jeweils einmal monatlich stattfindenden Tag, durch eine solche konzertierte Aktion, sicherstellen, dass sich dafür Sponsorinnen und Sponsoren finden werden. Zum anderen hat das Haushaltsbündnis aus CDU, SPD und Grünen dafür schon Mittel in den Etat 2008 und 2009 eingestellt, da Einnahmeausfälle nicht ganz auszuschließen sind.

Warum machen wir das? Auch das soll ganz kurz gesagt werden. Erstens soll mit den „KölnTagen der Museen“ die Identifikation der Menschen mit ihren Einrichtungen in Köln gestärkt

werden. Denn die Menschen in Köln, die Kölnerinnen und Kölner, zahlen mit ihren Steuergeldern alle Einrichtungen wie Oper, Schauspiel, Museen und andere Dinge mehr.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Diese Einrichtungen sind im Übrigen hoch subventioniert, nämlich von unserem städtischen Haushalt und damit aus den Mitteln der Bürgerinnen und Bürger. Zweitens schaffen wir damit den Anreiz, auch den Erstwohnsitz hier anzumelden,

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

weil es sich eben lohnt, Kölnerin oder Kölner zu sein, erst recht, wenn das Angebot noch ausgeweitet wird.

Noch ein weiterer Aspekt der KölnTage ist hervorzuheben: Wir wollen damit dem Zerfall der Stadt in Arm und Reich und damit einer gesellschaftlichen Ausgrenzung allein wegen des Geldbeutels entgegenwirken. Indem wir die KölnTage für alle Kölnerinnen und Kölner schaffen, schaffen wir auch sozialpolitisch für bestimmte Bevölkerungsgruppen einen Anreiz und wirken damit praktisch und tatkräftig dem Zerfall der Stadt in ärmere und reichere Bevölkerungsschichten entgegen. Deswegen ist uns dieses Projekt ein besonderes und eben doppeltbegründetes Anliegen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Das Ganze tut am Ende auch den Einrichtungen gut; ich meine damit die Museen, die Oper, das Schauspiel und die anderen. Erfahrungen anderer Städte haben eindeutig gezeigt, dass, wenn man so etwas macht, mehr Menschen kommen. Das erhöht die Attraktivität, und die Besucherinnen- und Besucherzahlen steigen. Das hat einen sich selbst steigernden Effekt. Es ist gut, so etwas zu haben. Die Menschen mögen ihre Einrichtungen, und sie sollen sich an sie binden und ihre Identifikation mit ihnen erhöhen. Deswegen bitte ich ganz herzlich alle in diesem Rat, diesem Anliegen, das doppeltbegründet ist, zuzustimmen.

Wir können einen großen Teil der Anliegen, die die FDP in ihrem Änderungsantrag deutlich gemacht hat, übernehmen - das will ich vor der Abstimmung noch dokumentieren -, weil wir schon in unserer damaligen Pressekonferenz gesagt haben, dass für uns der regionale Gedanke an dieser Stelle wichtig ist, wenn er auf Gegenseitigkeit beruht.

(Beifall von Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD])

Wegen der Steuerfinanzierung durch die Kölnerinnen und Kölner halten wir nichts davon, hier einseitig in Vorleistung zu treten und zu sagen: Jetzt gibt es freies Museum für alle. Wir wollen dokumentieren, dass das nur funktioniert, weil die *Kölnerinnen und Kölner* das bezahlen. Wenn es Rheinland-Tage gäbe, die auf Gegenseitigkeit beruhten, wenn also der Landschaftsverband Rheinland, die umliegenden Städte und Kreise, beschließen würden, dass das wechselseitig auch so gemacht würde und aus den KölnTagen die Rheinland-Tage würden, dann hätten wir nichts dagegen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Börschel. Für die grüne Fraktion Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Nachträglich noch einmal herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz kurz zu dem Antrag, den wir bereits in einer Pressekonferenz vorgestellt haben und der ein entsprechendes Medienecho gefunden hat. Ich knüpfe an das an, was Herr Börschel gerade gesagt hat. Die KölnTage sind toll; denn das ist ein Zusatzangebot für die Kölnerinnen und Kölner. Auch Rheinland-Tage wären toll; denn sie wären ein Zusatzangebot für die Rheinländer. Dazu bedarf es aber des Gebens und Nehmens - das wäre ein richtiger Schritt.

(Josef Müller [CDU]: Deutschland-Tage wären noch besser!)

Es gibt eine Menge Leute - in meiner Fraktion sind sie sehr zahlreich -, die sich darüber freuen würden, wenn es Deutschland-Tage oder sogar - ich übertreibe jetzt vielleicht ein bisschen - Welt-Tage geben würde. Es gibt durchaus Städte auf der Welt - auf diese beziehen sich bestimmte Leute immer gerne -, die grundsätzlich kostenlosen Eintritt anbieten. Dort ist der Eintritt also an allen Tagen für alle frei. Beispiele dafür bieten Washington in den USA, aber auch bestimmte Städte in England, wobei man allerdings wissen muss, dass Letztere zum Teil von der EU bezuschusst werden. Sogar in Ländern der Dritten Welt gibt es Städte, die kostenlose Museumstage für alle anbieten.

Ich will damit sagen, dass wir in dem Ziel doch einig sind. Wer wünscht sich nicht, dass kulturelle Bildung möglichst breit und möglichst frei zugänglich ist? Das stößt natürlich immer an bestimmte Grenzen. Deswegen glaube ich, es ist gut, wenn wir jetzt diesen ersten Schritt tun. Wir müssen dann die haushaltspolitischen Auswirkungen bewerten und die Erfahrungen, die wir machen werden, auswerten. Martin Börschel hat gerade gesagt, dass es hochattraktiv wäre, wenn allen freier Eintritt gewährt würde.

(Martin Börschel [SPD]: Das wäre schön!)

Es kann natürlich auch sein, dass das Museum dann so voll wird, dass das nicht mehr hochattraktiv ist. Wir könnten dann auf die Idee kommen, jede Woche einen freien Tag anzubieten. Natürlich muss das alles immer vor dem Hintergrund der Haushaltslage gespiegelt werden. Deswegen freue ich mich über diesen ersten Schritt und bin natürlich auch vom FDP-Antrag angetan.

Ich denke, bei diesem Thema müssen wir weiterhin am Ball bleiben und uns überlegen, wie wir Kultur noch viel breiter in der Bevölkerung verankern können. Das gilt von Klein - denn bei den Kleinen fängt man an - bis Groß, und zwar für alle sozialen Gruppen in dieser Stadt. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Herr Dr. Lemper für die CDU-Fraktion, bitte.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Auch von mir noch einmal herzlichen Glückwunsch nachträglich zu Ihrem Geburtstag! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag der SPD, den der kulturpolitische Geleitenheitsarbeiter, Herr Börschel, hier vorgetragen

(Lachen bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das würden Sie sich doch nur wünschen!)

und nach dem Verursacherprinzip jetzt so einige Rückzieher gemacht hat - darauf komme ich noch -, hat ja zwei Aspekte:

Der erste Aspekt - darüber sind wir uns sehr schnell einig - ist der kulturpolitische Aspekt, nämlich die Museen an einem Tag für die Bevöl-

kerung zu öffnen. Ob das jetzt gleich in die Aussage münden muss, dass das eine Bekämpfung des Zerfalls in Arm und Reich darstellt, lasse ich einmal dahingestellt - ein gewisser ideologischer Überbau muss ja immer mitgeliefert werden.

(Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen] - Martin Börschel [SPD]: Nur, wenn man ihn hat! - Lachen von Jochen Ott [SPD])

- Nein, das ist einfach eine gute Idee.

Da wir schon bei Vaterschaft sind - die Erwähnung von Brügelmann war richtig; denn er hatte das auch schon vorgeschlagen -, will ich Ihnen auch etwas dazu sagen: Ich habe damals in einer ganz anderen Funktion an regionalen Gesprächen teilgenommen. Dort ging es darum, die Museen für alle zu öffnen. Das ist leider gescheitert, übrigens teilweise auch an der Stadt Köln. Also: Auch wir wollen - das ist Konsens bei allen demokratischen Fraktionen - diese Museen in Köln, die vieles zu zeigen und zu bieten haben, an diesem Tag öffnen.

Aber der zweite Aspekt, verehrter Herr Börschel, ist wirklich peinlich. Ihr Antrag ist ausschließlich bezogen auf die Kölnerinnen und Kölner. Damit bringen Sie zum Ausdruck, dass Sie offensichtlich nicht in der Lage sind, unsere Kulturpolitik in einen regionalpolitischen Zusammenhang zu stellen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Zwei Wochen, bevor Sie Ihren Antrag eingebracht haben, haben wir über die Region Rheinland diskutiert. Ich hatte gehofft, dass diese Diskussion zwei Funktionen hat, nämlich dass wir uns zum einen in der Sache austauschen und dass gleichzeitig auch ein Stück weit Bewusstseinsbildung, möglicherweise auch bei der Fraktionsspitze der SPD, über die Notwendigkeit von regionaler Zusammenarbeit stattfindet.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen:

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben doch den Oberbürgermeister dafür kritisiert! Es war doch Ihr Papier!)

Der Landrat des Rhein-Erft-Kreises Werner Stump hat organisiert, dass Schülerinnen und Schüler des Kreises mit Bussen zu den Museen nach Köln transportiert werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich diese kulturellen Einrichtungen anzuschauen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat er das denn auch anders herum organisiert?)

Im gleichen Augenblick bringen Sie einen Antrag ein, in dem Sie sagen, dass die hier aber nicht umsonst in die Museen kommen dürfen. Sie erichten damit gewissermaßen eine Sperre.

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Lesen Sie den Antrag doch einmal richtig!)

- Doch, das stimmt.

(Zuruf: Sie haben doch den Antrag nicht gelesen! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Alle Schülerinnen und Schüler können umsonst kommen!)

- Entschuldigung, darum geht es überhaupt nicht. Es geht um die Tatsache, dass hier ein Beispiel dafür geliefert wird, dass auch das Umland die kulturellen - -

(Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen] - Zurufe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen: Lesen Sie doch einmal den Antrag! - Jochen Ott [SPD]: Lesen hilft!)

- Lassen Sie mich doch ausreden. - Herr Oberbürgermeister, ich nehme nicht an, dass der organisierte Versuch der Unterbrechung auf meine Redezeit angerechnet wird. - Hören Sie mir bitte zu!

Während die gesamte Region, also das Umland, Bonn, Leverkusen, insbesondere auch die Kreise wie der Rhein-Erft-Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis, versucht, eine vernünftige regionale Zusammenarbeit zu ermöglichen und zu betreiben, wird hier ein Antrag eingebracht, der diese Versuche von Regionalpolitik und regionaler Zusammenarbeit zu nichte macht. Meine Damen und Herren, ein letzter Satz.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Eine Zwischenfrage von Herrn Börschel?

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Ja, bitte.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel, Ihre Zwischenfrage, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Lemper, offensichtlich kennen Sie den Antrag doch nicht so gut. Da Sie ja wissen, dass Lesen, jedenfalls im Regelfall, auch bildet,

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

würde ich Sie gerne vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen, dass es jetzt nicht möglich sei, Schülerinnen und Schüler aus dem Rhein-Erft-Kreis - -

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Das habe ich überhaupt gar nicht gesagt. Ich habe das als Beispiel genannt, -

**Martin Börschel (SPD):** Herr Lemper, lassen Sie mich das doch zu Ende bringen.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** - dass sich der Rhein-Erft-Kreis bemüht, auch die kulturellen Einrichtungen in Köln ohne die von Ihnen vollzogenen Grenzen wahrzunehmen; Sie hingegen begrenzen das.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir begrenzen die doch gar nicht!)

Das war das Beispiel.

**Martin Börschel (SPD):** Ich würde Ihnen jetzt gerne meine Frage stellen, Herr Lemper. Sie haben eine Frage zugelassen; das hätten Sie ja nicht tun müssen. Sie sorgen sich so um die per Bus nach Köln gebrachten Schülerinnen und Schüler aus dem Rhein-Erft-Kreis und befürchten, dass diese möglicherweise vor dem Hintergrund dieses Antrags keinen freien Eintritt erhalten.

(Zurufe bei der FDP: Nein!)

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Nein. Herr Börschel, - -

**Martin Börschel (SPD):** Wie bewerten Sie es denn dann, dass im Antrag ausdrücklich steht, dass generell freien Eintritt in die ständigen

Sammlungen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen, -

**Dr. Lothar Theodor Lemper** (CDU): Das haben Sie eben schon alles vorgetragen; das wissen wir schon alles. Darum geht es überhaupt nicht.

**Martin Börschel** (SPD): - an Hochschulen, an Berufsschulen und berufsbildenden Schulen haben. Deswegen müssen Sie uns dann doch erklären, worum es geht.

**Dr. Lothar Theodor Lemper** (CDU): Sie haben es immer noch nicht verstanden.

**Martin Börschel** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben das nicht verstanden.

**Dr. Lothar Theodor Lemper** (CDU): Nein, Sie haben es immer noch nicht verstanden.

(Martin Börschel [SPD]: Dies ist doch unser Antrag, Herr Lemper, den Sie nicht gelesen haben!)

Sie haben einen Antrag eingebracht, mit dem Sie die Möglichkeiten eines Museumsbesuchs bei freiem Eintritt ausschließlich auf die Kölnerinnen und Kölner begrenzt haben.

(Zurufe bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Sie haben damals einen Antrag eingebracht - ich habe ja schon von Rückziehern gesprochen - und haben das jetzt leicht korrigiert,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das haben wir gar nicht!)

allerdings auch wieder nicht so, wie wir es wollen. Wir dagegen haben einen Antrag eingebracht,

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben unseren Antrag nicht gelesen! Geben Sie es doch zu! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Peinlich!)

der vorsieht, dass alle Museen in dieser Stadt für alle Bürger der Region an einem Tag im Monat frei zugänglich sind. Es gibt hier also nicht die Begrenzung auf Kölnerinnen und Kölner.

(Martin Börschel [SPD]: Peinlich! Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

- Entschuldigung, Ihr Antrag sieht das nicht vor.

(Martin Börschel [SPD]: Doch! Da steht „alle Schülerinnen und Schüler“ drin! - Zurufe)

- Hören Sie, alle Schülerinnen und Schüler sind nicht alle Bürgerinnen und Bürger der Region. Das ist doch ein Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das ist aber eine Herumeierei, Herr Lemper! Sie haben den Antrag nicht gelesen! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht doch „alle Schüler“ drin!)

Unser Antrag sieht vor, dass wir unsere Museen für alle Bürgerinnen und Bürger der Region öffnen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP)

Mit meinem Beispiel wollte ich zum Ausdruck bringen, welchen regionalpolitischen Flurschaden Sie mit Ihrem Antrag angerichtet haben, der jenseits dessen liegt, was im kulturpolitischen Bereich sinnvoll ist. Es ist bedauerlich, dass Sie das Regionalbewusstsein diskreditiert haben, anstatt einen Versuch zu machen und zu begreifen, dass wir in der Region in allen wesentlichen Bereichen vernetzt zusammenarbeiten müssen. Angesichts dieser Erkenntnis können Sie nur dem Antrag der CDU zustimmen; denn dieser öffnet die Einrichtungen für die gesamte Region.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank, Herr Dr. Lemper. Ich weiß gar nicht, warum sich so aufgeregt wird; denn wir wollen doch alle, dass die Museen geöffnet werden. Spart euch eure Kräfte für die anderen Themen. Für die FDP spricht Herr Repgen, bitte schön.

**Dietmar Repgen** (FDP): Ja, man erlebt doch immer wieder überraschende Sachen. Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Schluss mit der Lemperei.

(Heiterkeit bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Dr. Lemper, dass Sie den Antrag der FDP begründet haben -

sollte das damit verbunden sein, dass Sie Ihren Eintritt in die FDP beantragen möchten,

(Zuruf: Nein! Die nehmen nicht jeden! - Heiterkeit)

dann können wir darüber gerne reden -; denn das erleichtert mir natürlich, die Position unseres Antrags noch einmal zu erläutern.

Das, was Sie gesagt haben, will ich unterstreichen; denn das Thema Region stammt nun einmal aus unserer Feder. Wenn Sie mit Region die ganze Welt meinen, dann hört sich das gut an. Darüber, wie weit das gefasst werden soll, kann man diskutieren. Nichtsdestotrotz ist die Idee nicht neu. Wir haben schon gehört, dass diese Idee ursprünglich von unserem ehemaligen Bürgermeister Jan Brügelmann stammt, der zwischen 1979 und 1984 Bürgermeister dieser Stadt war. Er hatte diese Idee damals vor dem Hintergrund entwickelt, hauptsächlich junge Menschen an die Kultur heranzuführen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Schon damals wurde damit ein kultureller und bildungspolitischer Ansatz verfolgt. Daran hat sich gar nichts geändert.

Ich freue mich, dass sich in den Reihen hier ein breiter Konsens abzeichnet, wobei ich eben ein wenig irritiert war, wie man aus diesem offensichtlich bestehenden breiten Konsens dann doch wieder eine Kontroverse stricken kann. Aber das ist nun einmal die Fähigkeit unseres Kollegen.

(Martin Börschel (SPD): Das ist Lemperei!)

- Genau. - Ich denke, dass wir am Ende doch zu einem Konsens kommen.

Uns war es wichtig, insbesondere im Vorfeld einer solchen Veranstaltung wie der Regionale 2010 die Bedeutung der Region stärker herauszustellen. Daher war der Ausgangspunkt unserer Überlegungen, dieses Angebot nicht nur auf Kölnerinnen und Kölner zu beschränken, sondern es den Einwohnerinnen und Einwohnern der gesamten Region zu machen. Wie wir das dann nennen, ist uns letztendlich egal, ob nun Köln-Tage oder Rheinische Museumstage oder - auch das wäre vorstellbar - Brügelmann-Tage.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Wichtig in diesem Zusammenhang war uns auch die Ausweitung der Öffnungszeiten. Wenn wir

das Vorhaben verwirklichen, wird die Öffnungszeit künftig - das ist der Punkt, über den wir uns einig sind - bis 22 Uhr erweitert. Das entspricht den veränderten Lebensgewohnheiten der Menschen, insbesondere im Freizeit- und Gastronomiebereich. Die Leute gehen später einkaufen, weil sie länger arbeiten. Deshalb sollten sie auch die Gelegenheit haben, die Museen länger zu besuchen. Wenn das an einem solchen Tag möglich ist, dann ist das sehr gut.

Ein weiterer Punkt war uns wichtig. Die städtischen Museen können diesen Service nicht allein anbieten. Es gibt noch andere Museen, die in nichtstädtischer Trägerschaft in Köln aktiv sind. Um ein möglichst einheitliches Bild abzugeben, sollten wir in Verhandlungen mit den nichtstädtischen Museen eintreten, um auch diese anzuhalten, ihren Besucherinnen und Besuchern diesen Service anzubieten.

Ich komme zum letzten Punkt, der auch schon angeklungen ist. Uns geht es um die Gegenseitigkeit. Wenn man über ein Projekt spricht, das die Region umfassen soll, dann muss die Region natürlich auch einbezogen werden. Wir hoffen doch sehr, dass sich die Region mit dieser Idee anfreunden und letztlich identifizieren kann. Wenn dieser regionale Tag, dieser kulturelle „Brügelmann-Tag“, sich in der Region verfestigt, dann ist dieses Ziel, diese 20 Jahre alte Idee auch in unserem Sinne erreicht. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank, Herr Repgen. Herr Detjen hatte sich gemeldet, bitte.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wir begrüßen den Vorschlag, den Besuch von Museen für Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler sowie Besitzer des Köln-Passes kostenfrei zu machen. Wenn das Angebot aber, wie in der Vorlage von SPD und Grüne zu lesen, nur auf die ständigen Sammlungen begrenzt wird, dann schlägt dieser Antrag im sozialen Bereich fehl. Uns wäre es wichtig - deswegen haben wir diesen Änderungsantrag eingebracht -, dass für diese Gruppe auch der Eintritt in die Sonderausstellungen kostenfrei ist. Wir sind der Meinung, dass gerade die Sonderausstellungen das Salz in der Suppe sind; die sind das Interessante. Die ständige Sammlung eines Museums besucht

man höchstens alle zwei, drei Jahre. Eine Sonderausstellung ist jedoch genau das, was man gerne besuchen will;

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die richtig viel Geld kosten!)

denn darüber wird berichtet und dazu gibt es Prospekte usw. Wir meinen, hier sollte nachgebessert werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund der kommunalen Daseinsvorsorge, der Ausbildung, der Qualifizierung und der Teilhabe am gesellschaftlichen Bildungs- und Lebensprozess wäre es geradezu angesagt, Inhaberinnen und Inhaber des Köln-Passes mit kostenfreier Benutzung anzulocken und dafür zu gewinnen, Sonderausstellungen wie zum Beispiel die Expressionismus-Ausstellung zu besuchen.

Ich finde es ausgesprochen schade, dass SPD und Grüne unseren Antrag nicht übernehmen. Ich habe das so verstanden, weil Sie nichts dazu gesagt haben. Bei mir ist die Botschaft angekommen, dass Sie unseren Änderungsantrag nicht übernehmen werden, obwohl die Kosten dafür relativ gering wären und eine Aufwertung des Köln-Passes damit verbunden wäre.

Meine Damen und Herren, daran kann man ganz deutlich sehen, welche Politik Sie in den nächsten Monaten einschlagen werden. Sie wollen die soziale Seite niedrig bewerten. Die soziale Seite wird in der Auseinandersetzung im Kommunalwahlkampf bei Ihnen keine Rolle spielen. Das ist nicht schlimm; denn wir werden das zu unserem Thema machen. Wir werden die Leute für diese Themen interessieren und auch mobilisieren. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Martin Börschel [SPD]: Ach, Herr Detjen, Sie sind ein Trittbrettfahrer!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz noch einmal, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Detjen, direkt dazu: Ich weiß, dass die Linke gerne ein Wunsch-dir-was-Konzert abhält. Ich wüsste auch, wie man den Antrag noch verbessern könnte. Aber man kann doch an dem Antrag an sich doch jetzt nichts Schlimmes finden. Eines sollten Sie dazu wissen, nämlich dass wir mit den Sonderausstellungen richtig Geld verdienen. Das heißt, dass Ihr Antrag das Vorhaben teuer

macht. Wir haben doch gerade zum Ausdruck gebracht, dass das nur ein erster Schritt ist, den man dann bewerten muss.

Erweitern kann man die Idee immer noch. Es gibt auch arme, geknechtete Witwen und Waisen außerhalb von Köln. Wenn ich allein mit einem Wunschimpetus herangehe, fallen mir noch mehr Ausweitungen ein. Zu diesem Zeitpunkt werden wir das jedoch ablehnen und das Angebot auf die Dauerausstellungen beschränken.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, noch einmal.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Frau Moritz, Sie schreiben doch selbst, dass es Ihr Ziel ist, alles kostenfrei zu machen, und weisen darauf hin, dass das in anderen Städten schon praktiziert wird. Wer sich ein bisschen mit dem Thema auseinandergesetzt hat, weiß ganz genau, dass Sonderausstellungen von der Gruppe, die ich genannt habe, sowieso relativ selten besucht werden. Dazu gibt es Untersuchungen der Sozialbehörde. Insofern würde es sich um eine geringe Summe an Geld handeln, wenn diese Vergünstigungen gewährt würden. Die Folgekosten wären überschaubar.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, dass unsere Kultureinrichtungen sehr gerne von Bürgerinnen und Bürgern der Umlandgemeinden genutzt werden. Ich muss Ihnen sagen, dass uns die Diskussion in der vorletzten Ratssitzung nicht gut getan hat. Ich bin vielfach in der Region angesprochen worden, was diese Kölner Sicht denn bedeuten soll. Man fühlt sich ausgeschlossen. Ich weiß nicht, ob uns die Diskussion über einen bestimmten Wochentag weiterführt. Das muss man einfach austarieren und dann einen günstigen Tag vorschlagen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass es der Kulturarbeit unserer Stadt sicherlich sehr gut anstehen würde, wenn wir einen solchen Tag einfach und unbürokratisch einführen. Wenn zum Beispiel der Donnerstag günstig ist, dann erweitern wir die Öffnungszeit an diesem Tag bis 22 Uhr, und zwar für *alle* Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Wer zu uns ins Museum in die Stadt kommt, kommt ja nicht nur, um ins Museum zu gehen, sondern bleibt auch in der Stadt und lässt Geld

hier. Es ist letztlich eine Einladung. Wir stellen uns doch immer als gastfreundliche Stadt, als Kulturmetropole dar. Wir könnten hier mit gutem Beispiel vorangehen und später schauen, ob das Umland das Seinige dazu tut. Das sollte man allerdings erwarten können, Herr Börschel; da gebe ich Ihnen völlig recht. Es ist ein guter Vorschlag, dass dann auch von dieser Seite die Kultureinrichtungen für uns als Besucher zu öffnen sind. Wir werden ja sehen, ob das Umland mitziehen oder sich ausklammern wird.

Mein Vorschlag ist, einen Tag festzulegen, an dem für *alle* bis 22 Uhr geöffnet ist. Das wäre für uns unbürokratisch zu leisten. Wir würden Personal an der Stelle sparen; denn wir müssten nicht besonders kontrollieren, was ein wirtschaftlicher Aspekt für die Museen ist. Bedenken Sie bitte, dass 70 Prozent der Besucher der Philharmonie aus dem Umland kommen. Das sollte man sich noch einmal vor Augen führen. Deswegen schlage ich vor, dass sich die Fraktionen auf diesen gemeinsamen Nenner einigen und dass man dieses Modell dann einige Jahre laufen lässt. - Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eben das wollte ich Ihnen gerade vorschlagen. Ich glaube, wir alle sind uns über das Ziel einig. Es gibt gewisse Nuancen, beispielsweise dass jemand aus der Region, der seinen Ausweis vorzeigt, kostenlos hereinkommt, sein Nebenmann aber, der gerade über die Grenze von Siegburg gegangen ist, bezahlen muss. Lassen Sie uns noch einmal zusammensetzen, um genau über so etwas mit den Fraktionen zu beraten. Ich denke, es stünde dem Rat gut an, wenn wir hier eine gemeinsame Lösung finden würden. Ich glaube, alle haben mittlerweile begriffen, dass wir die Region einbeziehen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist ein Geben und Nehmen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Oberbürgermeister, zu Ihrem Vorschlag will ich Folgendes sagen: Sie sind nun acht Jahre im Amt. Zum Umstand, dass Ihnen die Region derart am Herzen liegt, dass Auswärtige wie Kölner keinen Eintritt zu zahlen brauchen, frage ich mich, warum dieser Vorschlag nicht viel früher von Ihnen gebracht worden ist.

(Widerspruch bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es nützt doch nichts, dass Sie das ständig wiederholen; denn wie Sie wissen, bin ich seit acht Jahren sehr intensiv für die Region unterwegs.

(Beifall bei der CDU)

**Martin Börschel (SPD):** Es fragt sich nur, welchen Erfolg Sie damit haben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich habe sehr großen Erfolg.

**Martin Börschel (SPD):** Ich erinnere mich da an ein grundlegendes Papier des kulturpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Herr Dr. Lemper. Hierin hat er ganz fundamentale Kritik an der Arbeit des Oberbürgermeisters in der Region geübt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Hier hat er sich geirrt.

(Heiterkeit)

**Martin Börschel (SPD):** Ach, da hat er sich geirrt. Das soll bei Herrn Dr. Lemper ab und zu vorkommen; da haben sie recht.

Zu Ihrem Vorschlag will ich noch ein Letztes anmerken: Wenn Sie schon einen Vorschlag dazu machen, dann müssen Sie doch auch die Haushaltsmittel dafür einstellen. Doch das ist nicht passiert. Vielmehr hat das das Haushaltsbündnis mit unserem Antrag getan. Insofern ist es inkonsequent und Trittbrettfahrerei, hierzu noch neue Ideen einbringen zu wollen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich dachte, Sie hätten den Haushalt mit drei Fraktionen beschlossen.

**Martin Börschel (SPD):** Genau. Ich sprach vom Haushaltsbündnis. Ihr Vorschlag wurde nicht eingebracht, sondern es wurde Geld für unseren Vorschlag eingestellt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Aber es ist doch gemeinsam verabschiedet worden.

**Martin Börschel (SPD):** Sie haben Ihren Vorschlag eben nicht etatisiert.

Folgendes wollen wir vom FDP-Antrag übernehmen - ich kann das gleich der Schriftführung überreichen:

Aus der Ziffer I. übernehmen wir aus dem dritten Gliederungspunkt den zweiten und dritten Satz:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein geeignetes und unbürokratisches Verfahren für die Feststellung des Berechtigtenkreises eines freien Eintritts an den KölnTagen zu erarbeiten. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass trotz Gewährung eines freien Eintritts aus statistischen Gründen eine Besucherzählung möglich bleibt.

Aus Ziffer II. übernehmen wir den zweiten Gliederungspunkt, allerdings in der Form, dass er sich auf die Kölnerinnen und Kölner bezieht. Dass heißt, in diesem Punkt soll die Geburtstagsregelung nur für die Kölnerinnen und Kölner gelten.

Die Ziffer IV. übernehmen wir komplett. Hier steht folgender Satz:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den nichtstädtischen Museen zu verhandeln, ob sie bereit sind, sich der vorstehenden Regelung anzuschließen.

Wir übernehmen des Weiteren die Ziffer V. mit folgender neuer Formulierung:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Gebietskörperschaften der Region, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis, Stadt Bonn, Rhein-Sieg-Kreis, Oberbergischer Kreis, Kreis Neuss, Stadt Leverkusen und Landschaftsverband Rheinland, Gespräche mit der Zielsetzung

zu führen, gleiche Regelungen für Kölnerinnen und Kölner in deren öffentlichen Museen zu ermöglichen und somit einen rheinischen Museumstag zu etablieren. Im Gegenzug gelten die Bedingungen unter Ziffer I. und Ziffer II. des Antrags dann auch für die Einwohnerinnen und Einwohner der Region.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das bedeutet, dass die FDP ihren Antrag dort einbringt. Ist das so zu sehen?

**Ulrich Breite (FDP):** So ist es richtig. Wir hatten vereinbart, dass Herr Börschel diesen Vorschlag hier vorliest. Unsere Punkte, die die Region betreffen, sind aufgenommen worden. Daher können wir dem geänderten Antrag von SPD und Grünen zustimmen. Jetzt haben wir einen regionalen Tag.

(Martin Börschel [SPD]: Auf Gegenseitigkeit!)

Hoffen wir, dass das Angebot angenommen wird.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wir als Verwaltung werden also aufgefordert, darauf hinzuarbeiten. Ich kann das nicht zusagen, sondern wir müssen sehen, was dabei herauskommt.

(Martin Börschel [SPD]: Ja! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Der Vorschlag ist jetzt als ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und FDP zu verstehen. Wenn das einvernehmlich ist, können wir darüber abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der CDU ab; denn dieser ist in seinen Forderungen der weitestgehende. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, pro Köln, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von SPD, Grünen, FDP und der Linken. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der Linken ab. Wer ist für den Änderungsantrag der Linken? - Das ist die antragstellende Fraktion. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Dr. Müser ist das einstimmig so beschlossen.

Lasst uns diesen Weg gehen. Wenn wir nach ein oder zwei Jahren eine Auswertung machen, können wir schauen, ob wir das Angebot vielleicht noch erweitern können. Ich bin jedenfalls froh, dass wir einen ersten Schritt in diese Richtung getan haben. Es sollten weitere folgen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

**2.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Realisierung eines Staatstheaters und einer „Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen“ in Köln“ AN/1410/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Dazu gibt es einen Änderungsantrag von SPD und Grünen.

Zunächst spricht Herr Repgen, bitte.

**Dietmar Repgen** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht weiter mit dem Thema Kultur. Es gab einen Auftrag, die Stärken und Schwächen der Kultur und Kulturförderung in NRW zu analysieren und auf ihre nationale und internationale Positionierung hin zu überprüfen, bisher brachliegende Potenziale aufzuzeigen und Empfehlungen für die Landesregierung und Kunststiftung NRW zu erarbeiten. Diesen Auftrag gaben die Staatskanzlei NRW und die Kunststiftung NRW im November 2007 an eine zehnköpfige Expertenkommission. Dabei wurde ganz bewusst darauf geachtet, dass die Experten nicht aus NRW kommen. Vielmehr wurden Experten aus anderen Bundesländern beziehungsweise dem Ausland gebeten, in dieser Kommission mitzuwirken. Die Kommission hat im Sommer 2008 einen Bericht vorgelegt mit dem Ziel, Nordrhein-Westfalen im nationalen und internationalen Kulturranking besser zu positionieren.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, liegt die Studie jetzt vor. Wahrscheinlich haben Sie sie auch schon gelesen. Darin ist an verschiedenen Stellen auch von der Stadt Köln die Rede.

(Martin Börschel [SPD]: Zum Glück!)

Die Stadt Köln wird in verschiedenen Bereichen des Kulturlebens als Verknüpfungspunkt genannt. Das betrifft die Bühnen der Stadt Köln wie Oper und Schauspiel, das Gürzenich-Orchester, Köln als Musikstadt, die Literatur in Köln unter Erwähnung des Literaturhauses, den Tanz in Köln und die European Kunsthalle. Das ist eine Aufzählung, die sicherlich nicht abschließend ist. Aber sie zeigt, wie vielfältig die Kölner Kunst- und Kulturszene bereits heute ist.

Auch wir sind der Auffassung - das kommt in der Studie zum Ausdruck -, dass die Stadt Köln in manchen Bereichen sozusagen ein schlafender Riese ist, den es jetzt auch mit dieser Initiative zu wecken gilt. Unser Antrag zielt darauf ab, nach der Analyse nun möglichst rasch in die Phase der Umsetzung der von der Kommission gemachten Vorschläge einzutreten.

(Karl Klipper [CDU]: Das macht das Land doch schon!)

Besonders wichtig ist uns dabei, dass wir es schaffen, erstens die Bühnen der Stadt Köln zu einem Staatstheater zu machen und zweitens das Gürzenich-Orchester in den Rang einer Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen zu erheben. Ein bisschen viel „Staat“ für die FDP, werden Sie möglicherweise sagen. Aber wenn es gelingt, diese beiden wichtigen städtischen Kulturinstitutionen mit diesem Etikett zu versehen und gleichzeitig zusätzliche Fördermittel zu generieren, wäre es fahrlässig, dies nicht zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es jetzt heißt, dass man die FDP selten so staatsfixiert erlebt, dann sage ich Ihnen: Wenn staatsfixiert heißt, dass wir zusätzliche Kulturfördermittel nach Köln holen,

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur so lange Sie in der Landesregierung sitzen!)

sind wir gerne staatsfixiert. Insofern haben wir damit kein Problem.

Die beiden genannten Punkte sind nicht die einzigen - das habe ich eingangs schon gesagt -, die aus unserer Sicht schnellstmöglich in Angriff genommen werden sollten. Wir unterstützen daher den Vorschlag - das haben wir in der Antragsbegründung hervorgehoben -, die European Kunsthalle mit jährlich 100 000 Euro auszustatten.

Wir wollen von der Verwaltung jetzt ein Konzept - wir haben geschrieben: bis November, im Änderungsantrag steht: bis Dezember; damit können wir alle leben -, wie und wann mit der Umsetzung der Vorschläge dieser Studie begonnen werden kann. Im Vorfeld gab es die Diskussion, dass alle Punkte, die Köln betreffen, natürlich noch der weiteren Erörterung im Kulturausschuss bedürfen. Das ist für uns selbstverständlich.

Ich denke, dass wir mit dem Änderungsantrag von SPD und Grünen, den ich gerade eben erst zur Kenntnis nehmen konnte, leben können. Uns geht es heute um eine entsprechende Beschlussfassung. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Repgen. Es spricht Herr Prof.Dr. Bögner.

**Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen das Ansinnen der FDP ausdrücklich, die von ihr mitgetragene Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. Wir tun das sehr gerne,

(Ralph Sterck [FDP]: Am liebsten!)

weil wir immer wieder feststellen, dass, egal welche Couleur die Landesregierung hat, Köln deutlich auf sich aufmerksam machen muss. Der Fokus liegt sehr oft auf anderen Regionen dieses Landes. Insofern können wir stolz darauf sein, dass diese Kommission, die hochkarätig zusammengesetzt war, in vielen Aspekten so deutlich den Hotspot, also das Oberzentrum im Rheinland beschrieben hat. Die Kommission hat empfohlen, sehr viele Projekte konkret hier zu unterstützen; das hat Köln verdient. Die Vorleistungen der Kölner Kulturpolitik sind enorm, trotz schwieriger Haushaltslage. Eine Unterstützung der Stadt durch das Land Nordrhein-Westfalen ist dringend geboten.

Ob man im Zusammenhang mit den Bühnen unbedingt den Begriff Staatstheater verwenden muss - Sie selbst haben das problematisiert -, sollte man noch einmal überlegen. Wichtig ist etwas anderes, nämlich dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich bei uns genauso committed, wie sie es zum Beispiel in Düsseldorf schon tut.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Ulrich Breite [FDP])

Wie das Kind nachher heißt, ist egal. Wichtig ist, dass die Etats vom Land aufgestockt beziehungsweise ergänzt werden.

Wichtig ist uns, dass wir uns alle noch einmal mit den Empfehlungen des Expertengremiums auseinandersetzen und dann ein Konzept - das haben auch Sie gerade gesagt - in Düsseldorf einreichen, auf das wir uns hier verständigt haben. Das betrifft ja nicht nur die Bühnen. Sie haben eben noch andere Einrichtungen genannt. Ich denke auch an die Musikfabrik NRW. Ich weiß nicht, wer von Ihnen am Dienstagabend in dieser grandiosen Vorstellung des Stockhausen-Zyklus war, einer Aufführung der Musikfabrik NRW, die sich hier in Köln angesiedelt hat und jetzt gut untergebracht ist. Auch hier wird empfohlen, diese zu unterstützen. Wir finden es wunderbar, dass auch das Haus der Kulturen der Welt erwähnt wird. Auch hier liegt es, glaube ich, im Landesinteresse, eine solche Institution in Köln zu stärken.

Es wurden noch viele andere Punkte erwähnt, wie zum Beispiel das literarische Zentrum. Einen Punkt sollte man vielleicht noch erwähnen: Es gibt hier auch ein in der Welt einmaliges Archiv. Dazu gibt es den Vorschlag, den Nachlass beziehungsweise das Archiv über die weltberühmte Tänzerin Pina Bausch mit dem Tanzarchiv in Köln zu bündeln. All diese Dinge zusammenzubringen, halte ich für sinnvoll.

Wir unterstützen das und wollen das hier im Rat mit Nachdruck auf den Weg schieben. Leider habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder das Schicksal der Vorschläge von solchen Expertenkommissionen beobachten können. Auch die Vorgängerlandesregierung hatte eine solche Expertenkommission eingesetzt, aber fast alles bis auf die Ruhr Triennale - aber diese findet, wie der Name schon sagt, nicht in Köln statt - verschwand dann wieder in der Schublade. Angesichts dessen, dass der Ministerpräsident schon bei der Vorstellung der Kommission ein bisschen zurückgerudert ist und dass der Kulturstaatssekretär in jeder zweiten Rede, die er hält, zurückrudert, sollten wir stark auftreten und sagen: Diese Vorschläge sind gut, und Köln hat das verdient.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. Herr Dr. Lemper, bitte.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten zunächst einmal anerkennen, dass die von der derzeitigen Landesregierung eingesetzte Kommission hervorragende Vorschläge gemacht hat und ihre Vorschläge vor allem auch auf die kulturpolitischen Aktivitäten hier in Köln konzentriert hat. Dass eine Expertenkommission der Landesregierung die Leistung und Qualität einer Fülle von kulturellen Aktivitäten, Einrichtungen und Institutionen in dieser Intensität anerkannt hat, war bisher noch nie der Fall.

Ich stimme Herrn Kollegen Bögner zu, dass solche Kommissionen nicht den Charakter von Alibiveranstaltungen haben dürfen nach dem Motto: Jetzt haben wir alles gesagt, dann können wir es ja wieder abheften. Eine ganz wichtige Voraussetzung, diese Dinge durchzusetzen, besteht darin zu versuchen, ein hohes Maß an Einigkeit zu erreichen. Es hat keinen Sinn, dass wir uns mit Wunschvorstellungen unterschiedlicher Art gegenüber dem Land positionieren. Das wird nur dazu führen, dass das Land die Schwerpunkte dessen, was wir wollen, nicht hinreichend anerkennt. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auf ganz wenige kulturpolitische Aktivitäten auch im Hinblick auf die Förderung des Landes konzentrieren.

Dabei haben sich zwei Punkte herauskristallisiert. Das ist zum einen die Frage der Bühnen, und zum anderen ist es die Frage, das Gürzenich-Orchester unter Markus Stenz in den Rang eines Landesorchesters zu heben. Ich will hier noch einmal deutlich machen, dass das nicht nur ein technokratischer Ablauf ist, sondern auch die Würdigung der auch international anerkannten Qualität des Gürzenich-Orchesters unter Markus Stenz bedeutet. Das macht deutlich, dass sich unser kulturpolitisches Engagement auch in einer verbesserten Qualität zeigt.

Natürlich ist die Expertenkommission auch ein Ausweis für die Tatsache, dass viele Gelder des Landes - das bezieht sich nicht nur auf die jetzige Landesregierung, sondern auch auf die vorhergehende - nach Düsseldorf und vor allen Dingen ins Ruhrgebiet geflossen sind. Deswegen ist es notwendig, dass diese Bevorzugung des Ruhrgebiets im kulturpolitischen Bereich zumindest insofern eine wesentliche Korrektur erfährt, indem die größte Stadt des Landes Nordrhein-

Westfalen und diese *Region*, Herr Kollege Börschel,

(Martin Börschel [SPD]: Gut, dass Ihnen das noch eingefallen ist!)

mit der dichtesten Kulturaktivität auch berücksichtigt werden.

Deswegen halte ich die Vorgehensweise, dass die Verwaltung zunächst ein Konzept entwirft und wir dann den Abstimmungsprozess im Sinne einer politischen Einigung auf die Festlegung von Schwerpunkten vollziehen, für richtig. Des Weiteren sollten wir, auch mithilfe des Oberbürgermeisters und der Mitglieder des Landtages, den Versuch machen, die Vorstellungen der Stadt Köln im Hinblick auf die kulturpolitische Anerkennung und die entsprechende Finanzierung der Kulturaktivitäten durch das Land Nordrhein-Westfalen endlich einmal durchzusetzen. Das wäre ein guter Schritt, der auch zeigen würde, dass wir die Phase der Diskussion, in der wir alles problematisieren, hinter uns lassen und eine kulturpolitische Offensive in Köln starten. Dazu gehört die Anerkennung der großartigen Leistungen, die viele Institutionen hier in dieser Stadt erbringen. Diese hervorragenden Leistungen sind jetzt auch durch die vom Land Nordrhein-Westfalen eingesetzte Expertenkommission in einem besonderen Maße gewürdigt worden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper. Frau Bürgermeisterin Spizig, bitte.

**Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen):** Happy Birthday, Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Grünen unterstützen den Antrag der FDP bezüglich ihrer eigenen Landesregierung und wissen das zu schätzen. Ich muss Herrn Repgen allerdings in einem Punkt widersprechen: In meinen Augen ist Köln kein schlafender, sondern ein sehr wacher und lebendiger Riese. Das kann ich auch stützen durch den Kulturwirtschaftsbericht, der Köln sogar mit Paris und der Île-de-France verglichen hat.

(Dietmar Repgen [FDP]: In manchen Bereichen!)

Dieses Expertengremium, dem zehn Personen angehörten, hat von außen nach Nordrhein-Westfalen geblickt, ohne Denkverbote, ohne den

Anspruch auf regionale Gerechtigkeit. Es ist ein großes Kompliment für Köln, dass wir so stark im Fokus dieser Studie stehen. Auf der Basis, dass die Felder Substanzerhalt, Interkultur und kulturelle Bildung bereits vom Land bearbeitet werden, sind 20 zusätzliche Schwerpunkte herausgearbeitet worden, darunter sehr viele, die Köln betreffen.

Unser Kummer war ja bisher oft, dass die Kommunen hier in Nordrhein-Westfalen bei den Kulturausgaben überdimensional belastet werden. Während in Bayern und Baden-Württemberg 50 Prozent dieser Ausgaben vom Land getragen werden, übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen nur ein Viertel. Gerade Köln als größte Stadt NRWs und viertgrößte Stadt Deutschlands mit seinen acht städtischen Museen und vielen anderen starken, auch kostbaren und kostenintensiven Kulturinstitutionen stöhnt oft unter dieser Last. Deshalb haben wir schon vor einigen Jahren - auf Anregung von Frau Moritz - die Köln-Connection geschaffen. Das ist ein fraktionsübergreifender, lockerer Verband von Politikern von Kommune, Land und Bund, der versucht, Köln zu stützen und zu stärken. In diesem Zusammenhang haben wir zum Beispiel in diesem Jahr über ein Kulturraumgesetz gesprochen, das es bisher nur in Sachsen gibt und bei dem es darum geht, die Kosten gerecht zu verteilen.

Nun hat dieses Expertengremium gebrainstormt, das heißt, es hat Anregungen gegeben. Es ist schon gesagt worden, dass es die überzeugendsten Anregungen waren, das Orchester zu einem Landesorchester zu machen - der Begriff Staatsorchester ist doch etwas schwerfällig - und auch die Bühnen entsprechend hervorzuheben. In diesem Papier gibt es aber auch noch andere Vorschläge, von denen wir wissen, dass ihre Umsetzung nicht unbedingt erwünscht ist. Dinge wie die Zusammenlegung der KHM, der Kunsthochschule für Medien, mit der Internationalen Filmschule sind sehr umstritten. Das kann man nur machen, wenn es auch die entsprechenden Schulen und Institutionen wünscht. Das muss man gemeinsam entwickeln.

Aber dass das Gürzenich-Orchester und die Bühnen gestärkt und anerkannt werden, ist sicherlich in unserem Interesse, zumal wir davon ausgehen, dass die Unterstützung des Landes dann so aussehen wird, dass es die Qualität stärkt, ohne der Stadt weitere Kosten aufzubürden. Deshalb stimmen wir diesem gemeinsamen Änderungsantrag zu und erwarten von der Verwaltung, dass sie uns interessante Konzepte vor-

legt. Wir freuen uns, dass die Kultur, die bereits in Köln ist, so stark gewürdigt wird. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich denke, es war richtig, dass viele von Ihnen in Ihren Beiträgen den Menschen, die tagtäglich im Kulturbetrieb tätig sind, an dieser Stelle Dank und Anerkennung ausgesprochen haben. Auch die Expertenkommission ist auf sie aufmerksam geworden und hat die Leistungen begutachtet und sehr honoriert. Das fängt an beim Kulturdezernenten und geht über unseren GMD Markus Stenz, der übrigens schon vor Wochen über die ersten positiven Signale aus dem Umfeld der Berichterstatter dieser Kommission informiert hat, natürlich auch über Karin Beier, die einen so fulminanten Start im Schauspiel hingelegt hat, oder über die Initiatoren - sie sind ja von Herrn Reppen eben genannt worden - der European Kunsthalle Rosemarie Trockel und Marcel Odenbach bis hin zu vielen anderen. Ich denke, dass wir diese Potenziale noch ausbauen können. Daher können wir diesen Antrag eigentlich nur alle gemeinsam unterstützen.

Seit mehreren Monaten bin ich hier mit dem Ministerpräsidenten und dem Staatssekretär für Kultur im Gespräch. Ich hatte den Ministerpräsidenten bereits vor einigen Wochen, also noch vor den jetzt vorliegenden Anträgen, angeschrieben und hoffe, dass wir darauf ein positives Votum bekommen. Dieser Antrag und auch der Änderungsantrag unterstützen und unterstreichen unsere Bemühungen. Als Verwaltung würden wir sicherlich auch ohne diesen Antrag an diesem Thema weiterarbeiten, aber selbstverständlich stimme ich diesen Anträgen gerne zu; denn dagegen sein kann man an dieser Stelle nicht. Wir müssen diese Potenziale gemeinsam nutzen.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich muss noch einmal nachfragen, Angela: Ist der Änderungsantrag als Ergänzungsantrag oder als Zusatzantrag zu verstehen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Der ersetzt bestimmte Abschnitte!)

Nur die Abschnitte. Ansonsten ist er aber - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Und er ersetzt beim Zweiten den ersten Satz!)

- Okay. - Ralph, möchtest du dazu noch etwas sagen?

**Ralph Sterck** (FDP): Wir können den Änderungsantrag übernehmen. Das ist okay.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das wäre mein Vorschlag gewesen, nämlich die beiden Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufassen. Dann brauchen wir nur einmal abzustimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sieht nach einer ganz großen Mehrheit aus. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist es einstimmig so verabschiedet. Ganz herzlichen Dank, meine Damen und Herren. Ich denke, das ist ein Zeichen der Anerkennung für unsere Kulturschaffenden.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2.1.3 auf:

**2.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
„Aktivitäten der Kurdischen Arbeiterpartei PKK im Kölner Südstadion“  
AN/1415/2008**

Dazu spricht Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr ist zum ersten Mal in einer öffentlich wahrnehmbaren Form einer PKK-nahen Organisation für die Durchführung einer Großveranstaltung das Südstadion zur Verfügung gestellt worden. Meine Fraktion hat sich erlaubt, das hier im Rat in Gestalt einer Anfrage zu thematisieren.

Damals sind Bilder durch das Land und die Republik gegangen, aber auch im Ausland sind sie zur Kenntnis genommen worden, auf denen man junge Menschen kurdischer Herkunft sehen konnte, die zum Teil hier in der Region aufgewachsen sind. Diese erklärten, dass sie zumindest für eine Zeit nach Kurdistan, in die Heimat ihrer Eltern oder in die Heimat ihrer Kindheit, gehen werden, um dort mit der Waffe in der Hand gegen die türkische Armee zu kämpfen. Diese Bilder schaden der Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch ganz erheblich. Sie sollten auch für uns hier völlig inakzeptabel sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass ich durchaus der Auffassung bin, dass die Kurden wie jedes andere Volk das Recht auf einen eigenen Staat haben. Ich würde mich auch sehr freuen, wenn es möglich wäre, diesen erst

auf irakischem Gebiet zu konstituieren und damit ein Pendant zu schaffen, das die Türkei derart unter Druck setzt, dass sie am Ende den von ihr besetzt gehaltenen Teil Kurdistan freigibt.

(Beifall bei pro Köln)

Ich meine, es würde der deutschen Außenpolitik gut zu Gesicht stehen, in dieser Richtung auch international politisch einzuwirken.

Den Kampf, den die PKK mit militärischen Mitteln in Kurdistan gegenwärtig führt, kann sie nicht gewinnen. Ein gehöriger Teil derjenigen jungen Männer, die sich aus Europa aufmachen, um auf türkische Soldaten zu schießen und gelegentlich auch zu töten, kommt nicht mehr lebend nach Hause. Es ist einfach nicht möglich, diesen völlig asymmetrischen Kampf erfolgreich zu führen. Es ist auch für uns politisch überhaupt nicht vertretbar, so etwas in irgendeiner Form zu unterstützen.

In diesem Jahr sind zum zweiten Mal die Bilder herumgegangen, auf denen zu sehen war, wie die PKK im Südstadion rekrutieren konnte. Da wurden Bilder von Abdullah Öcalan gezeigt. Der ist ein Märtyrer des kurdischen Widerstandes, der in türkischer Haft ums Leben gekommen ist und war Namensgeber dieser Veranstaltung. Die ganze Angelegenheit stand unmittelbar in einem PKK-Kontext. Es gab wiederum auch international entsprechende Kommentare.

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum sich die Stadt Köln hier zum wiederholten Mal in die Nesseln setzt. Es ist offenbar nicht möglich, diesen politischen Aberwitz abzustellen, ohne ausdrücklich hier im Rat einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hinweisen, dass für jeden, der im Ernst politische Maßnahmen unternehmen will, die auf die Konstituierung eines unabhängigen kurdischen Staates hinauslaufen, schon allein aus taktischen Gründen ein Interesse bestehen müsste, eine Verbindung der Stadt Köln oder von bundesrepublikanischen Einrichtungen überhaupt mit militärischen Operationen von der PKK oder ähnlichen Vereinigungen in Kurdistan auszuschließen. In dem Moment, wenn Sie solche Bilder liefern, kann doch die türkische Regierung - aus ihrer Sicht zu Recht - von Terrorismus sprechen. Sie kann sagen: Sie kooperieren hier mit Leuten, die die Waffe in die Hand nehmen, um auf unsere Soldaten zu schießen. Es würde umgekehrt doch auch nicht akzeptiert werden, dass sich Terroristen in der Türkei in Fußballsta-

dien treffen, um eine Rekrutierung vorzunehmen und diese Rekruten dann hier, in der Bundesrepublik, auf Polizisten schießen. Dagegen würde die Bundesregierung auch intervenieren, ja, sie würde intervenieren müssen.

Wer gegen solche Vorgänge nichts unternimmt, schränkt seinen Spielraum ein, wenn es darum geht, auf die Regierung in Ankara und auf das türkische Militär mit politischen und diplomatischen Mitteln Einfluss zu nehmen. Letzten Endes spielt das den Hardlinern in Ankara in die Hände und läuft auf die Unterstützung eines militärischen oder terroristischen - ganz wie man es sehen will - Ansatzes hinaus, der ohnehin nicht von Erfolg gekrönt sein kann. Jeder, der auch nur die Grundrechenarten beherrscht, muss angesichts des Potenzials des türkischen Militärs und den sehr überschaubaren Möglichkeiten des PKK-Spektrums attestieren, dass bei einer Auseinandersetzung auf diesem Wege außer einer sehr großen Anzahl von Toten nichts herauskommen wird.

Ich möchte Sie deshalb bitten, meine Damen und Herren, diesen Irrsinn zu beenden und unserem Antrag zuzustimmen. Wenn Sie das schon aus taktischen Gründen hier im Rat nicht offiziell machen wollen, dann nehmen Sie doch bitte intern Einfluss auf die Verwaltung, dass eine Überlassung des Südstadions an die PKK oder PKK-nahe Organisationen zum Zwecke von einschlägigen Rekrutierungsveranstaltungen ab heute aufhört.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die antragstellende Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist er mit großer Mehrheit so abgelehnt.

(Regina Wilden [pro Köln]: Schande! Schande über dieses Haus, diesen Antrag abzulehnen! - Gegenrufe)

- Liebe Frau Wilden, ich würde Sie bitten, sich mit Ihren Äußerungen über dieses gesamte Haus etwas zurückzuhalten. Es gibt sicherlich Teile, die man so bezeichnen kann. Aber das betrifft sicherlich nicht den gesamten Rat der Stadt Köln.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP - Regina Wilden [pro Köln]: Bravo!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

**2.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Kein Austritt der Sozialbetriebe Köln (SBK) gGmbH aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband“ AN/1416/2008**

Ich darf an dieser Stelle bekannt geben, dass der Geschäftsführer der SBK, Herr Ludorff, heute anwesend ist und sicherlich dazu eine kurze Stellungnahme abgeben wird. Zunächst spricht für die Antragsteller Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! „Tariffucht bei den SBK“ - so lautet die Überschrift dieses Flugblatts von Verdi, das von den Beschäftigten in der Öffentlichkeit verteilt wurde. Dort steht - ich zitiere -:

Im Moment sind sich die Verwaltungsspitzen der Stadt Köln und die verantwortlichen Politiker einig: Sie wollen sich aus dem Tarifvertrag verabschieden mit dem Ziel, die Kosten zu Lasten der Beschäftigten zu senken.

Das werden Sie von CDU, SPD, Grünen und FDP gleich bestreiten und sich hinter Sachzwangargumenten verschanzen. Genau so haben sie das am letzten Montag auf einer Verdi-Veranstaltung der SBK-Vertrauensleute getan. Die Beschäftigten sagten unter anderem: „Wir haben das Vertrauen in Sie - damit waren die großen Parteien gemeint - und Herrn Ludorff - den Geschäftsführer - verloren.“ Das war der Tenor der Argumente der Anwesenden. Durch den Austritt aus dem Arbeitgeberverband fühlen sich die Beschäftigten erpresst.

Herr Dr. Heinen, Ossi Helling und Herr Pohl von der FDP haben in der Diskussion bestritten, dass dieses Manöver von langer Hand vorbereitet war. Herr Ludorff habe nur das getan, was die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO mit Schreiben vom 9. Juni 2006 empfohlen habe. Herr Oberbürgermeister, dieser Brief wurde in der Drucksache 0891/006 umgedruckt und steht im Zusammenhang mit der Umwandlung der Betriebe in eine gGmbH. Dieses Wirtschaftsgutachten empfiehlt Herrn Ludorff - ich zitiere -:

In Bezug auf das Tarifrecht sind in der gGmbH langfristig individuelle Lösungen z.B. durch Vereinbarung eines Haustarifvertrages möglich. Der Personalüberleitungstarifvertrag steht dem nicht entgegen. Wenn danach auch die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband erworben wird, so ist darin keine zwingende Verpflichtung zu dauerhaftem Verbleib formuliert.

So weit der Brief aus dem Jahre 2006.

Die Kämmerei unter Herrn Soénius, die die Beteiligungsverwaltung leitet, hatte damals angemerkt: „Dies wird von der Kämmerei eher negativ beurteilt.“ Trotzdem ist Herr Ludorff diesen Weg gegangen. Die Aufsichtsratsmitglieder stützen diesen Kurs und halten sich nicht an das Votum der Beteiligungsverwaltung. Dieses aber war für uns ein Grund, der Einrichtung der Beteiligungsverwaltung zuzustimmen, weil diese nämlich den Aufsichtsratsmitgliedern Empfehlungen geben soll. Ich meine ja nicht, dass man immer Herrn Soénius folgen muss. Aber in dieser Frage wäre das bestimmt ratsam gewesen.

Die Betriebsleitung der SBK hat nach Meinung der Linken faktisch einen Tabubruch begangen. Diese Provokation stört den Betriebsfrieden, behindert einen konstruktiven Dialog und verbaut die Möglichkeit, einen gemeinsamen Weg mit den Beschäftigten zu suchen, wie die SBK besser aufgestellt werden können. Heute ist vonseiten der Verwaltung eine Mitteilung zu unserem Tagesordnungspunkt umgedruckt worden. Dort ist zu lesen - ich trage das kurz vor -:

Die Geschäftsführung der SBK strebt an, im Rahmen einer solchen zu verhandelnden tariflichen Anwendungsvereinbarung Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Sollte eine solche tarifliche Regelung bis Ende des Jahres zustande kommen, braucht die geplante Umwandlung der ordentlichen Mitgliedschaft in eine Gastmitgliedschaft zum 31.12.2008 nicht vollzogen zu werden.

Das heißt, wenn es diesen Abschluss nicht gibt, dann soll der Austritt anscheinend vollzogen werden. Diese Mitteilung ist zumindest für mich - so empfinde ich das - eine Frechheit, weil damit praktisch gesagt wird, dass die Geschäftsführer unserer städtischen Unternehmen machen können, was sie wollen. Herr Oberbürgermeister, dass Sie das so einfach schlucken, wundert mich. Wenn alle anderen Geschäftsführer mit ihrer Mitgliedschaft in den Kommunalen Arbeitge-

berverbänden auch so umgehen, dann sage ich: gute Nacht, Marie. Denn dann wird es in unseren städtischen Unternehmen noch heiter werden.

Die Lohn- und Gehaltsunterschiede in der Verwaltung und den städtischen Betrieben sind schon heute sehr groß. An dieser Schraube darf nicht noch weiter gedreht werden. Deswegen sind wir dafür, dass der Geschäftsführer angewiesen wird, den angekündigten Austritt zurückzunehmen. Wir können einfach nicht hinnehmen, dass Geschäftsführer einfach machen, was sie wollen, dass sie Tabus brechen und damit die Beschäftigten provozieren. Das geht zu weit, meine Damen und Herren. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank. Sie haben Herrn Ludorff und mich angesprochen. Ich bitte Herrn Ludorff, das Wort zu ergreifen, auch um einige Dinge richtigzustellen und den aktuellen Sachstand deutlich zu machen.

**Otto B. Ludorff (SBK):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich, dass ich hier die Möglichkeit erhalte, zum Sachverhalt Stellung zu nehmen. Ich werde mich kurz fassen.

Wie Ihnen allen bekannt, haben wir einen Tarifabschluss von 8,6 Prozent. Die daraus resultierenden zusätzlichen Personalkosten schlagen in unserem Unternehmen mit 3,3 Millionen Euro zu Buche. Diese zusätzlichen Personalkosten können wir am Pflegemarkt - das betone ich - nicht durchsetzen beziehungsweise nicht refinanzieren. Das ist zum einen so, weil die Pflegesätze nicht entsprechend angepasst werden, zum anderen aber auch so, weil das aufgrund des Wettbewerbs am Markt dazu führen würde, dass wir Leerstände provozieren würden, die eine Abwärtsspirale des Unternehmens zur Folge hätte.

Wir provozieren mit diesem Tarifabschluss auf Dauer eine Finanzierungslücke in Millionenhöhe für unser Unternehmen. Mit diesem Tarifabschluss, der ja generell für den öffentlichen Dienst vorgesehen ist, wurde von den Tarifvertragsparteien auf Bundesebene keine Rücksicht auf die im Wettbewerb mit frei-gemeinnützigen und privaten Anbietern stehenden Altenpflegeunternehmen genommen. Wir stehen im Wettbewerb mit Pflegeeinrichtungen, deren Lohnniveau zum Teil bis zu 30 Prozent unter dem des öffentlichen Dienstes liegt. In diesem Wettbewerb

müssen wir bestehen. Dieser Tarifabschluss ist für steuerfinanzierte Körperschaften gemacht worden.

Die SBK hat deshalb nach ausführlicher Beratung auch im Aufsichtsrat als Notwehrakt - ich bezeichne das ausdrücklich so - die Umwandlung der ordentlichen Mitgliedschaft in eine Gastmitgliedschaft zum 01.01. nächsten Jahres erklärt. Nicht daran gedacht ist natürlich, den TVöD generell zu verlassen

(Zuruf: Das wäre auch noch schöner!)

oder auch nur Einschnitte in das Lohnniveau der Beschäftigten umzusetzen. Ziel ist, die Zuwächse der nächsten Jahre betriebsverträglich in die Zukunft zu strecken.

Wir haben festgestellt, dass dieser Notruf aus Köln bei den Tarifvertragsparteien auf Landesebene gehört worden ist. Sie haben nämlich Verhandlungen über einen Wettbewerbsstärkungstarifvertrag für kommunale Einrichtungen insgesamt aufgenommen, die gut vorankommen. Angestrebt wird eine Rahmenvereinbarung auf Landesebene für kommunale Einrichtungen, die dann unter bestimmten Voraussetzungen hier in Köln, aber natürlich auch in anderen kommunalen Einrichtungsbereichen über sogenannte tarifliche Anwendungsvereinbarungen zum Tragen kommen soll.

Der zeitliche Horizont in Bezug auf den Rahmenvertrag ist Ende Oktober. Dann sollen die Gremien sowohl auf der Ebene des Kommunalen Arbeitgeberverbandes als auch auf der Ebene der Gewerkschaft Verdi die endgültigen Festlegungen treffen. Anschließend, zum Teil womöglich auch schon parallel, soll die Anwendungsvereinbarung umgesetzt werden. Ziel ist, die geplante Umwandlung der ordentlichen Mitgliedschaft in eine Gastmitgliedschaft zum 31.12. nicht vollziehen zu müssen. Das heißt also, dass wir insgesamt eine tarifliche, eine tarifgerechte Lösung anstreben. Ich bin zuversichtlich, dass diese bis Ende des Jahres erreicht werden kann.

Insofern sollte man nicht das Stichwort Tarifflicht verwenden. Vielmehr geht es darum, im Rahmen von tariflichen Spezialregelungen, die insbesondere für Altenheime in kommunaler Trägerschaft in Nordrhein-Westfalen gelten sollen, vernünftige Lösungen zu finden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ludorff. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Ensmann, bitte.

**Bernhard Ensmann (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis 1991 gehörten die Riehler Heimstätten zum Haushalt der Stadt Köln. 1991 bin ich in das damals neue Gremium, den Eigenbetrieb, entsandt worden. Bevor es zu dieser Umwandlung kam, haben wir das Unternehmen aus dem städtischen Haushalt mit 5 Millionen DM per annum unterstützt. Durch die Umwandlung in den Eigenbetrieb hatte die Geschäftsführung die Möglichkeit, verschiedenste Stellschrauben zu bedienen, um von diesem Zuschuss wegzukommen. Dies ist auch in relativ kurzer Zeit erfolgreich gelungen. Aber wir sind natürlich wie alle anderen von bestimmten Rahmenbedingungen abhängig.

Damit Sie verstehen, was ich meine, will ich Folgendes sagen: Die Kölner Verkehrsbetriebe haben keine Konkurrenz, aber das Unternehmen SBK hat jede Menge Konkurrenten in dieser Stadt. Die Bürger, die einen Platz für Familienangehörige suchen, vergleichen Qualität und Preis. Sie gehen durch die Stadt und schauen sich das Angebot an. Deswegen sind wir im Moment in einer schwierigen Situation. Die Stellschrauben haben wir damals bereits bedient. Wir haben daraufhin erkannt, dass, wenn der Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH überführt wird, wir in Bezug auf die Qualität und letztlich auch den Preis mehr Möglichkeiten haben, im Sinne des Unternehmens, aber auch im Sinne der Bewohner unserer Einrichtungen zu handeln.

Ich will deutlich sagen, was im Logo des Landschaftsverbandes Rheinland steht, nämlich „Qualität für Menschen“. Dieses Motto kann man auch auf die SBK und ihre etwa 1 300 Mitarbeiter übertragen - die Zahl wollte ich nennen, damit Sie eine Vorstellung von der Größenordnung des Unternehmens haben. Bei der Aussage „Qualität für Menschen“ geht es ja nicht nur um die Menschen, die dort Pflegepatienten sind, sondern auch, und zwar ohne Einschränkung, um die Mitarbeiter. Diese haben wir genauso im Blick.

Aber die Möglichkeiten einer gGmbH beziehungsweise die derzeitigen Rahmenbedingungen bringen es mit sich, dass die Geschäftsführung ein Problem hat, beziehungsweise der Aufsichtsrat ein Problem hat. Es kann kein Einfluss auf die Pflegesätze genommen werden. Die Pflegesätze werden von anderen gemacht; wir

erfahren nur das Ergebnis. Die Geschäftsführung hat auch keinen Einfluss auf die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir zum Beispiel hier vor einigen Monaten die Möglichkeit hatten, eine Servicegesellschaft innerhalb der SBK einzurichten. Es war sozusagen fünf Minuten vor zwölf. Kurz vor der Entscheidung hier im Rat wurde diese dann aufgrund von Gesprächen anderer Parteien mit Verdi gekippt. Das wären wiederum kleinere Stellschrauben gewesen, die im Sinne des Unternehmens und der Bewohner hätten genutzt werden können. Das haben wir nicht gemacht.

Zur Gewinnsituation beziehungsweise dem Jahresabschluss 2007 will ich Ihnen Folgendes sagen: Die SBK hat zum wiederholten Male mit einem geringen Plus abgeschlossen. Ich sage deshalb „gering“, weil 1,5 Millionen Euro bei einem Unternehmen mit weit über 100 Millionen Euro Umsatz ein kleiner Betrag sind. Man kann sich ausrechnen, dass dieser sehr schnell verbraucht ist. Wenn jetzt eine Lohnerhöhung mit 3,3 Millionen Euro zu Buche schlägt, dann hat der Geschäftsführer natürlich ein Problem. Denn wir und auch ich sagen dem lieben Herrn Ludorff dann, dass wir rote Zahlen nicht akzeptieren können. Ich kann nicht in meine Fraktion kommen und sagen, dass zwar alles super läuft, wir aber leider ein Minus von 15 Millionen Euro haben. Das heißt also, dieses Problem muss gelöst werden.

Wir haben darüber mehrfach im Aufsichtsrat intensiv diskutiert, in dem natürlich auch die Arbeitnehmerschaft sitzt. Alle Argumente beider Seiten sind ausgetauscht. Wir haben das auch noch einmal schriftlich bekommen. Das ändert aber nichts an dem Ergebnis, dass wir zu einer tragfähigen Lösung kommen müssen, was den Haushalt beziehungsweise den Jahresabschluss der SBK angeht. Die Zeit arbeitet gegen uns. Irgendwann liegen die Zahlen auf dem Tisch, und dann müssen wir entscheiden. Es wird uns dann nichts nützen, wenn wir uns drehen und wenden.

Der Geschäftsführer hat gesagt, dass er keine andere Chance hat. Alle Parteien haben ihm im Grunde freie Hand gelassen, indem sie gesagt haben, dass sie auch keine Patentlösung hätten. Keiner hat Hinweise oder Tipps gegeben, welche Stellschrauben man noch nutzen könnte. Insofern hat der Geschäftsführer gesagt, dass er gar keine andere Chance hat, als es über einen anderen Vertrag zu versuchen. Er hat dazu im Übrigen ganz eindeutig die Bemerkung geäußert,

dass kein Mensch freiwillig aus der Tarifbindung will.

Wir haben dem Geschäftsführer freie Hand gelassen und gesagt, dass er das entscheiden müsse. Deswegen hat er am 30. Juni fristgerecht den Vertrag gekündigt in der Hoffnung, dass es im Laufe des jetzt laufenden Halbjahres zu konstruktiven Vereinbarungen kommen wird. Sie haben eben in seinem Beitrag gehört, dass man das jetzt bereits nicht mehr als Kölner Problem ansieht. Vielmehr wird schon auf Landesebene verhandelt. Bei mir ist das Signal angekommen, dass es gut aussieht und dass man inzwischen die Möglichkeit sieht, für beide Seiten in diesem Bereich annehmbare Lösungen zu finden. Morgen haben wir wieder Aufsichtsratssitzung. Dann werden wir dieses Thema erneut intensiv beraten. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ensmann. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Heinen.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD ist der Erhalt kommunaler Betriebe einer der zentralen Werte überhaupt. Das hat auch der engagierte Kampf gegen die Privatisierung der GAG oder jetzt gegen die Privatisierungsbestrebungen des Köln/Bonner Flughafens gezeigt.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Und gegen Tariffucht!)

- Ich würde gerne einige Dinge erklären, Herr Detjen, die in dem Gesamtkontext leider vollkommen unter den Tisch gekehrt werden.

Die SBK als gemeinnützige GmbH hat als eine 100-prozentige Tochter der Stadt Köln kommunale Pflegeeinrichtungen mit anerkannt hohen Standards. Sie hat eine öffentliche Zertifizierung und zeichnet sich durch hohe Transparenz ihres Handelns im kompletten Pflege- und Behindertenbereich aus. Diese hohe Qualität und die Reputation haben ihren Preis, und der muss auch gezahlt werden. Dies führt in der täglichen Realität allerdings zu einem Widerspruch: Die hohe Qualität von Pflege und Versorgung wird von allen Kunden sehr geschätzt. Geht es aber um die Bezahlung dieser Leistungen, so ist leider oft zu beobachten, dass immer mehr Angehörige billigere Angebote von privaten Konkurrenzunternehmen für sich beziehungsweise ihre zu pfle-

genden Angehörigen in Anspruch nehmen. Dies ist bei den knappen Kassen vieler Mitbürger auch nachvollziehbar.

Kommunale Einrichtungen wie die SBK sind aber streng tarifgebunden. Ihr Lohnniveau liegt im Vergleich zu den Wettbewerbern zwischen 7 und 30 Prozent höher. Dies führt zu einer eklatanten Schiefelage im Wettbewerb mit anderen Anbietern mit dem Ergebnis, dass der Anteil öffentlicher Träger nur noch bei 7 Prozent liegt. Private, ohne die Wohlfahrtsverbände und kirchlichen Einrichtungen, haben inzwischen einen Anteil von über 40 Prozent.

Wie sieht es mit der Refinanzierung dieser Pflegeleistungen aus? Die in dieser Diskussion immer wieder erhobene Forderung, dann solle doch einfach die Stadt zahlen, zeugt von fachlicher Unwissenheit und dient nur der politischen Schaumschlägerei. Sie streuen damit Sand in die Augen der Beschäftigten der SBK, da dies von den eigentlichen Ursachen ablenkt. Die Refinanzierung höherer Kosten durch die Stadt führt nämlich zur Absenkung der Entlastung beziehungsweise der Erstattung der Pflegekassen.

Auch das Argument, die Rechtsumwandlung der SBK von einer rein städtischen Einrichtung in eine gemeinnützige Gesellschaft hätte diese Probleme verursacht, ist falsch. Das wird leider immer wiederholt; aber es wird dadurch nicht richtiger. Die zusätzlichen Kosten hätten auch ohne Umwandlung erwirtschaftet werden müssen. Eine Subventionierung durch die Stadt würde auch kein anderes Ergebnis bringen.

Das Problem ist die Neuregelung des § 72 Pflegeversicherungsgesetzes, der die Versorgungsverträge mit den Pflegeeinrichtungen regelt. Darin wird eine ortsübliche Vergütung verlangt. Dies bedeutet aber, dass sich bei steigendem privaten Anteil von Pflegeeinrichtungen diese Vergütung immer stärker am niedrigeren Niveau der privaten Wettbewerber orientiert. Hier, meine Damen und Herren, ist die Stellschraube, um die wir uns alle kümmern müssen. Wir als Kölner SPD sind hier am Ball. Im Zuge eines tariflichen Mindeststandards sind wir hier in der Pflicht, für die Beschäftigten einzutreten. Auch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung mit Mindesttariffestlegung für alle Anbieter in der Pflegebranche ist ein Weg, der auszehrenden Abwärtsspirale, die die Pflegeberufe heftig bedrückt, entgegenzuwirken. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Pflegeeinrichtungen dienen nicht dem privaten Profit. Sie dürfen nicht zum Ort renditeorientierter Unternehmungen werden.

Noch ein Wort zur Zuständigkeit der kommunalen Ebene. Verantwortlich in der jetzt aktuellen Diskussion für die Vertretung der Interessen der SBK als Gesellschaft auf der einen Seite und die der Beschäftigten auf der anderen Seite sind nur die Tarifparteien und nicht der Rat der Stadt Köln. Auch in solchen schwierigen Situationen sollten wir die Allgemeinzuständigkeit der Tarifparteien respektieren und nicht aushebeln. Wir setzen auf eine Lösung im beiderseitigen Einvernehmen. Vielleicht wird es eine Lösung, wie wir sie auch aus anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge landauf, landab, zum Beispiel bei der KVB, kennen.

Natürlich sehen wir die jetzigen Entwicklungen mit großer Sorge, sind aber zuversichtlich, dass die Tarifpartner im Sinne von kommunalen Pflege- und Versorgungseinrichtungen eine Vereinbarung treffen, die den Bestand des Unternehmens auch in Zukunft weiter sichert. Deswegen haben die vier Fraktionen SPD, CDU, Grüne und FDP einen Änderungsantrag eingebracht, der Folgendes zum Inhalt hat - ich darf es Ihnen vorlesen -:

Der Rat bittet die Aufsichtsratsmitglieder des SBK gGmbH, darauf hinzuwirken, dass die Tarifparteien eine tarifverträgliche Lösung erzielen, die einen Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband gegenstandslos machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Heinen. Jetzt spricht Herr Helling für die Grünen, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Rede auch als Appell und als Erklärung an die Beschäftigten der SBK verstanden wissen. Ich weiß, dass in diesem Betrieb inzwischen große Unruhe herrscht.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag der Linken fordert die Geschäftsführung der SBK auf, den beantragten Austritt aus dem Arbeitgeberverband sofort rückgängig machen.

(Beifall von Claus Ludwig  
[Die Linke.Köln])

Menschen, die dies hören und die die Hintergründe dieses Konfliktes nicht kennen, könnten meinen, dass die Geschäftsführung der SBK tatsächlich nach dem Vorbild von Heuschreckenkapitalisten einen umfassenden Angriff auf die Löhne und auf die Rechte der Beschäftigten starten will. Sogar ein Teil der Beschäftigten sieht sich schon als Ramschware, die billig im Privatisierungsgeschäft verscherbelt werden soll.

Gegen die Unsicherheit und gegen die Angst der Beschäftigten erklären die Grünen im Rat Folgendes:

Erstens. Wir als Stadt sollten stolz auf die SBK und auf ihre Beschäftigten sein. Nicht zuletzt die überdurchschnittlich hohe Auslastung von 98 Prozent spricht dafür, dass Senioren und Behinderte in Köln von der Qualität gerade dieses Hauses überzeugt sind.

Zweitens. Wir als Stadt sollten uns ausdrücklich zur SBK als städtisches Unternehmen bekennen. Die Organisationsform gGmbH ist keineswegs Vorstufe schleichender Privatisierung. Gerade im hart umkämpften Pflegemarkt braucht die Stadt ein eigenes Unternehmen, um Chancengleichheit bei der Platzvergabe sicherzustellen und um Vorbild und Orientierungsstufe humaner Pflege zu sein.

Drittens. Wir stehen zu unseren Aussagen, die wir im Zuge der gGmbH-Gründung getroffen haben, dass die Beschäftigten von der Lohn- und Gehaltsentwicklung nicht abgekoppelt werden sollten.

Viertens. Um kein millionenschweres Minus im SBK-Geschäftsjahr 2009 zu erzeugen, müssen wirklich dringend, zwischen der Geschäftsführung und Belegschaft sowie der Gewerkschaft Verdi Gespräche und Verhandlungen aufgenommen werden. Die Deckungslücke - das haben die Vorredner schon gesagt; ich will es noch einmal zusammenfassen - ist nämlich fremdverschuldet. Die Bundespflegegesetze sind so konstruiert, dass Tarifierhöhungen von den Pflegekassen als Hauptfinanzierer der Heime eben nicht übernommen werden.

Fünftens. Deshalb fordern wir unsere Landes- und Bundestagsabgeordneten auf, diese ungerechte Deckelung in der Refinanzierung der Pflegekosten zur Kenntnis zu nehmen und das Problem gefälligst zu lösen. Genau wie demnächst Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Krankenhäusern in Berlin gegen die gedeckelte Budgetierung der Krankenhäuser demonstrieren

werden, muss bundesweit eine Front aller Pflegeeinrichtungen aufgebaut werden.

Sechstens. Vor diesem komplexen Hintergrund schlagen wir als Alternative zum Antrag der Linken, der einseitig ausschließlich Druck auf die Geschäftsführung ausüben will, vor: Lasst uns einen deutlichen Appell an beide Seiten richten, sofort ernsthafte Gespräche nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Kölner Ebene zu starten. Wir sind sicher, dass beim Erfolg dieses Appells sofort der beantragte Austritt aus dem Arbeitgeberverband zurückgenommen wird.

Ich hoffe, dass sich diesem jetzt auch mündlich vorgetragenen Änderungsantrag alle Fraktionen dieses Rates anschließen werden. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Helling. Für die FDP Herr Mendorf, bitte.

**Marco Mendorf (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine drei Vorredner haben schon relativ klar dargelegt, dass wir gemeinsam daran arbeiten, verschiedene Ziele umzusetzen, damit wir mit der SBK auch in Zukunft einen Träger haben, der auf der einen Seite höchsten Qualitätsansprüchen gerecht werden und den aufgebauten Standard in den Häusern für alle Pflegebedürftigen weiter bedienen kann, der auf der anderen Seite aber auch eine gewisse Wirtschaftlichkeit gewährleisten kann.

Herr Helling hat eben schon klar gemacht, dass dieses Problem zwei Seiten betrifft, das auch von beiden Seiten besprochen und gelöst werden muss. Insoweit finden wir es gut, zunächst einmal die Gewerkschaften und die Arbeitgeber zu bitten, eine Lösung für diesen speziellen kommunalen Einrichtungsbereich zu finden. Ziel ist eben auch, diese kommunalen Einrichtungen in der Tariftreue zu belassen. Aus unserer Sicht ist das eine klare Sache. Wir wollen, dass diese städtischen Einrichtungen auch zukünftig an eine gewisse Tarifregelung gebunden sind. Dafür müssen wir einen guten Weg finden. Deswegen möchten wir diesen 4er-Antrag gemeinsam hier beschließen. Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank. Ich sehe eine weitere Wortmeldung von Herrn Ludwig, bitte.

**Claus Ludwig (Die Linke.Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Heinen hat hier eben das Hohelied der Tarifautonomie gesungen. Unterm Strich hat er aber gesagt, dass die vier Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne zusammen mit der Geschäftsleitung der SBK genau in diese Tarifautonomie eingreifen, dass sie die bestehenden Tarife aufknacken und dass sie der Geschäftsleitung dabei helfen, Druck auf die Löhne auszuüben. Sie erzählen uns einerseits etwas von Tarifautonomie, greifen aber andererseits aufseiten des Arbeitgebers ein, um die Tarife abzusenken.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Das, was uns Herr Ludorff eben mit schönen Worten vorgestellt hat, heißt unterm Strich und im Klartext: Entweder Verdi spurt und macht bei der freiwilligen Absenkung der Löhne mit, oder wir sehen uns weiterhin gezwungen, aus dem Tarifvertrag auszusteigen. Deutlich gesagt ist das nichts anderes als Erpressung, was Sie mit den Beschäftigten der Sozialbetriebe vorhaben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder der Betrieb geht vor die Hunde! Das ist Eure Alternative!)

Wenn Verdi darauf eingeht in der irrigen Hoffnung, durch einen Absenkungstarif den Prozess besser steuern zu können, wird das Endergebnis für die Beschäftigten das gleiche sein, nämlich weniger Geld in der Tasche.

In dieser Woche wurde ein Bericht zum Lohnverlust herausgegeben. Darin wurde deutlich gemacht, dass im letzten Jahrzehnt die unteren Lohngruppen einen Reallohnverlust von 13 Prozent hinnehmen mussten. Viele der Kolleginnen und Kollegen bei der SBK sind nicht in den oberen Lohngruppen, sondern eher in den unteren und mittleren zu finden.

Auch dem Armutsbericht der Sozialverwaltung Köln war zu entnehmen, dass eine Reihe von städtischen Beschäftigten unterstützendes ALG II bekommt, weil ihr Geld nicht mehr ausreicht. Das beginnt, je nach Familiensituation und Kinderzahl, schon bei Leuten, die in die mittleren Entgeltgruppen des TVöD eingestuft sind.

Wie man es auch dreht und wendet: Wenn Sie diese Tarifabsenkung durchsetzen, wenn sich

also ein städtischer Betrieb aktiv am Lohndumping beteiligt, wird am Ende die Stadt für die Kosten aufkommen müssen. Neben den üblen Folgen für die Beschäftigten wird die Stadt mehr unterstützendes ALG II, Wohngeld usw. bezahlen müssen. Was Sie damit auch machen ist, dass Sie damit die Abwärtsspirale noch verschärfen.

Hier wurde eben geschildert, dass die privaten Altenpflegeheime Lohndumping und Qualitätsdumping betreiben. Absolut korrekt. Nur, wenn Sie in den städtischen Einrichtungen die Löhne absenken, verschärfen Sie damit den Wettbewerb; denn dann müssen auch die anderen Unternehmen wiederum die Löhne senken. Insofern werden Sie am Ende für die SBK nichts gewonnen haben und auch nichts für die Beschäftigten. Sie werden weitere Verluste hinnehmen müssen.

Das zeigt auch, dass die Warnung der Linken, als die SBK ausgegründet und als gGmbH gegründet wurde, absolut begründet war. Die gGmbH löst keine Probleme, sondern war der Einstieg in den Abbau von Arbeitnehmerrechten und in die Absenkung der Gehaltsniveaus. Viele Beschäftigte der SBK, die damals dachten, die gGmbH wäre auch für sie ein Schritt nach vorne, ein Schritt in die Unabhängigkeit, weil man die gGmbH besser steuern könnte, kommen heute auf uns zu und sagen: Ihr habt uns damals gewarnt, und ihr habt verdammt Recht gehabt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das ändert an der Situation nichts!)

Wer über die in diesem Jahr von Verdi erstrittene Tarifierhebung für den TVöD redet und so tut, als sei diese in irgendeiner Weise unverantwortlich oder ganz besonders hoch, der lebt in einer anderen Welt. Dieses Jahr ist ein Tarifvertrag für zwei Jahre abgeschlossen worden. Bei einer Inflationsrate von 3 bis 3,3 Prozent - wer weiß, wie sie im nächsten Jahr aussieht - liegt dieser Tarifabschluss auf beide Jahre gerechnet ungefähr 1 Prozent über der Inflationsrate, und das nach Jahren von Reallohnverlust für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Für viele Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, die bei Verdi organisiert sind, stellte das die untere Grenze dessen dar, was gerade noch erträglich ist. Viele wollten höhere Forderungen durchsetzen, haben dann aber eingesehen, dass sie damit nicht weiterkommen. Für viele war das die untere Grenze. Deswegen ist es absoluter Unsinn, hier so zu tun, als wären in diesem Jahr unverantwortliche oder überzogene Tarifabschlüsse erfolgt. Vielmehr stellen die Tarifabschlüsse die untere

Grenze dessen dar, was sich die Beschäftigten vorstellen konnten.

Insofern sagt die Linke: Es kann nicht sein, dass ein städtischer Betrieb sich so aktiv in das Lohn-dumping einschaltet. Und: Es kann nicht sein, dass hier der Tarifvertrag aufgeknackt wird und dass die Kolleginnen und Kollegen erpresst werden. Wir müssen Schluss machen mit Lohndumping und diesem Unterbietungswettlauf. Schluss mit 1-Euro-Jobs und ähnlichen Billigjobs.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Schluss mit der Rede jetzt!)

- Nein, ich habe noch fünf Sekunden. - Wir müssen endlich eine vernünftige Beschäftigungspolitik machen und gute Jobs schaffen mit Löhnen, von denen man leben kann. Das haben die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bitter nötig. - Wenn Sie über solche Vorschläge grinsen oder sich darüber lustig machen, dann kann ich Ihnen nur viel „Spaß“ mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land wünschen. Denn die werden Ihnen bei der nächsten Wahl und auch ansonsten kräftig einheizen. Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Mir liegt inzwischen der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor. Ich möchte den Beschlusstext, der ganz kurz ist, noch einmal vorlesen.

Der Rat bittet die Aufsichtsratsmitglieder des SBK gGmbH, darauf hinzuwirken, dass die Tarifparteien eine tarifverträgliche Lösung erzielen, die einen Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband gegenstandslos machen.

Das ist, denke ich, auch hinreichend begründet worden, sodass wir zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP, Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von der Linken und der Rechten. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Petra May ist das mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Eigentlich erübrigt sich damit die Abstimmung über den Antrag der Linken. Ich frage aber dennoch, wer für den Antrag der Linken ist und bitte um das Handzeichen. - Für den Antrag der Linken sind die Linke, pro Köln und Frau May. Ent-

haltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit so abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.5 auf:

**2.1.5 Antrag von Ratsmitglied Frau May betreffend „Verstärkte Kontrollen für die Annahme italienischen Abfalls in der Müllverbrennungsanlage in Köln-Niehl“ AN/1591/2008**

Als Antragstellerin hat zuerst Frau May das Wort.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Thema ist tatsächlich zu bedeutend, als dass man hier einfach darüber hinweggehen kann. Insofern hat Frau May völlig recht.

(Heiterkeit)

Aber - das möchte ich hinzufügen - Frau May hat überhaupt nicht recht, wenn sie sagt: Wir Kölner stecken den Kopf in den Sand, weil es uns im Grunde genommen nichts angeht, was außerhalb unserer Stadtgrenzen passiert. Leider ist diese Einstellung in Köln weit verbreitet. Deswegen ist sie aber noch lange nicht richtig. Ich werde nicht den Kopf in den Sand stecken und sage der CDU und meinen CDU-Kollegen vielen Dank, dass ich endlich einmal verbrieft bekommen habe, dass ich recht habe. Das tut mir auch gut.

Was ist bezüglich der Thematik Müll aus Italien inzwischen passiert? Die Stadt Genf hat es abgelehnt, italienischen Müll zu verbrennen. In Hamburg wurde Radioaktivität in den Müllzügen gemessen. Am Brenner werden ganze Müllzüge gestoppt, auch weil sie technische Mängel haben. In Südtirol weigert man sich kategorisch, Müll aus Südtalien zu verbrennen. Auf Sardinien gab es bereits Krawalle, als Müllschiffe aus Neapel auch nur gesichtet wurden. Nur wir stecken den Müll nicht in den Kopf.

(Heiterkeit und Lachen)

Das italienische Militär ist inzwischen in Neapel und kontrolliert dort den Müll.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hatte die Idee, Müllexperten nach Neapel zu schicken. Vielleicht sollte sie sie auch in diesen Rat schicken; denn hier unten sieht es wegen der Haribo-Tüten auch schon etwas vermüllt aus. Es würde nicht schaden, hier wieder etwas Ordnung hereinzubringen.

(Zuruf: Nicht verbrennen!)

- Nicht verbrennen; das erzeugt Dioxine. - Die Landesregierung will Müllexperten nach Italien schicken, obwohl das Militär dort schon tatkräftig zu Gange ist. Ich muss sagen: Statt diese in Anlehnung an die Blauhelme als Müllhelme zu bezeichnenden Menschen dorthin zu schicken, sollten wir doch überlegen, ob wir nicht andere Wege gehen sollten, nämlich indem wir hier vor Ort kontrollieren, was aus Neapel, was aus Italien angeliefert wird. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich würde Sie bitten - -

(Die Rednerin ist durch Heiterkeit und Lachen irritiert - Peter Sörries [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie ist fertig! Weiter!)

Ich wollte Sie gerade bitten, einzugreifen. Die Damen lachen hier so laut, dass ich mich nicht konzentrieren kann. Das scheint ja unheimlich spaßig zu sein. Ich bitte Sie als Sitzungsleiter, darauf zu achten, dass hier auch Einzelmandatsträger ihre Beiträge formulieren können.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau May, die Unruhe rührt vielleicht auch daher, dass Sie vom Saal aus sprechen und nicht an das Rednerpult gekommen sind. Wenn Sie hier vorne stünden, würden Sie mehr Aufmerksamkeit bekommen, und man könnte Ihrer Rede besser folgen. Für die Rednerinnen und Redner steht hier vorne das Rednerpult zur Verfügung.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wenn Sie mögen, sind Sie herzlich eingeladen, von hier vorne zu sprechen.

(Zuruf: Schüchtern!)

- Nein, schüchtern ist Frau May sicherlich nicht.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Nein, schüchtern bin ich nicht. Aber ich denke, dass ich auch von dieser Position aus gut meine Rede halten kann.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das können Sie, wenn Sie wollen.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sie wissen ja, wie hoch das Rednerpult eingestellt ist. Selbst Herr Bacher hat manchmal Schwierigkeiten und kann das Problem nur singenderweise lösen.

(Anhaltende Heiterkeit)

- Das war für den letzten Umweltausschuss.

Zurück zum Thema. Wir haben hier das Problem - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich darf Sie bitten, jetzt zuzuhören. Selbst ich kann von hier aus nichts verstehen.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Inzwischen haben Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt eine Müllgebührenaktion gestartet, weil der Müll aus Italien für nur 100 Euro verbrannt werden soll. Das Ganze ist höchst problematisch. Wir haben eine Firma, die den Müll annimmt und diesen an eine Vorschaltanlage liefert. Dann kommt er in eine Kölner Müllverbrennungsanlage. Wir haben also diesbezüglich keine direkten Verträge.

Ich hätte gerne von der Umweltdezernentin Frau Bredehorst gewusst, wie viel wir tatsächlich einnehmen. Wenn Returo für die Müllverbrennung 100 Euro erhält, heißt das ja nicht, dass die AVG dies ganz Summe einnimmt und dass diese dann in unsere Kassen gespült werden.

Meine zweite Frage geht ebenfalls an Frau Bredehorst. Hat sich die Stadt Köln auch schon an früheren Hilfsaktionen - in Anführungszeichen - bezüglich italienischen Mülls beteiligt?

Der ganze Vorgang ist höchst problematisch, weil wir an die Mülllieferung nicht direkt vertraglich gebunden sind. Inzwischen besteht meines Erachtens keine Grundlage mehr für diese Verträge; denn wir bekommen keinen Müll, den man wirklich verbrennen kann. Ich weiß, dass der Vorgang schwierig zu unterbinden ist. Aber was wir tun können, ist, über die AVG vor Ort zu kontrollieren und uns nicht darauf zu verlassen, was in Italien geschieht. Es ist nämlich nicht auszuschließen, dass es nicht nur um Waggons mit radioaktiver Strahlung geht, sondern auch um Waggons, in denen Müll ist, den wir auch nicht haben wollen. Diese Waggons werden nicht kontrolliert. Das müsste hier vor Ort noch verbessert werden. Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Frau May. Sie hatten zwei Fragen an Frau Bredehorst, die auch bereit ist, sofort darauf zu antworten. Bitte schön, Frau Bredehorst.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Umweltausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung am 21. August noch einmal ausführlich mit dem Thema beschäftigt und mich gebeten, folgende Erklärung im Namen des Umweltausschusses hier vor dem Rat abzugeben:

Das Thema „Müll aus Neapel“ mit all seinen Facetten ist ausführlich hier im Rat diskutiert worden. Dazu wurde am 24. April dieses Jahres ein Beschluss gefasst. Auch das Thema Radioaktivität ist im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ausführlich diskutiert worden. Es wurde der Hinweis der Verwaltung zur Kenntnis genommen, dass nach ihrer Ansicht ausführlich gemessen wird - deswegen sind ja auch die entsprechenden Waggons entdeckt worden -, dass aber dieses Verfahren nicht in den Händen der Stadt Köln, sondern ausschließlich in den Händen des Landes liegt. Der Umweltausschuss hält dieses Thema für ausreichend diskutiert. Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Bacher.

**Götz Bacher (SPD):** Ich kann mich nicht entsinnen, dass die Dezernentin gebeten worden ist, eine Stellungnahme für den Ausschuss abzugeben. Vielmehr waren wir daran interessiert, dass die Verwaltung zu diesem Thema eine eigene qualifizierte Stellungnahme abgibt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dazu kann Frau Bredehorst gleich noch einmal etwas sagen.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Dann habe ich das falsch verstanden. Ich kann gerne eine ausführliche Stellungnahme zum Thema „radioaktiver Müll aus Neapel“ abgeben, wenn dies gewünscht wird.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Soll diese Stellungnahme mündlich erfolgen, oder genügt sie Ihnen in schriftlicher Form, Herr Bacher?

(Götz Bacher (SPD): Schriftlich!)

- Die Stellungnahme wird in schriftlicher Form gewünscht.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Dann bringen wir die Stellungnahme in schriftlicher Form.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Von Herrn Frank kam noch eine Wortmeldung.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass wir bereits informiert worden sind, dass Kontrollen, wie es die beim Land liegende Zuständigkeit vorsieht, durchgeführt werden, dass aufgrund dieser Kontrollen bereits Züge angehalten worden sind und dass unsere Fraktion gestern einstimmig beschlossen hat, nicht den Kopf in den Müll zu stecken, beantrage ich den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Darüber müssen wir zunächst einmal abstimmen. Wer dafür ist, dass wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen in Erkenntnis, dass die verschärfte Kontrolle bereits stattfindet, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine große Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen und meiner Stimme. Gegenstimmen? - Bei pro Köln, der Linken und Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Bei der FDP-Fraktion. Damit wird dieser Tagesordnungspunkt als erledigt betrachtet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.6 auf:

**2.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Bildung von Pflegestützpunkten in Köln“  
AN/1604/2008**

Für die antragstellenden Fraktionen haben sich Herr Kluth und Herr Helling zu Wort gemeldet. Zuerst spricht Herr Kluth für die SPD-Fraktion.

**Walter Kluth (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Bundestag hat die Reform der Pflegeversicherung beschlossen. Diese ist am 1. Juli in Kraft getreten. Kernpunkte der Reform sind die Anhebung der Leistungen,

insbesondere für Demenzkranke, sowie unangemeldete Kontrollen in Heimen, um gegen Missstände vorzubeugen. Des Weiteren sollen Arbeitnehmer zur Pflege von nahen Angehörigen bis zu sechs Monaten eine unbezahlte Auszeit nehmen dürfen.

Ein weiterer Bestandteil des neuen Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist die Möglichkeit, sogenannte Pflegestützpunkte einzurichten, allerdings - so sieht es das Gesetz vor - nur dann, wenn die Länder dem zustimmen. Diese Regelung, die auf Druck der CDU aufgenommen wurde, wird dazu führen, dass in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zukünftig ein Flickenteppich unterschiedlicher Angebote entstehen wird.

Bisher gibt es im Bereich der Pflege bis zu zehn unterschiedliche Beratungsstellen auf der Grundlage von acht gesetzlichen Vorgaben. Diese widrigen und ineffektiven Umstände sollen mit dem Konzept der Pflegestützpunkte behoben werden. Pflegestützpunkte sind Anlaufstellen für Angehörige und Pflegebedürftige. Damit wird die Beratung von Kassen, Sozialhilfeträgern, Altenhilfe und weiteren Institutionen an einem Ort zusammengeführt. Betrieben werden sollen diese Pflegestützpunkte von Pflegekassen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen. Sie erhalten dafür eine Anschubfinanzierung von 45 000 Euro aus der Pflegeversicherung.

Der CDU-Sozialminister von Nordrhein-Westfalen Laumann hat, ebenso wie die CDU-Bundestagsfraktion, dieses Vorhaben bekämpft, da es seiner Meinung nach der Pflegekasse erhebliche Mittel entziehen und die Stützpunkte zum Aufbau neuer bürokratischer Strukturen führen würde. Dementsprechend hat Laumann die Einführung dieser Pflegestützpunkte in Nordrhein-Westfalen bisher abgelehnt. Ich möchte dem hinzufügen, dass ich heute die Information bekommen habe, dass scheinbar jetzt ein Umdenken stattfindet und die Bereitschaft langsam wächst, diese Pflegestützpunkte doch anzuerkennen und auch hier in Nordrhein-Westfalen einzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, SPD und Grüne wollen mit diesem Antrag dafür werben, die Chance zu nutzen, in jedem Kölner Stadtbezirk mindestens einen Pflegestützpunkt einzurichten, um damit die vorhin beschriebene Hilfe aus einer Hand für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu ermöglichen. Neben dem Appell an die Landesregierung möchten wir die Verwaltung auffordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die Errichtung der Stützpunkte in Köln umgesetzt werden

kann, damit die Landesregierung beziehungsweise die Landtagsmehrheit von den Vorteilen des neuen Angebots überzeugt werden kann. In die Prüfung sollen auch die Bürgerämter als Standort miteinbezogen werden, um gegebenenfalls Synergien beim neuen Bürgerservice nutzen zu können. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Herr Kluth. Herr Helling, bitte, für die Grünen.

**Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Kluth hat schon in seinem Redebeitrag auf den Kontext des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes hingewiesen. Er hat ebenfalls erklärt, dass die Landesregierung und Laumann zu spät und sozusagen zu *lau* tätig geworden sind. Der Appell an die Landesregierung ist nötig, auch wenn inzwischen entschieden ist, dass in NRW Pflegestützpunkte eingerichtet werden sollen. Der Einrichtungsbeschluss steht aber noch immer aus.

Ich möchte im Kern zwei Gesichtspunkte betonen:

Erstens. Beim lokalen Konzept Pflegestützpunkte müssen wir an der vorhandenen Struktur ansetzen. Wir müssen an unseren Seniorenberatungen, an der Wohnraumberatung und an der gerontopsychiatrischen Beratung ansetzen. Diese Vielfalt muss erhalten bleiben, und dennoch müssen Wissen und Information in den neu zu schaffenden Pflegestützpunkten konzentriert werden. Konzentration heißt aber nicht zwingend, die unabhängigen Träger zu motivieren, in die vorhandenen Bürgerämter umzusiedeln. Es geht eher darum - so sehen wir es -, die Bürgerämter mit den Stützpunkten und den vorhandenen Beratungseinrichtungen zu vernetzen.

Zweitens. Es geht auch darum - das möchte ich klarstellen -, die vom SBG XI verlangte Unabhängigkeit der Beratung als echte Unabhängigkeit zu implementieren. Ratsuchende bemängeln bisher, dass zum Beispiel Wohlfahrtsverbände in Einzelfällen die Beratung nutzen, um, salopp gesagt, ihre eigenen Einrichtungen zu füllen. Andere Ratsuchende bemängeln, dass bei der Beratung der Kranken- und Pflegekassen oft Kostenminimierungsaspekte für die Kassen in den Vordergrund der Beratung gestellt werden. Inso-

fern braucht es eine echte Unabhängigkeit. Es braucht eine kritische Würdigung der Praxis von Anbietern und Kassen. Auch im Bereich der Pflegestützpunkte müssen Aspekte der unabhängigen Verbraucherberatung und des Verbraucherschutzes gestärkt werden.

Beide Gesichtspunkte finden Sie in unserem Antrag wieder. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Walter Kluth [SPD])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Helling. Herr Ensmann für die CDU-Fraktion, bitte.

**Bernhard Ensmann (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wesentlichen Dinge sind gesagt. Es gilt der Spruch: Es gibt nichts, was man nicht noch verbessern kann. Insofern werden wir diesen Antrag unterstützen. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Gesetz am 1. Juli in Kraft getreten ist und dass wir als Ausschuss uns bereits im April dieses Jahres intensiv mit der Thematik beschäftigt und der Verwaltung auch einen entsprechenden Auftrag erteilt haben.

Es ist richtig, dass es bei der Diskussion auf Landesebene unterschiedliche Positionen gab, die aber letztendlich dazu geführt haben, dass das zuständige Ministerium die Einrichtung solcher Pflegestützpunkte jetzt unterstützt und der notwendige Einrichtungsbeschluss in Vorbereitung ist. Auf Grundlage dieses Beschlusses kann die Verwaltung aktiv werden.

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir im Sozialausschuss nicht darauf gewartet haben, bis uns irgendetwas auf den Tisch gelegt wird, sondern schon im Vorfeld über diese Thematik diskutiert und dazu auch einen Beschluss gefasst haben.

Ich hatte schon in meinem Beitrag zu einem anderen Thema kurz angedeutet, wie schwierig der Schritt ist, ein Familienmitglied, das nicht mehr zu Hause gepflegt werden kann, in eine Pflegeeinrichtung zu geben. Wer diesen Schritt tun muss, muss intensiv, objektiv und unabhängig beraten werden. Es kann nicht sein, dass derjenige, der eine Einrichtung führt, gleichzeitig auch die entsprechende Beratung durchführt; denn damit besteht immer auch die Gefahr, dass diese

Beratung im Sinne des jeweiligen Unternehmens erfolgt.

Wir als CDU möchten darauf hinweisen, dass Köln unabhängig von dieser Gesetzesänderung schon jetzt ein sehr gut funktionierendes Beratungs- und Hilfsangebot vorweisen kann. So bestehen beispielsweise vielfältige Erfahrungen in der Altenhilfe, in der Hilfe zur Pflege, in der Grundsicherung usw. Aber auch das ehrenamtliche Engagement in diesem Aufgabensegment, das vor Ort geleistet wird, ist lobend hervorzuheben.

Wir halten es für wichtig, die Seniorenberatung unbedingt zu erhalten und zu stärken. Die Seniorenberatung ist in der Lage, in die Haushalte zu gehen, und sie geht auch dorthin, um sich von den Betroffenen ein Bild zu machen. Wenn man etwas in Augenschein genommen, sich mit den Menschen konkret unterhalten und auch gesehen hat, in welchem Umfeld sie leben, dann kann man nämlich besser eine Entscheidung treffen. Deswegen unterstützen wir insbesondere die Stärkung der Seniorenberatung.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Verwaltung, Leistungserbringer und Pflegekassen das bestehende Netz der Seniorenberatung mit den vorgesehenen Pflegestützpunkten und unter Einbeziehung der Kompetenz ehrenamtlicher Helfer miteinander verzahnen und konsequent weiterentwickeln. Wir müssen darauf achten, dass beim Aufbau neuer Strukturen keine Doppelstrukturen entstehen - ich denke, das versteht sich von selbst.

Abschließend möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass wir im Ausschuss am 10. April ein kommunales Handlungskonzept mit der Überschrift „Pflegequalität in Köln“ beschlossen haben. Die Punkte in Ihrem Antrag stellen eine Ergänzung dar, die wir ohne Probleme mittragen können. Ich hoffe nur, dass Ihnen in den nächsten vier Wochen nicht noch weitere Punkte einfallen und wir dieses Thema in der nächsten Ratssitzung erneut erörtern müssen. Der Antrag wird von uns mitgetragen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ensmann. Ich darf nun Frau Gebauer bitten, für die FDP das Wort zu ergreifen.

**Yvonne Gebauer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich

werde es recht kurz machen, da im Vorfeld schon alles zum Thema Pflegestützpunkt gesagt worden ist. Ich möchte Sie aber, nachdem Herr Kluth das hier schon angeführt hat, nicht im Unklaren lassen, dass das Land beziehungsweise der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Landtag von Nordrhein-Westfalen bereits tätig geworden ist.

Dieser Ausschuss hat am 19. Juni den Tagesordnungspunkt „Einrichtung von Pflegestützpunkten in Nordrhein-Westfalen“ behandelt. Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine gemeinsame Erklärung zur Einführung von Pflegestützpunkten verabschiedet worden. Diese beinhaltet, die Landesregierung in ihrem Ziel zu unterstützen, gemeinsam mit den Pflegekassen und kommunalen Spitzenverbänden eine Rahmenvereinbarung zur Einführung von Pflegestützpunkten zu treffen. Weiterhin heißt es dort - Herr Oberbürgermeister, ich darf kurz zitieren -:

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales fordert die Pflegekassen im Land auf, bei den Verhandlungen über die Einrichtung von Pflegestützpunkten bereits bestehende und bewährte Anbieter- und Trägerstrukturen in den Kreisen und kreisfreien Städten unseres Landes zu berücksichtigen, die entsprechenden Träger einzubinden und hierbei insbesondere mit den Kommunen eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Der Ausschuss wird geleitet von Herrn Günter Garbrecht, SPD. Von daher ist sichergestellt, dass diese gemeinsame Empfehlung ihre Wirkung entfaltet.

Deswegen sind wir der Meinung, dass sich zumindest Punkt 1, nämlich die Aufforderung an die Landesregierung, aufgrund dieser gemeinsamen Empfehlung vom 19. Juni dieses Jahres bereits erledigt hat. Wir werden allerdings dem Rest des Antrags zustimmen, möchten SPD und Grüne aber bitten, von Punkt 1 aufgrund des von mir Vorgetragenen Abstand zu nehmen. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Gebauer. Herr Kellner, bitte.

**Michael Kellner** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Her-

ren! Auch ich kürze es ab, weil vieles schon gesagt worden ist.

Die Fraktion Die Linke.Köln stimmt dem Antrag von SPD und Grünen im Wesentlichen zu. Für zwei der drei Hauptaufgaben der Stützpunkte, nämlich Koordinierung aller Versorgungs- und Unterstützungsangebote und ihre Vernetzung, können bisherige Strukturen genutzt werden. Dass dabei der sozialräumliche Ansatz zu berücksichtigen ist, scheint uns selbstverständlich.

Anders sehen wir es hinsichtlich der dritten Aufgabe der Stützpunkte, der Auskunft und Beratung. In Köln wird die Seniorenberatung vorwiegend von großen Trägern durchgeführt, die selbst Träger von Pflegeeinrichtungen und Heimen sind. Der vorliegende Antrag legt aber mit Recht Wert auf eine unabhängige Beratung, die die Gesichtspunkte des Verbraucherschutzes und damit eine kritische Würdigung von Anbietern und Pflegekassen berücksichtigt.

Der für uns kritische Punkt ist die Frage, was für die Antragsteller eine unabhängige Beratung ist. In der Begründung des Antrags ist nach Meinung der Antragsteller ein Konzept für die Beratung unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Senioren- und Behindertenberatungsstrukturen zu entwickeln. Die vorhandenen Angebote der Stadtverwaltung und der Anbieter sind - ich zitiere - „neu zu ordnen und auszubauen“.

Hier ist unserer Ansicht nach Vorsicht geboten. Träger von Heimen und Pflegeeinrichtungen sind nicht unbedingt unabhängig; sie verfolgen eigene Interessen. Das ist nicht zu verurteilen, aber in diesem Bereich wenig hilfreich. Auch Mitgliedern der Pflegeversicherung würden wir eine Beratungstätigkeit nicht übertragen wollen. Schließlich bezahlen sie für ambulante und stationäre Pflege unterschiedliche Sätze. Bei den Krankenkassen hat sich seit der letzten Gesundheitsreform einiges geändert. Viele Leistungen in der Pflege sind zu Pflichtleistungen geworden. Das könnte zwar mehr Unabhängigkeit garantieren, aber der mögliche Ermessensspielraum müsste noch geprüft werden.

Damit sind für uns die Selbsthilfeorganisationen diejenigen, die eine unabhängige Auskunft und Beratung am ehesten garantieren. Nicht umsonst heißt es im ersten Spiegelstrich von Nr. 2 des Antrags, dass das Konzept „insbesondere mit den Selbsthilfeinitiativen abzustimmen und umzusetzen ist“. Die Fraktion Die Linke.Köln ist der Meinung, dass diese Initiativen, von denen es bisher nur wenige gibt, unterstützt und wenn irgendmöglich in die Beratung und die Auskunft

für Betroffene und ihre Angehörigen einbezogen werden müssen. Dabei ist es nicht entscheidend, bei welchem Träger sich die Räumlichkeiten für die Pflegestützpunkte befinden. Wichtiger ist, dass eine unabhängige Auskunft und Beratungstätigkeit, wie sie in diesem Antrag gefordert wird, wirklich gewährleistet ist. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, nachdem Frau Gebauer noch einmal das Wort ergriffen hat.

**Yvonne Gebauer (FDP):** Ich würde gerne getrennte Abstimmung beantragen. Da die Fraktionen von SPD und Grünen Punkt 1 nicht zurücknehmen, beantrage ich, über Punkt 1 und Punkt 2 getrennt abstimmen zu lassen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gut. Dann lasse ich zunächst über Punkt 1 abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, pro Köln und der Linken. Gegenstimmen? - Bei der CDU, der FDP, von Herrn Dr. Müser und von mir. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Ich lasse nun über Punkt 2 abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, die Linke, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

#### **2.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Reduzierung der Gaspreise“ AN/1590/2008**

Es spricht Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum 1. Oktober werden für die Kunden der RheinEnergie AG wieder einmal die Gaspreise angehoben. Nun können Sie gegen einen solchen Ratsantrag, wie wir ihn hier eingebracht haben, einwenden, der sei doch eine Sache, die Kommunalpolitiker sinnvollerweise im zuständigen

Aufsichtsrat ansprechen und unmittelbar an die Unternehmensseite kommunizieren sollten. Sie haben es ja mit List, Tücke und einer Einheitsliste verstanden, meine Fraktion aus den Aufsichtsräten herauszuhalten. Ich habe Ihnen damals, im Jahre 2004, versprochen, dass das nicht bedeutet, dass damit die einschlägigen Themen aus dem kommunalpolitischen Diskurs verschwinden, sondern sie werden sich lediglich in die Gremien verlagern, in denen diese Themen von uns angesprochen und auf die Tagesordnung gesetzt werden können. In diesem Fall gehört ein solches Thema, jedenfalls aus der Perspektive und vor dem Hintergrund der Möglichkeiten, die meine Fraktion hat, hier in den Rat.

Die RheinEnergie AG erhöht die Gaspreise und begründet das damit, dass sich die Rohstoffpreise erhöht haben und dass sie die Preisexplosion der letzten Monate jetzt an die Kunden weitergeben müsse. So weit, so gut. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt war das auch richtig. Aber im Juli dieses Jahres brachen die Rohstoffpreise ein, sowohl bei Rohöl als auch beim Gas. Seither können sich die Versorger am Weltmarkt bedeutend preiswerter eindecken als zu dem Zeitpunkt, an dem die gestaffelte Erhöhung der Gaspreise beschlossen worden ist.

Was bei den Benzinversorgern noch so halbwegs funktioniert, weil es dort eine starke Konkurrenz gibt, funktioniert bei den halbmonopolisierten Versorgern beispielsweise im Gasbereich nicht ohne Weiteres. Es dauert zwar auch bei den Tankstellen immer seine Zeit, bis gesunkene Rohstoffkosten an den Endverbraucher weitergegeben werden, aber schließlich werden die Preise dann doch zurückgenommen. Wir haben zuletzt erleben können, dass das Benzin an den Tankstellen wieder etwas billiger geworden ist.

Wenn bei der RheinEnergie AG dieser Mechanismus auch nur in ähnlicher Geschwindigkeit funktioniert, wenn also auch dort immer dann, sobald es wieder abwärts geht, die Preise verzögert an die Kunden weitergegeben würden, dann sollte sinnvollerweise diese Preisanhebung zum 1. Oktober, die bereits beschlossen und öffentlich verkündet worden ist, nicht mehr realisiert werden. Die RheinEnergie AG hält aber an ihrem Preismodell fest, obwohl zwischenzeitlich, wie gesagt, das sachliche Argument dafür hinfällig geworden ist.

Hier ist es, finde ich, Sache der Kommunalpolitik, einen Fingerzeig in Richtung dieser Energieversorger zu tun und diese dazu aufzufordern, Veränderungen an den Weltmärkten nicht nur dann weiterzugeben, wenn sie in Richtung der Preis-

erhöhung gehen, sondern auch im umgekehrten Fall weiterzugeben, wenn der Preis nach unten geht. Diese Preissenkungen, die an den internationalen Märkten stattgefunden haben, müssen auch bei den Kölner Verbrauchern ankommen. Deshalb sind wir hier aufgerufen, etwas zu unternehmen, um der RheinEnergie AG klarzumachen, dass sie in diese Richtung tätig werden sollte.

Ich bin mir natürlich im Klaren über die Tatsache, dass Sie einem solchen Antrag nicht zustimmen können, schon weil dieser von der Fraktion pro Köln kommt und Sie uns den Erfolg nicht gönnen. Aber im Gegensatz zu uns haben Sie ja einen Zugang zu dem Unternehmen RheinEnergie AG. Sie sind dort in den Aufsichtsräten vertreten. Sie haben jetzt ein zusätzliches Argument an der Hand. Falls Sie auf dem Korridor einmal ein Schwätzchen mit einem Rhein-Energie-Vertreter halten, können Sie ihm sagen: Hören Sie mal, diese „bösen“ Pro-Kölner thematisieren das jetzt auch im Wahlkampf. Wir haben schon mit den Linken so viele Scherereien, und jetzt kommen auch noch die Pro-Kölner von der anderen Seite. Wer weiß, was da auf uns zukommt? Des Weiteren könnten Sie ihn dort auffordern: Denkt doch mal über die Möglichkeit nach, ob ihr nicht auf die Erhöhung der Gaspreise zum 1. Oktober verzichten könnt.

Vielleicht, meine Damen und Herren, wirkt das ja. An vielen anderen Positionen war dieser Ansatz erfolgreich. Der Pro-Köln-Effekt ist ja zum geflügelten Wort in der Stadt geworden. Ich hoffe, dass ich mit diesem Thema nicht bei ausnahmslos jedem hier im Raum auf taube Ohren gestoßen bin.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Es gibt noch einen weiteren Tagesordnungspunkt zum Thema RheinEnergie AG und darf dabei deren Chef herzlich begrüßen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.8 auf:

### **2.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Transparenz bei der Auswei-**

### **tung der Geschäftstätigkeit der RheinEnergie AG“ AN/1419/2008**

Dazu liegt ein Änderungsantrag vor.

### **Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1726/2008**

Für den Antragsteller spricht zunächst Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Schmitz, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl zum Präsidenten des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft. Ich habe Sie auch im Fernsehen schon gesehen.

(Jochen Ott [SPD]: Oh, solche Sendungen guckst Du! - Heiterkeit)

- Die war doch interessant.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dort wurde er übrigens mit Herr Dr. Schmitz begrüßt.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Entschuldigung, Herr Dr. Schmitz.

(Martin Börschel [SPD]: Aber live ist doch viel besser, Jörg, oder?)

Allein in diesem Jahr sind dem Rat der Stadt Köln sechs zumeist Eilvorlagen der Beteiligungsverwaltung und des Vorstands der RheinEnergie AG für deren weiteren Expansionskurs vorgelegt worden. Gegen die beschlossenen Vorlagen haben wir im Rat der Stadt Köln Bedenken erhoben und die Intransparenz des Vorgangs kritisiert. Inzwischen sind die Geschäfte mit den Städten Hilden und Wuppertal gescheitert. Private Anbieter wie das belgische Unternehmen Electrabel haben einfach mehr geboten. Es heißt, Electrabel lag um 50 Millionen Euro über dem Angebot von der RheinEnergie AG - so war es in der *Rheinischen Post* zu lesen. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Herr Dr. Schmitz wird wohl darüber schweigen. Trotzdem ist es ein interessanter Vorgang.

Stellen Sie sich also vor, wir bekämen fünf Tage vor der nächsten Ratssitzung eine Vorlage, die vorsieht, dass die RheinEnergie AG 51 Prozent

der Stadtwerke Lübeck übernehmen möchte. Jetzt wird der eine oder andere sagen, dass das doch Unsinn sei, weil es gar keinen regionalen Bezug zu Lübeck gebe. Das ist aber kein Unsinn; denn die MVV, die mit der RheinEnergie AG eng verbandelt ist, hält bereits 51 Prozent der Anteile an den Stadtwerken Kiel. Das heißt, dass es doch so etwas gibt.

Die Linke.Köln ist der Meinung, dass das mit regionaler Versorgung nichts mehr zu tun hat. Die RheinEnergie AG handelt wie ein privates Unternehmen; denn kommunale Unternehmen sind territorial gebunden. Seit Änderung der Gemeindeordnung birgt das eine große Gefahr.

Deswegen sind wir der Meinung, dass die RheinEnergie AG sich nicht privat aufstellen, sondern einen kommunalen Weg gehen sollte. Ein kommunales Unternehmen hat einen öffentlichen Zweck. Das heißt, eine reine Profitmaximierung ist nicht zulässig. Die RheinEnergie AG hat aber die sechsprozentige Ausbildungsquote nicht umgesetzt. Außerdem lehnen der Vorstand und der Aufsichtsratsvorsitzende der RheinEnergie AG den Sozialtarif ab usw. Man könnte weitere Argumente dafür finden, dass eben nicht sozial gehandelt wird.

Es muss aber genau umgekehrt sein: Das Unternehmen muss sozial handeln. Selbst wenn das Unternehmen zum Beispiel den 1. FC Köln fördert oder auch eine Stiftung unterhält, ist das noch nicht unmittelbar sozial. In dem einen oder anderen Fall mag das sinnvoll sein, aber sozial ist es damit noch nicht. Deswegen fordern wir: Die RheinEnergie AG sollte das eine tun, das andere aber nicht lassen.

Ein kommunales Unternehmen muss sozial gegenüber den Beschäftigten, aber auch gegenüber den Kundinnen und Kunden, also den Kölnerinnen und Kölnern, sein. Wenn die Mitarbeiter der RheinEnergie AG seit Jahren ein Deputat an Strom bekommen, warum sollen dann Arbeitslose oder Geringverdiener nicht auch eine Vergünstigung durch einen Sozialtarif erhalten? Diese Frage stelle ich mir. Der Werbespruch der RheinEnergie AG „Für jeden den richtigen Tarif“ ist unseres Erachtens gar nicht so falsch.

(Beifall von Michael Kellner  
[Die Linke.Köln])

Der „richtige“ Tarif müsste nur umgesetzt werden. Doch die Diskussion über den Sozialtarif hat die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit erst richtig deutlich werden lassen. Sogar der CSU-Verbraucherminister Seehofer - man

höre und staune, Herr Oberbürgermeister - prüft jetzt einen bundeseinheitlichen Stromtarif mit einem begünstigten Basistarif.

Wenn jetzt die RheinEnergie AG die Beschaffungsgesellschaft RET gründet und dabei einen Gewinn von mindestens 5 Millionen Euro für den Stadthaushalt ankündigt, fragt man sich, wo der soziale Zweck dieses Unternehmens liegt. Dass eine Einkaufsgesellschaft Sinn macht, ist gar nicht die Frage, aber trotzdem muss damit auch ein sozialer Zweck verbunden sein. Dieser Zweck wird aber in den Vorlagen nicht dargestellt. Warum wird an die Kunden nicht wenigstens ein Teil des möglichen Gewinns weitergegeben? Diese Frage muss nicht nur gestellt werden, über die muss auch diskutiert werden. Aber darüber wird eben nicht diskutiert. Wir wollen aber diese Diskussion.

Die Linke unterstützt die kommunale Kooperation von Stadtwerken. Wir sind aber dagegen, dass die Stadt Köln Gewinne bei den Einwohnern benachbarter Kommunen macht. Wir müssen andere Formen kommunaler Kooperationen und Einkaufsgenossenschaften entwickeln. Einer solchen Diskussion müssen sich Verwaltung und Vorstand der RheinEnergie AG stellen.

Von diesem Rat muss diskutiert werden, ob wir diesen Kurs weitergehen wollen und welchen Sinn und Zweck die kommunale Daseinsvorsorge bezogen auf die Unternehmen hat. Diese Unternehmen müssen sozial und nicht rein privatwirtschaftlich agieren. Aber unsere Unternehmen wie die RheinEnergie AG operieren ganz anders - da nehme ich die GAG aus; denn die GAG arbeitet nicht einfach privatwirtschaftlich, sondern macht auch soziale Angebote. Dass der 1. FC Köln gefördert und Stiftungen unterhalten werden, empfinde ich eher als eine Ausrede. Sozial ist etwas anderes.

(Jochen Ott [SPD]: Die sind eine Aktiengesellschaft! Witzbold!)

SPD und Grüne haben einen Änderungsantrag vorgelegt, und über den wird zuerst abgestimmt werden. Dieser ist zwar ein bisschen klamm und mau, aber wir werden ihm zustimmen. Damit ist unser Antrag natürlich vom Tisch; das ist keine Frage. Aber wir beschließen mit dem Änderungsantrag, dass zumindest einmal im Jahr der Strategiebericht des Unternehmens dem Finanzausschuss vorgelegt wird, womit wir einen Schritt weiter wären.

Meine Damen und Herren, ich werde in den nächsten Jahren in dieser Sache nicht locker

lassen, auch wenn das zehn Jahre dauern sollte. Sie werden mir immer nachweisen müssen, wie dieses Unternehmen aufgestellt ist und welche sozialen Aufgaben es erfüllt. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Detjen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Im Moment nicht. Dann wird Herr Dr. Schmitz jetzt eine Stellungnahme abgeben.

**Dr. Rolf Martin Schmitz (RheinEnergie AG):** Vielen Dank für die Gelegenheit, hier Stellung nehmen zu können.

Zum Ersten. Ich glaube, wir sind sehr wohl ein kommunales und ein sehr soziales Unternehmen; denn wir versuchen immer, das Gleichgewicht zu finden zwischen den Interessen der Kunden, den Interessen der Mitarbeiter und den Interessen der Anteilseigner. Sie, Herr Detjen, haben gesagt, wir agierten rein privatwirtschaftlich. Das halte ich für überzogen. Wir setzen ganz andere Verzinsungsansprüche an das eingesetzte Kapital, als es zum Beispiel andere Konzerne tun. Wir versuchen, hier schon deutlich einen Ausgleich zu bringen.

Zum Zweiten. Wir haben auch eine ganz klare Strategie, die auf die Region ausgerichtet ist. Wir würden nicht Energie in Lübeck anbieten, selbst wenn das andere Unternehmen tun. Diese Strategie mit all ihren Facetten wird auch sehr intensiv im Aufsichtsrat diskutiert. Mitte August hatten wir eine Aufsichtsratsklausur, die fast einen ganzen Tag gedauert hat und auf der wir diese Dinge noch einmal ausführlich diskutiert haben. Es gibt also auch in Verbindung mit den Ratsmitgliedern, die ja von Ihnen in den Aufsichtsrat entsandt worden sind, eine sehr deutliche Diskussion zu all diesen Punkten.

Ich greife aus all den Einzelthemen das Thema Sozialtarif, über das auch intensiv diskutiert wird, heraus. Wir sehen nicht in der Verbilligung von Energie den richtigen Weg, sondern in der Hilfe zu mehr Effizienz, um weniger Energie zu verbrauchen und dadurch zu günstigeren Konditionen versorgt zu werden. Das sind andere Ansätze. Darüber kann man trefflich diskutieren, und das sollte man auch machen.

Ihr Antrag war ja auf mehr Transparenz durch entsprechende Berichterstattung ausgerichtet. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir uns natürlich an gewisse ak-

tionenrechtliche Regeln halten müssen. Wir berichten natürlich über alle Punkte im Beteiligungsausschuss, im Aufsichtsrat usw. Die Mitglieder des Rates sind auch, soweit es die Verschwiegenheitspflichten zulassen, berechtigt, darüber weiterzuberichten. Wir haben aber die aktienrechtlichen Spielregeln einzuhalten. Insofern kann auch aus Wettbewerbsgründen über manche Dinge eben nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Bei Verfahren wie in Wuppertal gibt es Verschwiegenheitserklärungen, die man vorher unterzeichnen muss und die es nicht erlauben, darüber in einem unbegrenzten Personenkreis zu diskutieren. Ich bitte um Verständnis, dass dies so ist.

Ansonsten sehen wir uns ganz klar und eindeutig als ein kommunales Unternehmen mit allen sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Verpflichtungen. Der regionale Bezug ist allein über die Genehmigungsverfahren nach der Gemeindeordnung gegeben und wird geprüft. Die Dinge, die wir tun, müssen den Kölner Bürgern direkt zugute kommen. Das ist elementarer Bestandteil jedes Genehmigungsverfahrens.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Schmitz. Herr Detjen hat eine Nachfrage, bitte schön.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Herr Dr. Schmitz, wir haben hier die Vorlage Hilden beschlossen. Ich habe dann zufällig mitbekommen, dass das Projekt geplatzt ist. Das Projekt Wuppertal ist auch geplatzt. Wäre es nicht angemessen, den Rat der Stadt Köln, der diese Vorlage beschlossen hat, hinterher zu unterrichten, wie es ausgegangen ist? Denn das ist doch das Mindestmaß an gemeinsamem Umgang.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das wird meines Erachtens mit Sicherheit in den Gremien erfolgen, und das steht auch heute noch auf der Tagesordnung. Das betrifft die letzten drei Punkte, die Sie, Herr Detjen, übrigens eben ablehnen wollten. Machen wir das, was wir zu tun haben. Es kommt gleich noch eine Erklärung, warum das eben nicht erfolgen konnte.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lieber Jörg Detjen, ich war jetzt etwas verwundert; denn deine Rede betraf zu etwa 90 Prozent gar nicht das Thema des Antrags, sondern die Frage, ob ein Sozialtarif kommt oder nicht. Diese Frage haben wir hier aber schon diskutiert. Der Rat hat sich im Grundsatz dafür ausgesprochen und einen Prüfauftrag erteilt. Wir wissen aber, dass es zu diesem Thema verschiedene Modelle gibt. Wir befürworten ein Modell, ein bestimmtes Kontingent an Strom preiswerter abzugeben und im Sinne der Energieeffizienz einen darüber hinausgehenden Bedarf dann aber zum Normalpreis abzugeben. Wir wissen auch, dass dies unter Wettbewerbsbedingungen geschieht. Das heißt, wenn ein Unternehmen, insbesondere ein kommunales Unternehmen, hier einen Alleingang unternimmt, muss genau überlegt werden, ob dies nicht zu Wettbewerbsnachteilen führt. Wir haben kein Interesse daran, dass die RheinEnergie AG nicht mehr den Erfolg hat, den sie bisher hatte.

Bezüglich der sozialen Fragen habe ich hier vermisst, dass vonseiten der Linken nicht die Ausschüttung an den Stadthaushalt in Höhe von 80 Millionen Euro besonders begrüßt wird, die im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die RheinEnergie AG so hohe Gewinne einfährt. Denn erst dadurch wird über den kommunalen Querverbund, in dem sie sich befindet, eine breite Palette von Aufgaben der Daseinsvorsorge finanzierbar, insbesondere der ÖPNV. Es würde hier doch gar keinen ÖPNV geben, wenn es über den kommunalen Querverbund keine Verbindung zum Energieversorger gäbe. Insofern war das zu kurz gesprungen.

Vor diesem Hintergrund habe ich kein Verständnis, dass das alles negiert und stattdessen auf einen Punkt reduziert wird, und dies auch noch mit der Begründung, es wäre doch zweifelhaft, wenn sich die RheinEnergie AG zum Beispiel um Anteile kommunaler Energieversorger in der Region bemühe, weil sie doch das Territorialprinzip verfolgen müsse. Dieses Territorialprinzip hat die Landesregierung von CDU und FDP insoweit verschärft, indem sie den kommunalen Energieversorgern sozusagen Fesseln angelegt hat und sie damit wettbewerbsverzerrend behandelt. Das Gegenteil muss doch der Fall sein: Es muss möglich sein, dass sich kommunale Energieversorger untereinander vernetzen, sodass sie ein Gegengewicht zu den Oligopolen bilden können. Ich bin echt verblüfft über diese Position. Diese hätte eigentlich jemand von FDP oder CDU aus dem Landtag vortragen können.

Kommen wir zum Punkt Transparenz. Es geht nicht, dass wir im öffentlichen Teil der Ratssitzung behandeln, wenn sich die Gremien der RheinEnergie AG entscheiden, an einem Bieterverfahren teilzunehmen, also Anteile an einem anderen kommunalen Versorger erwerben wollen. Erstens ist das gesetzlich nicht erlaubt. Zweitens müsste man, wenn es denn erlaubt wäre, ziemlich doof sein, seine Verhandlungsstrategie und die Maßgaben, mit denen man in das Bieterverfahren einsteigt, auf dem öffentlichen Markt bekannt zu geben.

Das heißt, solche Fragen können nur in einem geschützten Raum diskutiert werden. Diese Fragen werden in den Aufsichtsräten diskutiert. Wir haben in der Begründung zu unserem Änderungsantrag beschrieben, dass die Berichterstattung an den Beteiligungsausschuss, an den Finanzausschuss des Rates erfolgt. In den Ausschusssitzungen wird regelmäßig nach den Aufsichtsratssitzungen festgelegt, welche Punkte dort berichtet werden - wir erhalten ja immer zahlreiche Berichte.

Richtig ist - ich freue mich, dass Herr Dr. Schmitz das auch noch einmal betont hat -, dass die RheinEnergie AG zur kommunalen Familie gehört. Sie ist Bestandteil des Stadtwerkekonzerns. Insofern denke ich, dass der Rat einen Anspruch darauf hat, die strategische Ausrichtung und die damit verbundenen Schritte kennenzulernen, um diese hier auch diskutieren zu können. Unser Antrag beinhaltet, dass diese strategische Ausrichtung, gekoppelt an den Teilungsbericht, der laut Gemeindeordnung jährlich zu erfolgen hat, auch gegenüber dem Finanzausschuss und somit auch gegenüber dem Rat zeitnäher, also auch unterjährig, darzustellen ist, sodass der Rat beziehungsweise der Finanzausschuss tatsächlich über strategische Fragen beraten kann. Denn das ist natürlich seine Aufgabe als Haupt-eigentümer.

Das ist ein Anliegen, das tatsächlich umgesetzt werden kann und soll. Deshalb haben wir das Anliegen in unserem Antrag formuliert. Es ist richtig, den Teilungsbericht entsprechend auszuweiten. Aber man wird die Teilnahme am Bieterverfahren nicht im öffentlichen Teil von Ratssitzungen diskutieren können.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Frank. Für die FDP spricht Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Jörg Frank dankbar, dass er wieder auf die Zielrichtung des Antrags der Linken zurückgekommen ist, der den Titel trägt: „Transparenz bei der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Rhein-Energie AG“. Dabei geht es eben nicht um Transparenz. Es wäre schlichtweg eine Dummheit, diesem Antrag zuzustimmen; denn damit würden wir dafür sorgen, dass Informationen der Unternehmensstrategie an die Mitbewerber weitergegeben werden. Wenn dieser Antrag hier im Rat eine Mehrheit findet, knallen die Sektkorken in den Vorstandsetagen der Mitbewerber.

Wir haben doch die Abordnung des Rates in den Aufsichtsrat nicht gewählt, damit sie ein leckeres Zubrot an Tantiemen hat, sondern damit sie unsere Eignerfunktion als Rat der Stadt Köln wahrnimmt, ohne dass wir in der öffentlichen Debatte einer Ratssitzung Interessen dieser Stadt preisgeben, die unseren Unternehmen schaden und unseren Mitbewerbern einen Marktvorteil verschaffen.

Dieser Antrag der Linken ist Wirtschaftsstriptease. Ich finde es schon bezeichnend, dass ich hier als Vertreter der Liberalen, sozusagen als Oberlehrer der Marktwirtschaft, ureigenste Interessen von öffentlichen Unternehmen verteidigen muss.

(Jochen Ott [SPD]: Ein historischer Moment! - Beifall von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Das lässt tief blicken, was uns im freien Deutschland blüht, wenn die Linke einmal Regierungsverantwortung tragen sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch unsere öffentlichen Unternehmen wie die Rhein-Energie AG müssen sich auf dem Markt behaupten. Es geht hierbei um Unternehmensstrategie. Wir haben im Finanzausschuss besprochen, dass wir, wenn wir Beteiligungen übernehmen, als Anteilseigner auch über die Strategie informiert sein müssen, um über beides beraten zu können. Bei den Beteiligungsverstrickungen, gerade im Energiesektor, ist das nicht immer leicht durchschaubar. Auch darüber haben wir im Übrigen im Finanzausschuss diskutiert. Die Diskussion über die Zielrichtung gehört sicherlich in den Aufsichtsrat; wir sind dort leider nicht vertreten. Es geht aber nicht darum, wer mit welchen Förmchen im politischen Sandkasten spielt, sondern um die Interessen unserer Unternehmen. Diese Diskussionen gehören in das Gremium Aufsichtsrat. Ich habe vollstes Vertrauen in die Vertreterinnen und Vertretern unseres Rates, die

wir dorthin entsandt haben. Das muss hier deutlich gemacht werden.

Ich will schließen mit einem Zitat des ehemaligen sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Professor Karl Schiller. Er hat gesagt: „Lasst die Tassen im Schrank.“ Der Antrag soll zum Wohle des gesicherten Einkommens der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Kölner RheinEnergie AG abgelehnt werden. Dem Antrag von SPD und Grünen stimmen wir zu, weil er sachgerecht ist. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind natürlich die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen, aber auch die CDU, die FDP, die Linke, pro Köln sowie Herr Dr. Müser und ich. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.9 auf:

**2.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Gegen Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen“ AN/1592/2008**

Es trägt vor Frau Wolter.

**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Grundgesetz garantiert in Art. 8 die Versammlungsfreiheit. Hierunter fällt selbstverständlich auch der für den 20. September geplante Antislamisierungskongress. Zahlreiche, scheinbar demokratische Parteien der Kölner Kommunalpolitik rufen dazu auf, diese Veranstaltung zu verbieten, zu blockieren und zu verhindern. Selbst die meisten Kölner Bezirksvertreter entblöden sich nicht, sich diesem Protest, der sich letztendlich gegen die Verfassung richtet, anzuschließen.

Hauptakteure dieses verfassungsfeindlichen Widerstandes sind linksextreme, autonome und sonstige Gewalttäter, denen es vor allem darum geht, politisch Andersdenkende durch die Begehung von Straftaten und die Anwendung von Gewalt mundtot zu machen. Oft legt es dieser Personenkreis auch auf Schlägereien mit der Polizei an, sodass es bei derartigen Veranstaltungen

gen häufig schwerverletzte Beamte zu beklagen gibt, die mit der eigentlichen Versammlung nichts zu tun haben.

Ähnliches ist im Vorfeld des Anti-Islamisierungskongresses nicht nur zu befürchten, sondern auch bereits eingetreten. Neben dem von uns in diesem Antrag geschilderten Vorfall, bei dem ein städtisches Gebäude erheblich beschädigt wurde, wurde das 67-jährige Ratsmitglied Hans Martin Breninek am 22. August krankenhausreif geschlagen, als er von seinem Grundrecht auf Meinungsäußerung Gebrauch machte und Flugblätter verteilte. Solche Zustände haben nichts mit einer freien Demokratie zu tun, sondern erinnern an totalitäre Regime.

(Zuruf von Claus Ludwig  
[Die Linke.Köln])

Sie, meine Damen und Herren, machen sich mitschuldig an solchen Gewaltexzessen, wenn Sie Aufrufe von linksextremistischen Gewalttätern unterstützen oder kundtun, das Grundgesetz dürfe im Zusammenhang mit pro Köln nicht zu formal ausgelegt werden. Warum soll das denn nur das Grundgesetz betreffen, Herr Ott? Warum schlagen Sie nicht gleich vor, man möge das Strafgesetzbuch außer Kraft setzen, wenn es um Gewalttaten gegen politisch Andersdenkende geht? Die brutalen Angreifer haben Ihre Aufforderung offenbar verstanden. Man könnte die „bösen Rassisten“ auch ganz einfach loswerden, indem man sie in Lagern interniert. Das wäre doch das Allerbeste für Sie. Dann wären die Guten, die Toleranten, die Demokraten endlich unter sich und müssten sich nicht mehr mit lästigen Kritikern herumschlagen. - Sie ahnen, wie die Geschichte weitergeht.

Daher ist jeder Demokrat, jeder, der akzeptiert, dass es auch Wähler von pro Köln und Gegner der Großmoschee gibt, aufgefordert, der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung eine Absage zu erteilen; denn das sehen unsere Verfassung sowie die Gesetze der Bundesrepublik vor. Auch als unsere politischen Gegner sollten Sie diese Grundregeln der Demokratie akzeptieren und unserem Antrag zustimmen. Es ist traurig genug, dass er überhaupt nötig war. Danke.

(Beifall von pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer für den Antrag ist, bitte ich um

das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Regina Wilden [pro Köln]: Ein zweites Mal: Schande für diese Abstimmung! Sie entsagen nicht der Gewalt gegen uns! - Lachen eines Ratsmitgliedes - Regina Wilden [pro Köln]: Sie entblöden sich nicht, auch noch darüber zu lachen!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.10 auf:

**2.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Preisermäßigung für die Nutzung der KVB“  
AN/1594/2008**

Dazu spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im kommenden Jahr wird der neue Rat der Stadt Köln, der dann zusammentritt, die Gelegenheit haben, Vertreter meiner Fraktion in die Aufsichtsräte zu wählen, unter anderem in den Aufsichtsrat der KVB. Das wird nicht nur in diesem Gremium, sondern auch noch in einigen anderen für uns interessant sein. In diesen Gremien wird dann ein bisschen mehr Obacht gegeben werden müssen, was man dort so tuscheln darf und was nicht, was man in die internen Niederschriften aufnimmt und was man besser weglässt; denn sie wissen ja, dass wir kein integrierter Bestandteil des etablierten Politiklängels sind und das auch in Zukunft nicht werden wollen.

Auch das Thema „Preisgestaltung bei der KVB“ ist sicherlich eines, das eher dort auf den Korridoren kommuniziert wird und nicht hier im Kölner Rat. Solange wir aber nur diese Instrumente haben, müssen wir uns eben auf diese beschränken und können Ihnen hier in diesem Gremium eine solche Diskussion nicht ersparen.

Es heißt immer wieder: Wir müssen Köln sozial gestalten. Vonseiten der Fraktion Die Linke kamen dazu entsprechende Vorstöße, die ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion pro Köln gefunden haben. Entgegen dem, was aus Ihrem, dem roten- grünen Lager, immer wieder behauptet wird, ist es keineswegs so, dass - in der Frage der Großmoscheebau ist die CDU-Fraktion umgefallen - ein politisches Lager mit CDU, pro Köln und FDP besteht und damit als nichtlinker Block gegen Sie steht. Denn immer dann, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, ist die

Bürgerbewegung pro Köln eine Formation, die aus diesem Block ausbricht.

Deshalb haben wir bei solchen Themen auch kein Problem, linken Anträgen zuzustimmen. Außerdem wissen wir, dass es bei der linken Basis überhaupt nicht gut ankommt, dass Ihre Fraktion, Herr Detjen, umgekehrt hartnäckig anders verfährt. Wenn entsprechende Vorstöße von uns kommen, stimmen Sie nicht dagegen, weil Sie den Vorschlag ablehnen, sondern weil der Vorschlag von der Fraktion pro Köln kommt. Es gelingt Ihnen aber nicht, das bis in den letzten Winkel Ihrer eigenen Wählerklientel zu vermitteln. Gott sei Dank gibt es manche, die sich wundern und sagen: Wie angepasst ist doch die Linke im Kölner Rat. Und: Wie nachhaltig versucht sie, sich bei der SPD Liebkind zu machen.

Ganz so weit hergeholt ist diese Überlegung nicht. Sie setzen Ihre Prioritäten in einer Art und Weise, die vielleicht für Sie als Bestandteil des politischen Wettbewerbs interessant sein mag. Der Interessenlage Ihrer Klientel, die Sie hier im Kölner Rat zu repräsentieren für sich beanspruchen und von der Sie gewählt worden sind, entspricht dies jedenfalls nicht. Daher bin ich gespannt, wie Sie bei diesem Antrag abstimmen werden.

Wir sind der Auffassung, dass die KVB gerade für Angehörige der älteren Generation wieder bezahlbar werden muss, und zwar per se und nicht nur für diejenigen, die bestimmte Dauerkarten erwerben, also entsprechende Investitionen vorab tätigen. Es soll auch für den Rentner, der sich spontan entscheidet, den späten Nachmittag in der Innenstadt zu verbringen, bezahlbar sein. Auch wenn er in Chorweiler wohnt oder in Porz, auch wenn er in Merheim oder in Bocklemünd/Mengenich ansässig ist, soll er die Gelegenheit haben, das zu einem demonstrativ ermäßigten Tarif günstig tun zu können. Im Zweifelsfall soll er das auch spontan und ohne Investitionen vorab machen können.

Das ist nur gerecht; denn die Angehörigen dieser Generation haben die Grundlagen geschaffen für den Wohlstand, den wir alle heute genießen dürfen. Es sind Angehörige einer Generation, die sich zum erheblichen Teil zu Recht um Teile ihrer Rente betrogen fühlen. Wenn Herr Ludwig der offiziellen Inflationsstatistik glaubt und davon spricht, wir hätten 3 bis 3,3 Prozent Inflation, dann ist das ein Euphemismus, den man aus seinem politischen Lager sonst gar nicht kennt. Die faktische Inflation in Mitteleuropa dürfte je nach europäischem Land eher zwischen 4 und 7 Prozent liegen; in den USA liegt sie sogar zwi-

schen 7 und 10 Prozent. Die Rentner spüren das. Den Rentnern sollte man daher auch keine 3 Prozent Inflation vorrechnen. Sie werden durch die Inflation um die Früchte ihrer Arbeit und um die Früchte ihres Lebenswerkes betrogen.

Es würde diesem Rat hier gut zu Gesicht stehen, wenn er dieser betrogenen Generation wenigstens einen kleinen Teil dieser Früchte wieder zurückgeben würde.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit haben wir alle Anträge abgehandelt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.2 auf:

## **2.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 GO NRW**

Zu Tagesordnungspunkt 2.2.1:

### **2.2.1 Beschluss der BV 4 (Ehrenfeld) betreffend Vorkommnisse bei einer öffentlichen Veranstaltung im Bezirksrathaus Ehrenfeld 2739/2008**

Herr Wirges ist noch anwesend. - Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Es gibt keine.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2.2:

### **2.2.2 Beschluss der BV 2 (Rodenkirchen) vom 03.03.2008: Mehr Demokratie - Anpassung der Gemeindeordnung NRW 1497/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

**Josef Müller (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt dem Beschlussentwurf zu. Der Rat nimmt den Beschlussentwurf der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur Kenntnis. Wir bitten, folgenden Satz noch zur Abstimmung zu stellen: „Der Rat bittet den Oberbürgermeister, den einstimmigen Beschluss der BV Rodenkirchen der Landesregierung zur Kenntnis zu geben.“

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay. Dazu spricht noch Herr Thelen, bitte.

**Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Über den Beschluss der BV Rodenkirchen, den Zulässigkeitskatalog für Bürgerbegehren zu erweitern - ich sage das positiv -, könnte man das bedeutsame Motto eines ehemaligen Bundeskanzlers setzen, das wir alle noch kennen: „Mehr Demokratie wagen“. Demokratie funktioniert ja nur als ein sehr komplexes und sehr kompliziertes Gebilde der Machtbalance. Aber die Machtbalance ist nicht festgezurr für Ewigkeiten, sondern sie muss ständig neu ausbalanciert werden. Die Einführung der Möglichkeit von Bürgerbegehren war ein solcher Schritt, Macht und Entscheidungskompetenzen neu zu justieren.

Nun zeigt die Geschichte der Bürgerbegehren in Nordrhein-Westfalen und vor allem auch in Köln, dass die nordrhein-westfälischen Regelungen Bürgerbegehren oftmals verhindert haben. An dieser Stelle sollte man von Bayern lernen.

(Josef Müller [CDU]: Das ist immer richtig!)

- Ob das immer richtig ist, das weiß ich nicht. - Die Anzahl von Bürgerbegehren in Bayern ist weitaus höher als in Nordrhein-Westfalen, was unter anderem daran liegt, dass der Katalog der zulässigen Themen in Bayern fast keine Einschränkungen kennt. Stadtentwicklungsfragen im Zusammenhang mit B-Plänen und Planfeststellungen sind natürlich für Bürger sehr interessante Themen. Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen schließt aber diese Themen für die Durchführung von Bürgerbegehren aus.

Die Verwaltung hat eine Stellungnahme zu dem Antrag der Bezirksvertretung abgegeben. Ich will die einmal verkürzt wiedergeben: Die Verwaltung zweifelt daran, dass die Bürger in solchen Fragen die rechte Kompetenz haben, und meint, dass repräsentative Gremien, wie wir es sind,

sachgerechtere und vernünftige Entscheidungen fassen können. Ich möchte meine Zweifel daran äußern und dazu drei Beispiele, zwei tatsächliche und ein fiktives oder hypothetisches, nennen.

Im Landkreis Roth hat die Bevölkerung durch ein Bürgerbegehren zum Beispiel verhindert, dass ein Einkaufszentrum gebaut wird. Wir wissen, welchen Einfluss Einkaufszentren auf die städtische Kultur, den Einzelhandel und die Zentren in der Stadt selbst haben können.

Ich möchte auf das Beispiel Zürich hinweisen. Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses wissen sehr gut, welch hervorragendes und - ich betone das - oberirdisches Straßensystem die Stadt Zürich hat, das auf die Entscheidung der Bürger zurückgeht.

Ich möchte Sie fragen: Wer in Köln glaubt eigentlich, dass die Bürger, wenn ihnen die Frage vorgelegt worden wäre, ob eine Nord-Süd-U-Bahn gebaut werden oder lieber

(Karl Klipper [CDU]: Oberirdische Straßenbahn! Ja, ja!)

eine oberirdische Straßenbahn - Herr Klipper, über die Kosten rede ich ja gar nicht - in den Süden führen sollte, in der man die Stadt erleben kann, für die Nord-Süd-U-Bahn gestimmt hätten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch eine weitere grundsätzliche Bemerkung zur Frage der Kompetenz von Räten und Bürgerentscheiden machen. Es gibt kein Gremium, das eine Garantie dafür geben kann, sachgerechte und vernünftige Entscheidungen zu treffen. Das gilt natürlich auch für Bürgerbegehren oder Bürgerentscheide. Ein kleiner Trost ist folgendes Zitat - ich weiß nicht genau, von wem es ist; es könnte Max Weber gewesen sein -: „Von allen schlechten Staatsformen - und es gibt keine anderen als schlechte Staatsformen - ist die Demokratie beziehungsweise die demokratische Entscheidungsfindung die beste“.

(Zurufe: Churchill!)

- Wer war es, Herr Müller?

(Josef Müller [CDU]: Churchill war das!)

- Churchill, wunderbar. - Auf die Angst der Verwaltung vor der fehlenden Kompetenz der Bürger könnte man zum Trost vielleicht Folgendes sagen: Die Bürger stimmen doch nicht über die

fachliche Seite von B-Plänen oder Ähnlichem ab, sie stimmen auch nicht darüber ab, wie gebaut werden soll, sondern sie stimmen in einem solchen Fall nur über das Ob ab.

Es wird ständig die Politikverdrossenheit und die geringe Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen beklagt. Ich glaube, eine Erweiterung im Hinblick auf Bürgerbegehren könnte dieses verbessern. Deshalb stimmen wir dem zu und fordern auch Sie auf, für die Alternative zu stimmen. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Waschek, bitte.

**Johannes Waschek (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich halte mich kurz: Wir sind der Meinung, dass der Vorschlag der Verwaltung in Ordnung ist. Gleiches gilt für die Begründung, warum das so sein soll. Der Vorschlag hindert die Parteien in ihren jeweiligen Funktionen im Landtag nicht daran, entsprechend tätig werden zu können.

Im Übrigen halte ich es für einen wichtigen Gesichtspunkt, dass durch die Bürgerbegehren möglicherweise auch die Partikularinteressen, wie auch von der Verwaltung ausgeführt, stärker zum Ausdruck kommen und gesamtstädtische Interessen möglicherweise dann teilweise nicht berücksichtigt werden. Deswegen stimmen wir dem Vorschlag zu. Wir würden auch den Zusatz von der CDU mittragen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Waschek. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir möchten über die Alternative abstimmen. Ich beantrage daher die Abstimmung über die Alternative.

(Josef Müller [CDU]: Der weitestgehende Vorschlag ist der erste Vorschlag!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wir machen eine separate Abstimmung. Dann ist das quasi ein Änderungsantrag, wenn Sie - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Verwaltungsvorlage gibt es eine Al-

ternative! Über die möchten wir abstimmen!)

Zuerst stimmen wir über die Vorlage der Verwaltung mit der von der CDU vorgeschlagenen und von der SPD mitgetragenen Ergänzung ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, die Stimme des OB und Herr Dr. Müser, der zwar den Platz, aber nicht die Meinung gewechselt hat; das ist gut.

(Heiterkeit)

Gegenstimmen? - Bei Grünen, FDP, pro Köln, der Linken und Petra May. Damit ist das beschlossen. Wir können gerne - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben darum gebeten, dass anders abgestimmt wird! Die Beraterin hat aber gesagt, es wäre besser so! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank, Frau Offelder!)

Die Vorlage der Verwaltung muss zuerst abgestimmt werden. Das Abstimmungsergebnis war zwar knapp, aber deutlich.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Richtig. Ich denke, die Gegenstimmen kamen von denjenigen, die für die Alternative waren. Das ist klar.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

### **3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

#### **3.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Cruising Area“ beim CSD AN/1412/2008**

Die Anfrage ist beantwortet worden. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

#### **3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Aktivitäten von Verwaltungsmitarbeitern bei privaten politischen Gesprächskreisen“ AN/1656/2008**

Auch hierzu liegt eine Antwort vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Auch nicht.

Unter Tagesordnungspunkt 5 sind alle Punkte zurückgezogen, mit Ausnahme von Punkt 5.4, den ich jetzt aufrufe:

#### 5.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.4.1:

##### 5.4.1 Änderung der Hauptsatzung 2030/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Wer für diese Änderung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, die Linke und meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

#### 6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 3394/2008

Dazu liegt Ihnen ein Schriftstück vor. Gibt es dazu Nachfragen oder Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 9 auf:

#### 9. Allgemeine Vorlagen

Wir haben zu Beginn beschlossen, Punkt 11.4 in der Tagesordnung vorzuziehen und diesen unter 9.0 zu behandeln.

##### 9.0 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65460/06 Arbeitstitel: Moschee Venloer Straße/ Innere Kanalstraße in Köln-Ehrenfeld 3024/2008

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst aus meiner Sicht zu dieser Vorlage, die dem Beschluss der Bebauungsplanänderung dient, einige Worte sagen.

Es geht darum, dass wir heute einen Beschluss zur Bebauungsplanänderung für die geplante repräsentative Moschee der Türkisch-Islamischen

Union der Anstalt für Religion e.V. fassen, die Ihnen unter der Abkürzung DITIB bekannt ist. Sie alle wissen, dass ich das Anliegen der DITIB, auf ihrem vereinseigenen Gelände eine repräsentative Moschee mit Gemeindezentrum zu bauen, von Anfang an unterstützt habe, auch vor dem Hintergrund, dass dieser Standort schon seit mehr als 20 Jahren von der DITIB als Moschee genutzt wird. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Hier baut nicht die Stadt Köln, sondern hier baut der Eigentümer auf seinem Grund und Boden.

Abgesehen davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es aus meiner Sicht ein erhoffter und ein möglicher Baustein einer gelingenden Integration. Es ist wichtig, dass den rund 120 000 muslimischen Gläubigen, die hier in Köln leben, ein offenes und ein würdiges Haus als Ort des Gebetes und als Ort der Begegnung zur Verfügung steht.

Ich habe aber auch immer gefordert, dass die Moschee nicht nur eine Gebetsstätte für alle Kölner Muslime wird, sondern dass sie auch ein Ort des interreligiösen Dialogs, der gegenseitigen Anerkennung und Transparenz sowie der Bildung und der Qualifizierung sein muss. Dafür muss die Moschee allen Menschen offenstehen und einen Beitrag zur Integration der muslimischen Bürger im Sinne eines dauerhaften Prozesses der Eingliederung in unsere Gesellschaft leisten. Hier ist ganz besonders die DITIB gefordert; denn Integration ist nun einmal keine Einbahnstraße.

Meine Damen und Herren, ich habe zahlreiche Schreiben von Kölner Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Menschen außerhalb Kölns bekommen, in denen Sorgen und Ängste im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben geäußert worden sind. Das nehme ich ernst. Ich denke, Sie tun das auch. Es gibt offenbar auch Ängste und Vorbehalte grundsätzlicher Art gegen den Islam als Religion. Ich habe in vielen Gesprächen die DITIB auf entsprechende Akzeptanzprobleme der Bevölkerung hingewiesen und von ihr eine offene Informationspolitik gefordert, worum sie sich zwar etwas spät, aber dann doch intensiv gekümmert hat. Sowohl in meinen Gesprächen mit der DITIB als auch im eingerichteten Moscheebeirat, dem auch viele von Ihnen und auch ich angehören, hat die DITIB sehr deutlich gemacht, dass sie die Integration der muslimischen Bürger in die Gesellschaft als wichtig erachtet und diese Notwendigkeit auch vermitteln möchte.

Das Ergebnis meiner Gespräche mit der DITIB und damit auch meiner Bemühungen um die größere Akzeptanz in der Bevölkerung ist eine Vereinbarung über acht Punkte, deren Erfüllung meinem Anspruch an die Moschee als Ort der gegenseitigen Anerkennung und Transparenz gerecht wird. Mit den Punkten komme ich auf den Inhalt dessen, was in der Moschee und im Kulturzentrum geleistet wird, zu sprechen. Sie sind für mich auch die Schlüsselzusagen für eine breite Akzeptanz dieser Moschee.

Ich nenne hier auszugsweise

- die Übersetzung der Koranverse sowohl ins Türkische als auch ins Deutsche;
- die Bereitschaft, den Inhalt der Predigten allen Interessierten in angemessener Form in Übersetzung zugänglich zu machen, wir wollen verstehen, was dort geredet und gepredigt wird;
- den Verzicht auf den Muezzinruf nach außen - lasst uns das so benennen, wie es war und wie es ist -, der gerade im Ehrenfelder Viertel besonders diskutiert worden ist ;
- die Gleichbehandlung der Geschlechter - das heißt, den Jungen und den Mädchen gemeinsamen Sportunterricht anzubieten und das meint auch das Verhältnis zwischen Mann und Frau -

sowie

- die Förderung der deutschen Sprachkompetenz - ein mir sehr wichtiger Punkt .

Die Acht-Punkte-Erklärung habe ich am 23. Januar dieses Jahres in einer gemeinsamen Pressekonferenz, also öffentlich und damit unwiderrufbar, gemeinsam mit Herrn Sadi Arslan, dem Vorsitzenden der DITIB, sowie Herrn Mehmet Yildirim, dem Geschäftsführer der DITIB, vorgestellt. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wo gibt es sonst eine solche durchaus sehr verbindliche Erklärung? Wenn ich die Entwicklung meiner Gespräche mit der DITIB sehe, dann bin ich sehr wohl stolz, dass wir eine solche gemeinsame Vereinbarung erzielt haben.

Der Entwurf unserer Kölner Architekten Professor Gottfried und Paul Böhm, der sich beim Architekturwettbewerb der DITIB - sie hat diesen Wettbewerb auf unser Ansinnen hin veranstaltet und nicht wir - durchgesetzt hat, hat mir persönlich von Beginn an sehr gut gefallen. Dennoch habe ich im Rahmen der Diskussion um diesen geplanten Moscheebau thematisierte Größe und Symbolkraft des Baus sehr ernst genommen,

sind diese doch oftmals auch ganz eng mit der Frage von Integration verknüpft beziehungsweise verknüpft worden. Ich verbinde die äußere Form und hier insbesondere die Gestaltung der Kuppel als ein deutliches Zeichen für den Willen nach Transparenz und Offenheit. Ich freue mich insbesondere, dass sich das Werben, auch mein persönliches Werben, gegenüber der DITIB - Sie erinnern sich daran; die Damen und Herren im Beirat wissen das -, sich bezüglich der Minarette nicht für die traditionelle, sondern für eine modernere, schlankere Form zu entscheiden, als erfolgreich erwiesen hat.

Meine Damen und Herren, der Forderung nach einer deutlichen Reduzierung der gesamten Dimensionierung des Baukörpers ist die DITIB jedoch nicht nachgekommen. Die Entscheidung der DITIB zur Reduzierung der vorgesehenen Gewerbefläche sehe ich aber auch im Hinblick auf den Einzelhandel in der Venloer Straße ebenfalls positiv. Lieber Bezirksbürgermeister Josef Müller, wir haben darüber diskutiert. Es sollte keine kleine Parallelstadt im Veedel entstehen. Das war uns allen, auch denen vor Ort, sehr wichtig.

Zusammengefasst heißt das: Der Beschlussvorlage werde ich als Oberbürgermeister dieser Stadt zustimmen. Ich gehe davon aus, dass wir alle in wenigen Jahren hier von einer Kölschen Moschee sprechen werden.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln sowie von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Mir liegen mehrere Wortmeldungen vor. Für die CDU-Fraktion spricht zunächst Herr Klipper.

**Karl Klipper** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Hörer und Zuschauer! Meine Damen und Herren! Ich möchte anknüpfen an meine Ausführungen aus der StEA-Sitzung, diese aber noch einmal präzisieren.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wollen Sie die noch einmal wiederholen?)

Zunächst möchte ich dem noch einige Sätze voranstellen.

Wir stimmen mit vielen Punkten, die der Oberbürgermeister genannt hat, überein, interpretieren aber den einen oder anderen Punkt anders. Ich werde auf die acht Punkte noch im Einzelnen eingehen, möchte aber vorweg sagen: Die CDU

bekräftigt hier und heute nochmals, dass jede Religionsgemeinschaft, ob der Islam, der Hinduismus oder das Christentum, das grundsätzliche Recht auf uneingeschränkte Religionsausübung hat und damit auch das gleiche Recht, sich mit repräsentativen Bauten in der Öffentlichkeit darzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage hier ganz klar, dass wir den Zustand der Hinterhofmoscheen, der abgewrackten Kirchenräume in heruntergekommenen Gewerbegebieten nicht weiter perpetuieren wollen. Wir bekennen uns ausdrücklich auch zu repräsentativen Bauten, insbesondere wenn mehr als 100 000 Bürger unserer Stadt sich dieser Religion zugehörig fühlen.

Bei dem heute zur Entscheidung anstehenden Satzungsbeschluss wird aber ein komplexeres Thema angesprochen, nämlich die Frage, ob dieses Bauwerk in seiner äußeren Dimension und seiner Nutzung im Innern der dringend notwendigen Integration unserer muslimischen Mitbürger in die Kölner Stadtgesellschaft dient. Die CDU möchte nicht den in den 70er- und 80er-Jahre eingeschlagenen, aber fehlgeschlagenen Weg der multikulturellen Gesellschaft und der daraus entstandenen Parallelgesellschaft weitergehen.

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

Bei der Diskussion um die Moschee ist dieser Integrationsansatz das wesentliche Kriterium für unser Abstimmungsverhalten. In diesem Fall gilt insbesondere - gestatten Sie, Herr Oberbürgermeister, dass ich zitiere - der alte römische Grundsatz des „do ut des“, -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Des was?)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Des „do ut des“.

**Karl Klipper (CDU):** - um zu einem Interessenausgleich zu kommen. Ich will es inhaltlich noch einmal übersetzen: Dieser Grundgedanke des gegenseitigen Gebens und Nehmens, also des Interessenausgleichs, ist nach unserer Meinung nicht gegeben.

Lassen Sie mich den problematischen Beitrag dieses Moscheebaus zur Verbesserung der In-

tegration an zwei Aspekten, einem äußeren und einem inneren, verdeutlichen:

Die Moschee mit ihren rund 56 Meter hohen Minaretten - ich darf Sie daran erinnern, dass diese bis auf 4 Meter an die Höhe der Kranhäuser heranreichen, die insbesondere Sie, Frau Moritz, als unangemessen hoch betrachtet haben - und ihrer Kuppel mit etwa 36 Metern Höhe - dies entspricht nahezu der Höhe des neuen Schauspielhauses - ist für diesen Standort und für Ehrenfeld nicht maßstabsgerecht und erzeugt bei sehr vielen Bürgern Unbehagen.

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

Sie empfinden dieses Bauwerk in seiner Dimension nicht als Einladung zum Eintritt in eine ihnen fremde Kultur, sondern als Machtdemonstration der DITIB. Wir haben leider in allen Gesprächen mit der DITIB den gleichen Eindruck gewinnen müssen. Die DITIB war überhaupt nicht zu einer Reduzierung beziehungsweise Anpassung der wesentlichen Baukomponenten, nämlich Minarette und Kuppel, bereit, um so die Akzeptanz bei den Bürgern zu erhöhen.

(Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen] - Martin Börschel [SPD]: Das hat doch der Oberbürgermeister gerade dargestellt!)

Ich erinnere an die Aussagen des DITIB-Vorsitzenden in einer türkischen Zeitung, mit denen er sich jegliche Einmischung von außen in der Frage des Moscheebaus verbat. Genau diese Haltung bekräftigt unsere Bedenken; denn so kann man keinen Beitrag zur Integration leisten. Ein wesentlicher Punkt, nämlich das Bemühen um Akzeptanz in der Bevölkerung und das Eingehen auf ihre Bedenken, wird missachtet.

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

Lassen Sie mich auch kurz auf die vorgenommene Reduzierung des Bauwerks eingehen. Wenn die Befürworter und der Bauherr ehrlich wären, würden Sie zugeben, dass die Reduzierung von Büro-, Wohn- und einigen wenigen Ladenflächen ein Gebot der Reduzierung der Baukosten darstellt und kein Eingehen auf die Wünsche der Bevölkerung. An dieser Grundhaltung, nämlich nicht auf die Beschwerden der Bürger einzugehen, hat sich durch die Reduzierung der Baumaßnahmen, insbesondere durch den Wegfall eines Parkdecks und eines Teils der Randbebauung, nichts geändert.

Die zweite Frage hinsichtlich des Integrationsbeitrags stellt sich in Bezug auf das Innere der Mo-

schee. Ich bin sehr dankbar für die außerordentlichen Bemühungen des Oberbürgermeisters, die Verbesserung der Integration durch die inhaltliche Ausgestaltung der Arbeit erreichen zu wollen. Ich bin auch davon überzeugt, dass in den Verhandlungen vonseiten des Oberbürgermeisters keine weiteren Veränderungen mehr gegenüber der DITIB erreicht werden konnten. Es ist die Haltung der DITIB, die uns dazu geführt hat, dass wir diesen Bebauungsplan ablehnen, weil die Programmatik der Moschee uns nicht zielorientiert genug ist und uns bei der Integration nicht ordentlich weiterbringt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wen wollt Ihr da integrieren?)

Lassen Sie mich anhand von zwei Beispielen ausführen, worin unsere Bedenken bestehen:

Erstens. Zunächst möchte ich hierzu den Oberbürgermeister mit dem zitieren, was er gerade gesagt hat:

... den Inhalt der Predigten allen Interessierten in angemessener Form in Übersetzung zugänglich zu machen ...

Dies bedeutet im Klartext, dass Teilnehmer ohne Kenntnis der türkischen Sprache die Predigt nicht verstehen können und sie sich auf eine nachträgliche Übersetzung verlassen müssen, die gegebenenfalls adressengerecht redigiert und korrigiert werden kann. Wir hingegen sehen die zeitgleiche Übersetzung der Predigt als unabdingbare Voraussetzung.

Zweitens. Zu der Förderung der deutschen Sprachkompetenz heißt es - ich zitiere wiederum wörtlich -:

Die DITIB wird ihre Anstrengungen weiterentwickeln beziehungsweise die DITIB strebt an, den Gebrauch der deutschen Sprache zu etablieren.

Das ist eine Absichtserklärung und keine Verpflichtung. Dies reicht nach Ansicht meiner Fraktion nicht aus, um die Integrationsziele zu erreichen. Wir alle wissen, dass die Beherrschung der deutschen Sprache unverzichtbare Grundlage für den Integrationsprozess ist.

(Beifall bei der CDU - Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Sprachkurse!)

Absichtserklärungen reichen dafür nicht aus, insbesondere in Anbetracht der türkischen Innenpolitik, von der die DITIB maßgeblich geprägt wird.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Moschee sowohl von ihrem äußeren Erscheinungsbild als auch von ihrem Innenleben erfüllt nicht in ausreichender Weise unsere Vorstellungen von nachhaltiger Integration. Mit der Verabschiedung des Bebauungsplans geht die Stadtgesellschaft einen großen Schritt auf unsere muslimischen Mitbürger zu, ohne dass die DITIB im Gegenzug die notwendigen Integrations Schritte macht. Dieses einseitige Verhalten können wir nicht unterstützen und lehnen deshalb den Bebauungsplan zur Errichtung der Moschee ab.

(Beifall bei der CDU und bei pro Köln)

Frau Moritz, gestatten Sie mir, zum Schluss noch eine persönliche Anmerkung zu Ihren unsäglichen Ausführungen im Stadtentwicklungsausschuss zu machen. Ich verbitte es mir - das sage ich ganz klar - in aller Form, mich in die Ecke von Neonazis zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Da wir uns seit mehr als einem Jahrzehnt gut kennen, Frau Moritz, hat es mich sehr verletzt, von Ihnen eine solche Einlassung zu hören. Mit diesem Vorwurf stellen Sie sich auch gegen den bisherigen Konsens in der Frage, wie die demokratischen Kräfte in diesem Rat mit dem Rechts extremismus umgehen. Ergänzend empfehle ich Ihnen, zu diesem Punkt den heutigen Kommentar von Herrn Sommerfeld im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu lesen. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. Herr Ott für die SPD-Fraktion.

**Jochen Ott (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das, was uns hier als Beschlussvorlage der Verwaltung vorliegt, ist die Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes. Ziel der Planung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau eines repräsentativen islamischen Kulturzentrums mit einer Moschee zu schaffen. Meine Damen und Herren von der CDU, das steht so in der Vorlage. Es ist deshalb etwas verwunderlich, dass Herr Klipper der Bau nun doch als etwas zu repräsentativ erscheint.

(Karl Klipper [CDU]: Sie haben nicht genau zugehört!)

Die DITIB als Bauherrin hat zur Vorbereitung des Neubaus einen Realisierungswettbewerb durchgeführt, aus dem das Architekturbüro von Paul Böhm als Sieger hervorgegangen ist, das sich gerade im Bereich der Sakralarchitektur einen Namen gemacht hat. Unter anderem hat es auch meine Pfarrkirche erbaut. Die Bereitschaft, einen solchen Wettbewerb durchzuführen, und die Beauftragung dieses Büros ist keine Selbstverständlichkeit.

Die DITIB hat nach der ersten Offenlegung des Bebauungsplanentwurfs die Baumaßnahmen deutlich reduziert. Auf ein zweites und drittes Untergeschoss wird verzichtet. Der unter anderem dort vorgesehene Veranstaltungssaal wird künftig im Erdgeschoss untergebracht und erheblich verkleinert. Dies hat zur Folge, dass die Bürofläche um über 70 Prozent reduziert wird. Trotz der Aufgabe des zweiten und dritten Untergeschosses wird die Anzahl der Stellplätze deutlich erhöht, da das erste Untergeschoss ausschließlich als Tiefgarage dienen soll. Ferner wurde ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. Das wurde eben auch vom Oberbürgermeister dargestellt.

Diese und andere von der Verwaltung im Beschlussvorschlag dargestellten Maßnahmen sind Reaktionen auf die in der Bürgerbeteiligung vorgebrachten Bedenken. Was bleibt, ist die von Böhm weiterentwickelte Entwurfsidee. Die Idee beinhaltet eine im Grundriss ovale Moschee mit an den Schmalseiten aufgefächerter Kuppel mit einer Höhe bis zu 36,50 Meter und zwei 55 Meter hohe Minarette an der Ecke Innere Kanalstraße/Venloer Straße. Von der Venloer Straße ist dieser Bauteil 7 Meter zurückgesetzt, so dass hier auch ein ausdifferenzierter Eingangsbereich entsteht. Es ist eine Planung, die auch in der überregionalen Presse Anerkennung gefunden hat und gegen die in der zweiten Offenlegung vom 5. bis 19. Mai 2008 keine Einwände durch die Bürgerinnen und Bürger erhoben wurden.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich den Verwaltungsmitarbeitern und -mitarbeiterinnen danken, die im Verlauf des gesamten Planungsverfahrens die eingegangenen Bedenken und Kritikpunkte sachlich bewertet haben und qualifiziert Stellung genommen haben.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln)

Meine Damen und Herren, diejenigen unter Ihnen, die den Planungs- und Beteiligungsprozess

aufmerksam verfolgt haben, wissen, dass der Bauherr sich bewegt hat. Dies gilt insbesondere für den Wunsch nach viel mehr Transparenz, dem die neue offene Architektur des letzten Entwurfs deutlich Rechnung getragen hat.

Die DITIB ist auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, der Verwaltung und auch auf die Wünsche des Rates der Stadt Köln eingegangen. Die DITIB weiß um ihre Verantwortung in dieser Stadt. Deshalb ist aus Sicht meiner Fraktion diese Planung zustimmungsfähig.

Leider hat sich die CDU aus der gemeinsamen Verantwortung verabschiedet. Über zwei Jahre lang hat sie die vielen Muslime in dieser Stadt in dem Glauben gelassen, sie würde am Ende den Plan zum Bau einer Moschee unterstützen. Aus welchen Gründen auch immer beweist die CDU hier einmal mehr, dass sie keine Führung für die Stadt erkennen lässt und unseriös Politik betreibt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD hat bereits im Jahre 2006 einstimmige Beschlüsse gefasst, weil wir das im Grundgesetz verbrieftete Recht der freien Religionsausübung schätzen und weil wir der festen Überzeugung sind, dass eine Moschee eine Chance für mehr Integration ist und nicht zum Gegenteil führt, wie es hier eben dargestellt worden ist. Wir wissen um viele Integrationsprobleme in dieser Stadt, die an vielen Stellen soziale Ursachen haben. Wir wissen um die Ängste bei den Kölnerinnen und Kölnern jeder Nationalität. Und wir wissen um Defizite, die wir alle in den vergangenen Jahren auch durch die eine oder andere Fehlentscheidung mitzutragen hatten. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, die Integration zum Wohle dieser Stadt nach vorne zu bringen. Der Moscheebau ist ein geeigneter Beitrag.

Die Bedeutung von religiösen Gemeinschaften und Gemeinden für kollektive Verantwortung und solidarisches Handeln wird erstaunlicherweise in jüngster Zeit von einer Seite beleuchtet, von der es nicht unbedingt zu erwarten ist, nämlich von Jürgen Habermas, der sich intensiv mit dem Verhältnis von Vernunft und Glauben beschäftigt und auch im Gespräch mit dem Papst darüber diskutiert hat. Mit Blick auf die Gesellschaft stellt er Tendenzen der Entsolidarisierung fest. Phänomene der Verwahrlosung und zugleich ein Rückzug ins Private sind seiner Ansicht nach zu beobachten. Jürgen Habermas schreibt in einem Bändchen mit dem Namen „Ein Bewusstsein von

dem, was fehlt“ - ich zitiere, Herr Oberbürgermeister -:

Die moralische Empfindlichkeit für die ungerechte Verteilung von Lebenschancen hat sich in Gesellschaften unseres Typus keineswegs verringert. (...) diese Wahrnehmungen und Reaktionen ändern nichts an den Tendenzen zu einer Entsolidarisierung in verschiedenen Sektoren der Gesellschaft. Diese wächst umso unaufhaltsamer, je tiefer die Imperative des Marktes in Gestalt von Kosten-Nutzen-Kalkulationen oder Leistungskonkurrenzen in immer mehr Lebensbereiche eindringt und die Individuen im Umgang mit anderen zu einer objektivierenden Einstellung nötigen. - Zitat Ende.

Deshalb ist verständlich, dass es einen Rückzug ins Private gibt, weil man die peinlichen kognitiven Dissonanzen irgendwie ertragen muss.

Jetzt komme ich zum Bezug; denn der eine oder andere aus der CDU-Fraktion wird schon unruhig und fragt sich: Was will er uns damit sagen?

(Lachen bei der CDU)

Manchmal ist es wichtig, sich in solchen Debatten eines Philosophen zu bedienen. Habermas schreibt:

Die Vernunftmoral schärft unser Urteilsvermögen für die Verletzung individueller Ansprüche und individueller Pflichten und motiviert mit der schwachen Kraft guter Gründe auch zum moralischen Handeln. Aber

- das ist das Entscheidende -

dieser Kognitivismus richtet sich an die Einsicht von Individuen und erzeugt keine Antriebe für solidarisches Handeln oder für ein moralisch angeleitetes kollektives Handeln.

Jürgen Habermas geht davon aus und schreibt in seinen Werken, dass die Religion und das religiöse Bewusstsein dazu beitragen können, dass die Gläubigen durch die fortdauernde Praxis des Lebens mit einer Gemeinde und im Falle der drei Weltreligionen sogar mit der im Ritus vereinigten globalen Gemeinschaft der Gläubigen motiviert werden. Die Religion kann also dazu beitragen, eben genau diesen Antrieb herzustellen und dafür zu sorgen, dass die Menschen

in einer Gemeinschaft zum Wert der Vernunft und zu rationalen Kriterien einer demokratischen Gesellschaft angeleitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Damen und Herren, Habermas fragt letztlich, ob es gelingen kann, mit den drei Weltreligionen eine solche Situation zu schaffen. Das ist die große Herausforderung; das ist die Frage.

Ich komme zum Schluss. Ob es unserer Kölischen Gesellschaft und insbesondere den Gläubigen in dieser Stadt, den Juden, den Christen und den Muslimen in Köln, gelingt, durch solidarisches Leben in ihren Gemeinden, durch gemeinsame Riten und durch gemeinsame religiöse Praktiken, durch eine gemeinsame demokratische Sozialisation in ihren Gemeinden und durch gemeinsame, auch interreligiöse Aktionen das Bewusstsein der Menschen für solidarisches Handeln und ein - Zitat - „moralisch angeleitetes kollektives Handeln“ zu schärfen, ist in unserer aller Verantwortung gestellt. Meine Damen und Herren, das ist die Verantwortung, der wir uns stellen müssen. Lieber Herr Arslan und lieber Herr Yildirim von der DITIB, das ist das, was wir gemeinsam schaffen müssen in dieser Stadt. Heute stellen wir nämlich die Weichen dafür, dass die Muslime in angemessener Form eingeladen sind, diesen Weg mitzugehen. Wer eine gute Zukunft für unsere Stadt, unsere Vaterstadt Köln, auch in den nächsten Jahrhunderten will, ist dazu gezwungen, diesen Weg gemeinsam zu gehen und die positive Kraft des Religiösen in den Diskurs der demokratischen Stadtgesellschaft zu bringen. Ich bin der festen Überzeugung, dass heute ein guter Schritt auf diesem Weg getan wird. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ott. Frau Moritz für die Grünen, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht hier und heute darum, dass wir einen Planungsbeschluss fassen, der es ermöglicht, dass in Köln endlich und erstmalig eine repräsentative Moschee gebaut werden kann. Bereits der architektonische Wettbewerb und die Entscheidung, den ersten Preis an Böhm zu vergeben, zeigte die große Dialogbereitschaft der DITIB gegenüber der Stadtgesellschaft. Wir wür-

den uns freuen, wenn alle Bauherren herausragender Projekte eine ähnlich große Bereitschaft zeigten, sich den allseits anerkannten Regeln der Baukultur zu unterwerfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Ich möchte das jetzt nicht weiter vertiefen. Wir kommen sicherlich in nächster Zeit noch einmal auf dieses Thema zurück.

(Martin Börschel [SPD]: Das steht zu  
befürchten!)

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die aus der Fremde zu uns kommen, sich in der aufnehmenden Gesellschaft zurechtfinden und auch anpassen müssen. Auf der anderen Seite steht die Mehrheitsgesellschaft, die Andersartigkeit akzeptieren und respektieren muss. Es gibt auf der einen wie auf der anderen Seite sicherlich auch Defizite und Unvollkommenheiten. Die deutsche Gesellschaft hat aber den Anspruch, eine demokratische zu sein und Religionsfreiheit zu garantieren. Zur Ausübung dieser Freiheit gehören unabdingbar Orte, wo die Religion gelebt werden kann. Dass dies in diesem Fall bisher mehr oder weniger nur in Hinterhöfen oder Gewerbegebieten möglich war - ich will gar nicht auf die Äußerungen von Herrn Klipper zurückkommen, die er in der letzten StEA-Sitzung im Zusammenhang mit Duisburg gebracht hat -, ist unwürdig und mit dem Prinzip „Gleiches Recht für alle“ nicht vereinbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Ich denke heute daran, wie lange das Projekt Moschee hier im Rat schon diskutiert wird, wie viele Bedingungen wir daran geknüpft haben, auch solche, die überhaupt nicht erfüllbar waren, weil die Muslime, die nicht wie wir in einer Staatskirche organisiert sind, sie nicht erfüllen konnten. Ich denke auch daran wie viele Irrungen und Wirrungen es gab, daran, Herr Klipper, dass die CDU gesagt hat, dass dieser oder jener Platz und jene Gebäudegröße eigentlich nicht geeignet seien, dass Porz

(Josef Müller [CDU]: Doch!)

wie auch Mülheim als Standort nicht geeignet seien und dass die „Türmchen“ nur ganz klein sein sollen.

(Karl Klipper [CDU]: Sie wollten es doch in Mülheim nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich merke, Sie werden munter. - Ich war froh, Herr Klipper, dass Sie Ihre Rede heute abgelesen haben; denn das, was Sie uns in der letzten StEA-Sitzung geboten haben, war wirklich vom Feinsten.

(Josef Müller [CDU]: Bring' erst einmal  
die Entschuldigung!)

Ich komme nicht mehr auf diese Sachen zurück, sondern konzentriere mich auf das, was Sie heute gesagt haben.

Sie haben die Gebäudehöhe angesprochen. Wir haben über Höhe und Höhenkonzepte sowohl im Stadtentwicklungsausschuss als auch hier im Rat lange diskutiert. Dabei war immer klar, dass es in einer Stadt, die eine grundsätzliche Gebäudehöhe ausweist, herausragende Bauten geben kann, die diese Höhe überschreiten. Zu diesen herausragenden Bauten gehören zum Beispiel Kirchen, Museen, aber auch die Bühnen der Stadt Köln oder ein Rathaus. Daran, dass Sie ein Krankenhaus mit einem Kirchenbau vergleichen, merkt man, dass Sie das Problem überhaupt noch nicht kapiert haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

Bevor ich zu der Aufforderung komme, ich solle mich entschuldigen, noch ein Wort zum Thema Machtdemonstration. Natürlich wird eine gewisse Religiosität zur Schau gestellt. Aber das tut jede Kirche und jeder Kirchenbau, der repräsentativ daherkommt. Jeder dieser Kirchenbauten tut das! Der eine bimmelt eben, und der andere ruft.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Josef Müller [CDU]: Unglaublich! - Zuruf  
von der CDU: Sie sollten sich schämen!)

Wenn ich die CDU richtig verstehe, würde sie die Moschee akzeptieren, wenn sie kleiner wäre und einen Glockenturm mit einem Kreuz obendrauf hätte.

(Beifall und Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD - Walter Grau [CDU]: Das ist niveaulos! - Karl  
Klipper [CDU]: Ich kann ja verstehen,  
dass Sie mit Religion nicht viel am Hut  
haben!)

Ein wichtiges Thema in Ihrer Rede, Herr Klipper, war ja die Sprache: Sie äußerten, dass die DITIB sich nur dann als aufgeschlossen erweist und der Kirchenbau nur dann von Ihnen akzeptiert werden kann, wenn die deutsche Sprache verwendet

(Walter Grau [CDU]: Wir reden über Integration!)

oder wenn simultan übersetzt wird. - Wissen Sie, ich bin katholisch getauft

(Walter Grau [CDU]: Das muss aber schon lange her sein!)

und nicht mehr die Jüngste. Aber als ich noch klein war, habe ich mich immer gefragt, was „Dominus, wo bist du?“ heißt. Damals hat das niemand für mich simultan übersetzt.

(Lachen und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die katholische Kirche hätte es sich verbeten, sich von irgendjemandem mit einer anderen Religionszugehörigkeit sagen zu lassen, in welcher Sprache die Liturgie geführt werden soll. Hören Sie doch auf, denen auf Schritt und Tritt vorzuschreiben, was sie zu machen haben.

(Karl Klipper [CDU]: Frau Moritz, hören Sie doch auf! Die Predigten waren auch in früheren Zeiten immer auf Deutsch! Die waren nie lateinisch! Haben Sie das schon mitbekommen? Wenn Sie in früheren Zeiten in katholischen Kirchen waren, dann konnten Sie hören, dass die Predigten immer auf Deutsch waren! Und über die Verse haben wir nie etwas anderes gesagt! - Unruhe)

Ich möchte noch zu Ihrer Verletzung, die Sie reklamiert haben, etwas sagen. Ich habe gesagt - ich wiederhole den Satz -: Sie stellen sich mit den Braunen ins politische Abseits.

(Josef Müller [CDU]: Sie auch! - Zuruf von der CDU: Jetzt reicht es! - Walter Grau [CDU]: Fragen Sie einmal die Kölner Bevölkerung!)

In diesem Satz sagte ich, dass Sie sich ins politische Abseits stellen, und ich habe hinzugefügt, mit wem.

(Karl Klipper [CDU]: „Mit Ihrer Integrationspolitik“ und „mit den Braunen“ haben Sie gesagt!)

- Herr Klipper, ich habe Ihrem Vortrag zugehört. Ich möchte meinen Satz noch zu Ende sprechen. - Ich hörte hier nicht einmal, sondern zweimal, dass wir mit Mauermördern zusammenarbeiten. Ich könnte einzelne Leute nennen, die das hier gesagt haben. Ich habe noch nie eine Entschuldigung dafür verlangt. Ich habe auch keine Haus- und Hofjournalisten, die das in Leitartikeln verarbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir kennen uns seit zehn Jahren und wir verstehen uns auch gut. Deshalb sage ich Ihnen, dass es mir leid tut, wenn Sie das verletzt hat. Aber Sie sollten nicht so empfindlich sein. Für eine Entschuldigung sehe ich keine Veranlassung. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD - Buhrufe bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Für die FDP Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ungewöhnliche an der heutigen Tagesordnung ist, dass sich drei vielleicht historische Entscheidungen in dieser Sitzung ballen, für die ich und meine Fraktion jahrelang gekämpft haben. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* hat heute auf Seite 1 etwas über die zu treffenden Entscheidungen gebracht. Die Entscheidungen betreffen die Sanierung der Oper – Sanierung statt des Abrisses; das war uns besonders wichtig -, das Haus und Museum der Jüdischen Kultur - dazu kommen wir nachher noch - und natürlich den Bau der repräsentativen Moschee.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte Ihnen danken für die Ausführungen, die Sie hier zu Beginn gemacht haben. Ich glaube, damit haben Sie den Nerv und auch die Meinung der Mehrheit des Hauses getroffen.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Und der Bevölkerung!)

Ich danke Ihnen auch für Ihre Standfestigkeit in dieser Frage gegenüber Ihrer eigenen Partei

(Beifall bei der FDP und der SPD)

und vielleicht gegenüber der veröffentlichten Meinung in Köln.

Ich bedaure sehr, dass die CDU in dieser Frage jetzt aus der Geschlossenheit des Rates ausschert; denn wir haben uns über Jahre hinweg sehr bemüht, diese für die Stadt Köln wichtige Entscheidung mit einer breiten Mehrheit zu treffen.

Herr Klipper, Sie haben gesagt, dass Sie grundsätzlich bereit wären, zuzustimmen. Doch dann haben Sie eine Reihe von Aber genannt, die teilweise an den Haaren herbeigezogen sind, um dagegen stimmen zu können. Auf Ihren Einwand bezüglich der Höhe der Minarette erwidere ich, dass, als unsere Fraktion damals den Antrag gestellt hat, der Porzer muslimischen Gemeinde die Möglichkeit einzuräumen, ein Minarett von 21 Meter Höhe - 21 Meter und nicht 55 Meter! - zu bauen, Ihre Fraktion das abgelehnt hat. Selbst diese Höhe war Ihnen nicht recht.

(Walter Grau [CDU]: Da war die SPD mit dabei! - Widerspruch bei der CDU)

Ich weise Ihnen hier nach, dass Sie diesen Antrag abgelehnt haben.

Zur Frage der Gebäudehöhe muss ich sagen, dass die von Böhm geradezu perfekt gelöst worden ist, indem er unter der Höhe der katholischen Kirchen in Ehrenfeld geblieben ist. Die Simulationen haben gezeigt, was auf der anderen Straßenseite an Gebäuden wie das der Telekom und des Colonius steht, vom Kölner Dom einmal ganz abgesehen. Diesen Bau mit Profanbauten wie den Kranhäusern - Sie wissen, dass ich ein großer Fan davon bin - zu vergleichen, ist falsch.

Sie haben als Argumente auch angeführt, dass die Übersetzung nicht simultan sei und dass man Angst haben müsse, weil da irgendwie geschummelt und das Gesagte anders übersetzt werden könne, als es wirklich gesagt worden sei. Dazu frage ich: Wie hirnverbrannt kann denn ein Vorwurf noch sein!

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und bei der Linken.Köln)

Das Gleiche gilt auch für Ihren Vorwurf, die DITIB würde nicht genug für Integration tun. Ich kenne Sie zwar nicht ganz so lange, wie Frau Moritz Sie kennt. Aber ich kenne Sie gut genug, dass ich Ihnen nicht abnehme, dass das Ihre wirklichen Gründe sind. Ich finde es schade, dass die CDU dort ausgeschert ist.

Wir haben noch in der damaligen Koalition diesen Prozess gemeinsam auf den Weg gebracht. Als ich 1999 in den Rat kam, gab es Klagen von muslimischen Gruppen, dass es bisher an baurechtlichen - in Anführungszeichen - Gründen gescheitert sei, in Köln eine Moschee zu bauen. Wir haben daraufhin zugesagt, uns dieser Sache anzunehmen und wollten Grundstücke ausweisen. Dass dieser Prozess gescheitert ist - der *Kölner Stadt-Anzeiger* hat das heute noch einmal dargestellt -, lag insbesondere daran, dass der damalige Liegenschaftsdezernent, unser jetziger Kämmerer - er hat es jetzt vorgezogen, dieser Debatte nicht beizuwohnen -, diesen Prozess hintertrieben hat, indem er gesagt hat, dass wir keine Grundstücke hätten.

Deswegen war ich froh, dass die DITIB ein Grundstück hatte. Damit konnte man dieses Argument gar nicht mehr anführen, und es blieb nur noch die Frage zum Baurecht offen. Und dieses Recht zum Bauen für dieses wichtige Projekt schaffen wir heute.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der Dank gilt sicherlich der DITIB - die Damen und Herren sitzen dort oben. Ein herzlicher Gruß auf die Zuschauertribüne! Denn sie hat sich auf etwas eingelassen, womit sie eigentlich keine Erfahrung hatte. Anfangs hat sie noch gesagt, dass, wenn sie eine Moschee baue, es dann dafür je nach Größe Typ A, B oder C gebe, der dann so umgesetzt werden müsse. Sie hat sich dann aber darauf eingelassen, einen Architekturwettbewerb auszuschreiben, ohne zu wissen, was dabei herauskommt. Ich muss sagen, dass es eines der spannendsten Preisgerichte war, an denen ich je teilgenommen habe. Denn es wurden Unterbrechungen eingeschoben, und die Fach- und die Sachpreisrichter haben getrennt getagt, bis man sich dann auf einen Kompromiss geeinigt hat. Darauf hat sich die DITIB eingelassen. Sie hat nicht etwa die türkischen oder die türkischstämmigen Architekten beauftragt, die vielleicht etwas mehr im osmanischen Stil geplant hätten. Nein, die DITIB hat sich auf den Kölner Kirchenbauer eingelassen

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

und damit großen Mut gezeigt. Selbst die Weiterentwicklung ist von der CDU kritisiert worden. Das kann ich nun gar nicht nachvollziehen; denn gerade die Weiterentwicklung, die mehr Transparenz, mehr Licht, mehr Offenheit in den Bau bringt, ist, finde ich, ein sehr guter Weg, den die

DITIB gemeinsam mit dem Büro Böhm gegangen ist.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir diesen Prozess heute zum Abschluss bringen. Wir legen jetzt den Bebauungsplan in die Hände der DITIB und hoffen auf eine schnelle Umsetzung. Ich glaube, dass wir in Köln die schönste Moschee Deutschlands bekommen werden; denn das hat diese Stadt verdient. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Frau Wolter für pro Köln.

**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie beabsichtigen mit diesem Beschluss über die Vorlage, den Bebauungsplan in Ehrenfeld so zu ändern, dass der geplante Bau der Großmoschee zulässig wird. Hierbei verkennen Sie die Gefahren der Islamisierung sowie die Rechtslage.

Die DITIB hat keinerlei Anspruch auf diese Änderung des Bebauungsplans. Es steht allein der Kommune zu, über Bebauungspläne, bei denen es sich um kommunale Satzungen handelt, zu entscheiden. Es besteht folglich keinerlei Verpflichtung zu diesem Beschluss. Es ist eine rein politische Entscheidung, ob Sie den Bau der Großmoschee befürworten und den Bebauungsplan ändern oder nicht.

Auch die Religionsfreiheit gebietet nicht, dass der Bau der Großmoschee an dieser Stelle zugelassen werden muss; denn es gibt, wie Ralph Giordano es zutreffend formuliert, „kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee“.

(Beifall bei pro Köln)

Die Religionsfreiheit gewährleistet die freie Religionsausübung für jeden. Selbstverständlich kann in Köln auch jetzt schon jeder Moslem seinen Glauben frei praktizieren. Das soll natürlich auch so bleiben. Das geht jedoch so weit, dass Männer ihre Frauen und Töchter zwingen, Kopftuch zu tragen, und ihnen untersagen, am Schwimmunterricht teilzunehmen und auf Klassenfahrten mitzufahren.

In dieser Großmoschee wird in weiten Teilen gerade nicht die Religion ausgeübt. Es soll ein soziales Zentrum entstehen mit Koranschule, Kin-

derbetreuung, Geschäften, Friseur, einer Bank etc. So wird die türkisch-islamische Parallelgesellschaft verfestigt und gefördert. Denn selbstverständlich soll in der Moschee nicht Deutsch, sondern Türkisch gesprochen werden. Der Gottesdienst soll lediglich übersetzt werden. Hierdurch wird selbstverständlich die deutsche Sprache bei den Gläubigen nicht gefördert; denn sie werden sich die Übersetzung nicht anhören. Das ist doch der Punkt, auf den es hier ankommt, und nicht, ob bei der Übersetzung hinterher noch etwas verändert wird. Das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau wird nicht akzeptiert. Frauen dürfen den eigentlichen Gebetsraum nicht betreten.

Folglich wird durch den Bau der Großmoschee keinesfalls die Integration gefördert, wie der eine oder andere von Ihnen vielleicht naiverweise glauben mag. Der Kontakt der Muslime zur deutschen Bevölkerung wird noch mehr unterbunden, als es jetzt schon geschieht. Überall in Europa fordern integrationsunwillige Einwanderer mehr und mehr Zugeständnisse an ihre Religion. Was sie fordern, ist Toleranz. Was sie wollen, sind islamische Parallelgesellschaften mitten im Herzen unseres christlichen Abendlandes, Parallelgesellschaften, in denen geltendes Recht ignoriert und unsere Kultur mit Füßen getreten wird.

Anstatt die gemeinsamen europäischen Werte gegen diese Auswüchse zu schützen, geben unsere Regierungen und auch Sie, meine Damen und Herren, den Forderungen der Islamisten unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und im verblendeten Multikulti-Wahn nach. Von der eigenen Bevölkerung verlangt man hingegen, dass sie freiwillig und unter Preisgabe ihrer Identität zur Minderheit im eigenen Land wird.

Um eines klarzustellen: Uns ist jeder Einwanderer herzlich willkommen, der sich integrieren will, also unsere Normen und Gesetze anerkennt, die deutsche Sprache lernt und um Kontakt zur deutschen Mehrheitsgesellschaft bemüht ist, der nicht nur nach Deutschland kommt, um in den Genuss der sozialen Sicherungssysteme zu kommen. Sie, meine Damen und Herren, können sicher sein, dass die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung genauso denkt wie wir. Immerhin lehnen laut einer Umfrage des *Kölner Stadt-Anzeigers* über 80 Prozent der Kölner diesen Großmoscheebau ab. Bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr werden Sie die wohlverdiente Quittung für Ihre Entscheidung erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, bitte, für die Linke.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit Jahren hält pro Köln solche Hetzreden gegen den Bau der Moschee. Die Moschee wird aber trotzdem gebaut. Die demokratischen Kräfte in Köln lassen sich nicht irritieren. Wir haben uns durchgesetzt. Das war nicht in jeder Stadt so. In anderen Städten sind solche Projekte auch gescheitert. Das darf man nicht vergessen.

Ganz nüchtern müssen wir allerdings feststellen: Die Reihen haben sich etwas gelichtet. Große Teile der CDU stimmen gegen die Vorlage. Der Chefredakteur des *Kölner Stadt-Anzeigers*, Franz Sommerfeld, zeigt in seinem heutigen Kommentar großes Verständnis dafür und würde wahrscheinlich auch gegen den Bau der Moschee stimmen, wenn er denn dürfte.

Mit welcher Arroganz die Moscheedebatte von vielen bürgerlichen Kräften geführt wird, ist schon bezeichnend. Der besagte Chefredakteur kritisiert in seinem heutigen Kommentar, dass türkische Beamte - Zitat - „auf deutschem Boden“ die Religionsausübung organisieren, ohne überhaupt ansatzweise zu reflektieren, dass Kardinal Meisner vom Vatikan eingesetzt wurde und auch mit dem ihm nachfolgenden Kardinal so verfahren wird.

Diese Debatte, meine Damen und Herren, ist von den bürgerlichen Kräften in dieser Stadt, insbesondere dem Verlagshaus Neven DuMont, nicht fair geführt worden. Ich frage sie: Hat nicht auch dies dazu beitragen, dass rechtsextreme Kräfte in dieser Stadt Oberwasser bekommen haben? Wenn das Verlagshaus Neven DuMont behauptet, sie hätten die Diskussion über den Bau der Moschee in dieser Stadt erst richtig auf die Tagesordnung gesetzt, dann frage ich sie: Warum haben sie die vielen muslimischen, türkischstämmigen Menschen nicht mitgenommen? Der *Kölner Stadt-Anzeiger* hat zahlreiche Veranstaltungen organisiert, auf denen auch die DITIB sprechen konnte, gar keine Frage. Aber haben sie dafür gesorgt, dass ihr Anliegen auch von Menschen verstanden wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig genug sind? Ihre Argumente hätten mich auch interessiert, aber sie sind gar nicht zu Wort gekommen.

Ralph Giordano schreibt heute im *Kölner Stadt-Anzeiger* - Zitat -:

Für mich trifft der Stadtrat eine integrationsfeindliche Entscheidung.

Ich glaube, es ist genau umgekehrt: Wenn der Antrag heute keine Mehrheit finden würde, würden wir das Baurecht mit Füßen stoßen und normale demokratische Rechte verwehren, dann würde das zu Desintegration führen, zu Misstrauen, Unsicherheit und Frust. Tausende Menschen in dieser Stadt würden gedemütigt. Das wollen die Linken nicht, auch wenn viele von uns zur Religion ein distanziertes Verhältnis haben. Aber das Grundgesetz garantiert die Freiheit auf Religionsausübung, zu Recht.

In der Diskussion wird immer wieder behauptet, die Integration sei gescheitert. Integration findet seit Jahrtausenden statt: immer wieder, langsam, in Wellen, dann wieder schneller und immer anders, als man denkt. Wenn man Integration einmal betrachtet, ohne die Ethnien in den Blick zu nehmen, sollte man sich auch daran erinnern, wie schwer sich die Menschen getan haben, als sie im letzten Jahrhundert aus den Dörfern des Umlands in die Städte zogen, um Arbeit zu finden. Sie mussten zuerst in Bretterverschlägen hausen. Erst als die Unternehmer feststellten, dass sie kräftige und ausgeruhte Arbeitskräfte brauchen, bekamen sie Wohnungen. Auch damals ging es um Integration. Was war an dieser Integration interessant? Für diese Integration brauchte man Raum und Platz in einer Stadt; das ist ein wichtiger Bestandteil von Integration. Diesen Raum und Platz muss man haben, und dieser findet sich eher in den Metropolen. Diesen Raum und Platz stellen wir nun zur Verfügung.

Wir Linke treten für eine multikulturell orientierte Stadtpolitik ein. Dazu gehört, dass sich soziale und räumliche Strukturen bilden, die von kulturellen Minderheiten geprägt werden. Wir stellen keine unrealen Forderungen nach sozialer Mischung oder rascher Anpassung. Die Diffamierung dieser Strukturen als Parallelgesellschaft lehnen wir entschieden ab. Denn: Wir brauchen Raum und Platz.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wenn die Aufnahmegesellschaft den Zuwanderern keine dauerhaften und attraktiven ökonomischen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten bietet und ihnen obendrein mit Vorurteilen begegnet, ist kaum zu erwarten, dass diese ihrerseits die Mühen der Integration auf sich nehmen. Vielmehr müssen wir uns fragen: Wie können wir Integration erleichtern? Deswegen ist es richtig, dass diese Moschee gebaut wird. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke, Herr Detjen. Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Ihnen erst einmal nachträglich einen herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag! Meine Damen und Herren! Welches der Bauwerke, die wir hier im Rat, im Stadtentwicklungsausschuss oder in einem anderen Gremium beschlossen haben, hat aufgrund seiner Gestaltung oder Dimensionalität einen solchen Beitrag für die Integration von Menschen geleistet? Denken wir nur an das Opern- und Schauspielhaus, das später noch auf der Tagesordnung steht. Ist das, was wir heute hier beschließen wollen, eine aktive Einladung zur Teilhabe von zu integrierenden Mitbürgern am deutschen Gesellschaftsleben? An welcher Stelle wird denn im Baugesetzbuch die Integrationsfähigkeit eines Bauwerks thematisiert?

Bei dem hier vorliegenden Antrag stellt sich lediglich die Frage, ob und inwieweit dieses Projekt einer Integration, also einer gesellschaftspolitisch absolut notwendigen und zum Teil auch überfälligen Entwicklung, entgegensteht. Integration ist in erster Linie eine Frage der Bildungs- und Kulturpolitik. Lale Akgün hat schon vor Jahrzehnten gesagt: Wir haben kein Integrationsproblem, wir haben ein Bildungsproblem.

Wir sehen die Rolle und die Position der DITIB durchaus kritisch. Sicherlich hat die DITIB noch sehr viel Entwicklungspotenzial, wenn es um die Unterstützung der Integration türkischstämmiger Mitbürger geht. Andererseits müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir dem Bau der Moschee bereits in den 60er-Jahren zugestimmt haben, nämlich indem deutsche Unternehmen mit Bussen in die Türkei gefahren sind, um Arbeiter nach Köln zu holen. Jetzt sorgen diese Menschen mit Eigeninitiative - mit Unterstützung der Türkei - dafür, dass sie hier ein Stück weit heimischer werden. Das macht deshalb Angst, meine Damen und Herren, weil wir mit dieser Entwicklung und diesem Anspruch, die jetzt auf einmal auf uns zukommen, nicht gerechnet haben, zumindest nicht ernsthaft. Heimisch werden, ja, aber nur zu germanischen Bedingungen. Das ist doch das, was hinter dieser Angst steht.

Dieser Anspruch überrascht auch deshalb, weil 50 Jahre lang versäumt wurde, sich mit der Fra-

ge der gesellschaftlichen und kulturellen Integration auseinanderzusetzen.

(Karl Klipper [CDU]: Da stimme ich mit Ihnen überein!)

In der letzten Sitzung des Kulturausschusses zum Beispiel wurde ganz selbstverständlich festgestellt, dass die finanzielle Förderung eines Kunstprojekts von Migrantinnen natürlich aus dem Sozialetat und nicht aus dem Kulturretat erfolgen muss. Das heißt: Kultur- und Kunstprojekte von Migrantinnen gehören zu den sozialen und nicht zu den kulturpolitischen Fragestellungen.

Natürlich müssen wir alle Beiträge zur Integration leisten, auch wir Politiker. Hier ist der Oberbürgermeister mit seinen Aktivitäten zur Förderung der Integration hervorzuheben. Jetzt, da die türkischen Moslems ein eigenes repräsentatives Kultur-, Gemeinde- und Religionszentrum auf die Beine stellen, werden alle von mir eben aufgeworfenen Fragen und Probleme auf dieses eine Projekt reflektiert und dieses als Symbol von 50 Jahren Integrationspolitik hochstilisiert.

Wir vom Kölner Bürger-Bündnis wünschen der DITIB eine gute Hand bei der Hebung ihres Potenzials zur Unterstützung aller muslimischen Mitbürger und der Stadt Köln eine schöne und repräsentative Moschee! - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. Frau May, bitte.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, dass das, was Herr Ott eben ausgeführt hat, auch von den Menschen verstanden wird. Nein, ich bin sogar sicher, dass es nicht verstanden wird. Das war eine intellektuelle Auseinandersetzung, die bei den Menschen nicht ankommt. Er müsste doch wissen, dass Religion nicht immer nur Religion war, sondern in der Geschichte immer auch mit Macht verbunden war. Ich sage das jetzt ganz objektiv und sachlich. Das gilt auch für das Christentum. Deswegen halte ich eine intellektuelle Auseinandersetzung für falsch; denn diese kommt bei den Menschen nicht an.

Religionsfreiheit in einer demokratischen Gesellschaft heißt vor allem, sich mit Kritik auseinanderzusetzen zu können, kritikfähig zu sein, kritische Diskussionen zu führen. Religionsfreiheit heißt

nicht: Freiheit ohne Grenzen. Sie muss eingebunden sein. Das gilt sowohl für das Christentum als auch für alle anderen Religionen.

Ich denke, dass gerade das Christentum eine ganze Menge Kritik durchlebt hat. In diesem Zusammenhang will ich auf den Redebeitrag von Herrn Detjen zu sprechen kommen. Gerade unser Kardinal weiß, was es heißt, Kritik ausgesetzt zu sein. Was die Auseinandersetzung mit Kritik angeht, hat die christliche Kirche eine sehr lange Entwicklung durchlaufen und dabei auch Grenzen erfahren müssen. Wir haben heute den Zustand erreicht, dass jeder so leben kann, wie er möchte, dass es keine Zwänge durch Religion mehr gibt. Diesen Zustand wünschen wir uns natürlich auch für alle anderen Religionen.

Ich möchte nicht, dass hier eine Hinterhofdiskussion geführt wird. Auch in diesem Land hat es Jahrzehnte gedauert, Kirchen zu bauen. Ich möchte nur daran erinnern, dass der Bau des Kölner Doms 600 Jahre gedauert hat. Menschen, die vor 20, 30 Jahren hierher gekommen sind, errichten jetzt ihre Sakralbauten. Das dauert seine Zeit. Auch in anderen Ländern gibt es nicht immer gleich Kirchen für Christen. Dort dauert es genauso seine Zeit, bis Kirchen gebaut werden.

Sie haben als Argument die armen Menschen in den Hinterhofmoscheen angeführt. Darauf sage ich: Der Glaube ist überall. Dafür braucht es keinen Ort. Es dauert eben seine Zeit, bis manche Dinge realisiert werden können.

(Lachen bei Teilen der Grünen)

- Ich finde es traurig, dass das nicht ernst genommen wird. - Es gibt viele Moscheen in Deutschland. Es gibt Tausende Moscheen. Es gibt bereits schöne Bauten. Das darf man auch nicht vergessen. Das heißt: Wir sollten hier eine sachliche Diskussion führen und nicht dauernd auf die Tränendrüsen drücken. Das ist falsch an diesem Platz. Das möchte ich hier noch einmal betonen.

Diese Diskussion ist aber keine Diskussion über die Ausübung von Religion - Religion dient ja dazu, dass der Mensch besser werde, und darum bemühen wir uns alle -, sondern, wenn wir ganz ehrlich sind, eine Stellvertreterdiskussion über die Frage, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. Diese Diskussion hat sich am Moscheebau entzündet, aber mit der Diskussion über die eigentliche Frage, nämlich wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt und wie viel Toleranz es geben muss, stehen wir noch ganz am Anfang.

Deshalb werde ich mich den kritischen Bemerkungen der CDU anschließen, mich voll dahinter stellen und ebenso abstimmen.

(Beifall bei Teilen von CDU und pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. Von Frau Demirel kam noch eine Wortmeldung.

**Özlem Demirel (Die Linke.Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit dem 11. September 2001 werden weltweit und auch in Deutschland unsägliche Diskussionen über den Islam und über Muslima und Muslime geführt. Huntingtons Theorie des „Kampfes der Kulturen“ wurde salonfähig gemacht. In der Innen- und Außenpolitik war der 11. September somit ein gefundenes Fressen für diejenigen Kräfte, die die Unterschiede zwischen verschiedenen Kulturen und Nationalitäten immer wieder hervorheben wollen und müssen.

So wird auch in Köln seit geraumer Zeit eine unsägliche Moscheedebatte geführt. Insbesondere im vergangenen Jahr hatte diese Debatte zusammenhängend mit den Äußerungen Giordanos und den internen Diskussionen der CDU neue Ausmaße angenommen.

Diese Debatte war für pro Köln, also dem Wolf im Schafspelz, ein gefundenes Fressen, um gesellschaftliche Vorurteile zu vertiefen und ihre rassistische Demagogie in die Bevölkerung zu tragen. Nach wie vor hetzt die rassistische Bürgervereinigung pro Köln gegen den Bau der Moschee und damit zusammenhängend gegen die muslimische Bevölkerung in Köln und versucht, die ohnehin seit dem 11. September weit verbreiteten Vorurteile zwischen den Kulturen und Religionen, den sogenannten „Kampf der Kulturen“, für ihre eigenen spalterischen und rassistischen Interessen auszunutzen. Die Anti-Islamisierungskonferenz stellt hierbei das i-Tüpfelchen dar.

Auch nimmt mittlerweile die CDU in diesem Punkt eine eher heuchlerische Position ein. Während sie auf der einen Seite immer und überall an vorderster Stelle die größte Befürworterin der Religionsfreiheit und der Kirche ist, lehnt sie die Moschee aufgrund ihrer Symbolträchtigkeit und der Höhe der Minarette ab. Der Kölner hat auch eine Symbolträchtigkeit. Dies ist scheinheilig und war kein fortschrittlicher Beitrag in diesem Diskussionsprozess.

Doch, liebe Kollegen und Kolleginnen, auf der anderen Seite ist es auch nicht richtig, zu behaupten, die Moschee sei ein sehr großer Beitrag zur Integration. Wenn man unter Integration das friedliche Zusammenkommen und Zusammenleben Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunft, bei der alle gleichermaßen am sozialen, kulturellen und politischen Leben partizipieren, versteht, dann müssen wir feststellen, dass kein Gotteshaus, egal welcher Religion auch immer, dazu beiträgt. Auch waren und sind Moscheen immer noch eines der Zentren, in denen sich muslimische, meist türkeistämmige Menschen abschotten und von der Gesellschaft isolieren. Deshalb ist die Vorstellung, dass eine möglichst große Moschee den Integrationsprozess vorantreiben wird, absurd und falsch; erst recht, wenn das Bauvorhaben des muslimischen Dachverbandes DITIB über ein Gotteshaus - Einkaufszentrum und Bürokomplex sind integrierter Bestandteil - hinausgeht. Integration ist ein fortwährender Prozess, der sich natürlich entwickelt. Doch leider wird dieser Prozess von reaktionären Kräften, egal welcher Herkunft und welcher Couleur, gehemmt und gestört.

Meine Damen und Herren, die Religionsfreiheit ist ein unantastbares Recht in einer demokratischen Grundordnung. Dazu gehören auch Gotteshäuser, egal ob Moscheen, Kirchen, Synagogen oder Ähnliches, in denen Menschen ihrer Religion nachgehen und diese praktizieren können. Religion ist eine äußerst private Angelegenheit, bei der jedem selbst überlassen ist, ob er oder sie glaubt und wie er oder sie diesen Glauben praktiziert. In der politischen Arena jedoch hat Religion rein gar nichts verloren. Dafür und für die Wahrung der demokratischen Grundrechte kämpfen wir.

Die DITIB darf natürlich auf ihrem Grundstück bauen. Das ist ihr gutes Recht. Doch das heißt nicht, dass möglichst große Gotteshäuser grundsätzlich unterstützt werden müssen. Eine derartige Diskussion über den Bau einer Großmoschee spaltet unsere Stadt jetzt in Moscheebefürworterinnen und -befürworter und Moscheegegnerinnen und -gegner.

Meine Damen und Herren, die sozialen Probleme aber bleiben gleich. Diese Diskussion einer größeren Moschee schafft auch in unserer Stadt die gesellschaftlichen Probleme und vor allem das Integrationsproblem nicht ab, sondern spaltet die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in Muslime und Christen. Integration aber ist das Zusammenkommen und Zusammenfinden von Menschen unabhängig ihrer nationalen, religiö-

sen oder ethnischen Identitäten oder Hintergründe.

Die Diskussion um den Bau der Moschee verstärkt gegenseitige Vorurteile und schadet dem Integrationsprozess.

(Ulrich Breite [FDP]: Das darf doch nicht wahr sein!)

- Das ist aber wahr. - Aus diesem Grund finde ich die ganze Diskussion über die Frage „Moschee: ja oder nein?“ vollkommen falsch. Wir müssen uns - -

(Unruhe)

- Sie sind sehr laut, meine Damen und Herren. Das finde ich überhaupt nicht nett. - Wir müssen uns als Christen und Muslime jetzt für eine bessere, demokratische, friedliche und soziale Stadt einsetzen. Dieses geht nur dann, wenn wir uns jetzt nicht in Deutsche und Ausländer, in Muslime und Christen spalten lassen, sondern all unsere Kräfte bündeln, um eine soziale Stadt einzufordern und zu schaffen. Pro Köln argumentiert rassistisch. Wir müssen realistisch sein und erkennen können, dass reaktionäre Kräfte, egal welcher Herkunft, die Integration nicht fördern werden, unabhängig davon, was sie sagen oder behaupten. Sonst wäre die Integration schon längst vollbracht.

Die Diskussion muss auf eine vernünftige Grundlage gebracht werden: Welche Möglichkeiten kann unsere Stadt Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bieten, um eine gute Bildung und Ausbildung zu bekommen und sich als Bürger dieser Stadt zu fühlen? Erst wenn Menschen mit Migrationshintergrund sich als ein Teil dieser Gesellschaft verstehen und die Mehrheitsgesellschaft diese als gleichberechtigte Bürger mit Migrationshintergrund sieht, werden nicht einmal Gotteshäuser dem Integrationsprozess Steine in den Weg legen können. In diesem Sinne werde ich mich bei der Abstimmung enthalten. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der Linken.Köln - Lachen bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich beglückwünsche die CDU-Fraktion zu ihrer Entschei-

derung, mit uns zusammen diese Verwaltungsvorlage abzulehnen.

(Beifall bei pro Köln - Widerspruch bei der CDU)

Was ist passiert in den letzten Monaten, seitdem die Verwaltung zuletzt eine geringfügig abweichende Vorlage in die kommunalpolitischen Gremien eingebracht hat, der die CDU damals noch zugestimmt hat? Die ursprüngliche Vorlage sah eine etwas größere Bauweise vor. Als die DITIB feststellen musste, dass nicht genügend Geld in ihrer Kasse war, um das geplante Projekt in ebendieser Form umzusetzen, ist sie eine Stufe zurückgegangen und hat das Bauwerk ein bisschen kleiner geplant. Die neue Vorlage sieht nun weniger Kapazitäten im Innenraum der Großmoschee vor, aber das ist der einzige Unterschied.

Jetzt auf einmal lehnt die Kölner CDU, soweit sie denn in den kommunalpolitischen Gremien tätig ist - aber der Kreisverband der Partei ja wohl mehrheitlich<sup>o</sup> - auch diese Verwaltungsvorlage auf einmal ab. Was hat sich in der Zwischenzeit verändert? Die Veränderung in der Vorlage selbst kann ja nicht ausschlaggebend gewesen sein. Der Prozess der Veränderung fand nicht hier im Rat statt, er fand auch nicht unter den Bürgerinnen und Bürger der Domstadt statt, sondern innerhalb der Kölner CDU. In der Zwischenzeit sind CDU-Mitglieder zur Bürgerbewegung pro Köln übergetreten.

(Beifall bei Teilen von pro Köln)

Sogar einer Ihrer Mandatsträger in Ehrenfeld, der jahrelange Vorsitzende des CDU-Ortsverbands von Ehrenfeld, Jörg Ueckermann, ist zur Bürgerbewegung pro Köln übergetreten. Sie haben Druck bekommen von Ihrer Parteibasis.

Oberbürgermeister Fritz Schramma ist es ja gewohnt, nicht nur angenehme Termine wahrzunehmen. Einer der für ihn politisch unangenehmsten Termine - das ist mir von Teilnehmern berichtet worden - war

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn Sie hier reden! Da können Sie sicher sein!)

der Parteitag der Kölner CDU in der Stadthalle Mülheim im vergangenen Jahr. Dort hat Fritz Schramma richtig Wind von vorne bekommen, aber nicht etwa von der SPD, von den Grünen oder von den Linken, sondern von der Kölner CDU-Basis, die klipp und klar gesagt hat: Wir wollen mehrheitlich diese Großmoschee nicht.

Nun musste natürlich auch die Ratsfraktion einlenken, damit die Kölner CDU nicht noch größere Potenziale an pro Köln verliert. Das, meine Damen und Herren, beweist zumindest Politikfähigkeit. Die Veränderung in Ihrem Stimmverhalten ist einer der größten Erfolge, den pro Köln in dieser Ratsperiode erzielt hat.

(Beifall bei Teilen von pro Köln)

Meine Damen und Herren, damit wir diesen Erfolg hier auch vollenden, beantragt meine Fraktion - unsere Kapazitäten reichen allerdings zur Durchsetzung dessen nicht aus; Sie müssten dem schon beispringen - zu dieser Entscheidung geheime Abstimmung. Wenn die CDU-Fraktion auch geheime Abstimmung beantragt,

(Josef Müller [CDU]: Nein, tun wir nicht!)

ist der dafür notwendige Anteil an Ratsmitgliedern erreicht. Dann muss geheim abgestimmt werden. Falls es zu einer geheimen Abstimmung käme, gäbe es - das haben Sie anhand der Äußerungen von Frau Demirel gerade zur Kenntnis nehmen können - die ernst zu nehmende Chance, dieses Großmoscheeprojekt zu Fall zu bringen.

Nicht nur an der Basis der Kölner CDU rumort es und formiert sich Widerstand. Auch bei der Kölner SPD gibt es ernst zu nehmende politische Kräfte, die dieses Großmoscheeprojekt ablehnen. Hören Sie sich einmal um bei Ihren Genossen in den Veedeln! Dort gibt es manch einen, der völlig anderer Meinung ist als die Parteispitze. Dort helfen die philosophischen Exkurse des Herrn Ott relativ wenig. Natürlich ist Religion geeignet, den Menschen Handlungssicherheit im Alltag zu geben. Aber Sie können doch die Frage, welcher materielle Preis für diese Handlungssicherheit zu zahlen ist, nicht vollkommen ausblenden.

Herr Yildirim ist hier bei uns zu Gast. Er hat sicherlich noch in Erinnerung, wie groß die Empörung in der Öffentlichkeit war, als in der jetzt schon bestehenden DITIB-Einrichtung ein Buch feilgeboten wurde, in dem ein Imam fachmännisch erläutert, wie der islamische Mann, so denn dazu Anlass besteht, seine Frau zu züchtigen hat. Ist das der Preis, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, den Sie zu zahlen bereit sind? Ist das vereinbar mit sozialdemokratischen Prinzipien? Ein früherer SPD-Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld, der bis in die 80er-Jahre hinein dort amtierte, hat unser Bürgerbegehren gegen den Bau der Großmoschee unterschrieben - nicht, um pro Köln zu un-

terstützen, aber um zum Ausdruck zu bringen, dass er als Sozialdemokrat, als ehemaliger Verantwortungsträger in Ehrenfeld, den Bau der Großmoschee ablehnt.

Gäbe es hier eine geheime Abstimmung, hätten wir - da bin ich mir ganz sicher - eine realistische Chance, dieses Projekt zu Fall zu bringen. Jetzt liegt es an der CDU, ob sie ihre Sache ernst meint. Beantragen Sie die geheime Abstimmung und, ich bin mir sicher, die Großmoschee kommt nicht!

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist ein Antrag auf geheime Abstimmung gestellt worden. Dazu bedarf es aber der Zustimmung von einem Fünftel des Rates; bei 90 Mitgliedern sind das 18. Das sehe ich noch nicht. Ich sehe auch keine weiteren Anträge. Es wird also offen abgestimmt.

Es gibt aber noch eine Wortmeldung vom Bezirksbürgermeister, der auch vor Ort unterwegs ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der war ja nicht gemeint!)

- Nein, gemeint war sein Vorgänger. Josef ist ja noch keine 97.

**Bezirksbürgermeister Josef Wirges:** Verehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren des Rates! Ich will nicht auf die Geschichten meines Vorgängers eingehen. Der Mann wurde damals in Bocklemünd auf das Übelste getäuscht. Das hat er auch selbst öffentlich erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es ist eine Unverschämtheit, einen alten Menschen so bloßzustellen. Er ist wirklich sehr betroffen darüber, was damals geschehen ist, und hat das auch deutlich gemacht. Das dazu.

Meine Damen, meine Herren, ich denke, mit der Verabschiedung des Baurechts hier und heute wird der Rat eine gute Entscheidung treffen. Das ist auch ein guter Tag für Ehrenfeld und ein guter Tag für Köln. Ich kann Ihnen versichern: Es gibt auch in unserem Stadtbezirk eine breite Mehrheit der Bevölkerung, die diesen Bau, so wie er konzipiert worden ist, wünscht.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ebenso deutlich sage ich Ihnen: Auch in unserer Bezirksvertretung Ehrenfeld ist die breite Mehrheit - damit meine ich die demokratischen Vertreterinnen und Vertreter, außer pro Köln - dafür; das weiß ich. Zwar habe ich mich etwas gewundert, dass sich unsere CDU Bezirksfraktion am 11. August anders entschieden hat. Aber in vielen persönlichen Gesprächen und aufgrund der gemeinsamen Resolutionen, die wir fast einstimmig - natürlich gegen pro Köln - gefasst haben, ist mir klargeworden, dass viele im Herzen so denken, wie ich es Ihnen jetzt berichte.

In diesem Zusammenhang richte ich - das sage ich Ihnen auch ganz offen - meinen Dank an den Oberbürgermeister. Gemeinsam mit ihm haben wir mit Herrn Dr. Elster, aber auch mit Vertretern der Kirchen - ich nenne hier bewusst auch die evangelische Kirche sowie Frau Bartscherer vom Katholikenausschuss - und Vertretern der anderen Parteien sowie mit der DITIB immer offen diskutiert - das kann Herr Yildirim bezeugen -, so wie es sich unter Freunden gehört, und das war auch gut so. Ergebnis dessen ist das, was wir heute vorfinden, meine Damen und Herren. Umso trauriger bin ich, wie gesagt, dass wir keine breite Mehrheit der demokratischen Kräfte in Ehrenfeld erreichen konnten und wohl auch heute nicht bekommen werden.

Aber ich bitte Sie, meine Damen und Herren Ratsmitglieder in Gänze - das meine ich sehr ernst -, dieses Thema aus dem Wahlkampf herauszulassen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist mir ganz, ganz wichtig. Das machen die Rechten schon zur Genüge, die Radikalen. Wir als Demokraten müssen gemeinsam dagegenhalten.

Deshalb meine Bitte: Lasst uns diesen Weg gemeinsam mit DITIB gehen. Denn eines ist uns doch allen klar: Der Bau für sich genommen ist eine baurechtliche Angelegenheit. Aber letztlich geht es auch im Sinne der Nachhaltigkeit um die Vertiefung der Integrationsarbeit, auch und gerade bei uns im Veedel. Heute machen wir den ersten Schritt. Wir werden im Beirat gemeinsam weitere Schritte entwickeln. Ich will jetzt nicht auf einzelne Punkte eingehen. Es gibt in der Tat auch eine positive Kraft des Religiösen. Wir haben jetzt die normative Kraft des Faktischen durch Baurecht geschaffen. Das andere bekommen wir auch noch hin. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ist das heute ein guter Tag

für Ehrenfeld, ein guter Tag für Köln. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis  
90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Bezirksbürgermeister Wirges. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Es gibt aber noch den Wunsch, eine persönliche Erklärung abzugeben. Herr Dr. Lemper, bitte.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich werde in der heutigen Ratssitzung nicht gegen den Bau der Moschee stimmen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis  
90/Die Grünen und der FDP)

Ich danke dem Oberbürgermeister auch für seine Rede.

Für die Position, die meine Fraktion einnimmt, habe ich Verständnis, viele Ansichten teile ich. Ich teile vor allem das Bemühen, die in der Stadtgesellschaft bestehenden erheblichen Gegenpositionen zur Moschee in den Entscheidungsprozess einer demokratischen Partei, der Christlich Demokratischen Union, zu integrieren. Das ist ein höchst demokratischer Vorgang. Mit dieser Vorgehensweise grenzt sie sich von PK nicht nur ab, sondern sie grenzt PK aus.

(Beifall bei der CDU)

Genau aus diesem Grunde muss eine Volkspartei aber auch ihre plurale Ausrichtung betonen. Die Meinungsvielfalt und das Recht auf Meinungsäußerung sind fundamentaler Ausdruck politischer Kultur. Deswegen darf man sich mit seinen Positionen nicht verstecken, sondern muss diese auch offen darlegen.

Die Einlassung der Fraktionsspitze der Grünen, die CDU stehe mit ihrer Haltung zusammen mit den Braunen im politischen Abseits, ist entlarvend.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nichts anderes als der antidemokratische Alleinvertretungsanspruch für nur eine gültige und angeblich richtige Meinung.

PK ist in Wahrheit der Bau einer Moschee so gleichgültig wie der Nichtbau. PK braucht Mo-

scheen. PK braucht auch diese Diskussionen, damit sie aus dem Trüben ihrer braunen Brühe für den Wahlkampf fischen kann. Das ist das eigentliche Motiv.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen der  
FDP)

In der gesamten öffentlichen Diskussion hat es ausschließlich, jedenfalls signifikant, bei der CDU einen offenen Diskurs hierzu gegeben. In anderen Parteien habe ich diese Diskussion ganz erheblich vermisst.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch)

Auf diese Weise, sozusagen durch organisierte Sprachlosigkeit, kann man auch Einstimmigkeiten schaffen.

Ich bin für den Bau der Moschee. Es gibt ein gemeinsames Papier des Oberbürgermeisters und der DITIB. In diesem gemeinsamen Papier sind die ernst zu nehmenden Absichten verbindlich festgehalten. Dies haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Der Islam ist Teil der deutschen Gesellschaft. Muslime haben daher Anspruch auf Religionsfreiheit. Die Einlösung des Grundrechts auf diese Religionsfreiheit ist auch von der Freiheit ihrer Bedingungen abhängig. Mit einer Hinterhoflösung gewährt man keine Religionsfreiheit in einer Stadt, in der jeder zehnte Einwohner der muslimischen Religionsgemeinschaft angehört.

Meine Damen und Herren, die Diskussion über die Höhe der Minarette, an der sich offensichtlich die Geister scheiden, ist im Wesentlichen, jedenfalls aus meiner Sicht, ein Stellvertreterkonflikt für etwas ganz anderes, nämlich für die Ängste und für das Unbehagen der Bevölkerung gegenüber dem Islam, der sehr schnell und häufig auch ungerecht in Verbindung gebracht wird mit Fanatismus und Gefahr. Wenn Menschen muslimischen Glaubens Schlimmes tun, wird dies oft sehr schnell an den Islam gekoppelt. Ich will jetzt gar nicht auf die kriegerische Auseinandersetzung z.B. den Massenlagern muslimischer Frauen in Bosnien und die Haltung des Christentums in Europa eingehen; aber auch dazu hätte ich mir manch objektivere Bewertung gewünscht. Es ist ganz wichtig, sich in der Stadtgesellschaft mit den eigentlichen Fragen auseinanderzusetzen: Werden Konfrontationen von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Weltanschauungen und Religionen auf Dauer bestehen oder nicht, oder wird es uns gelingen, eine wirklich gleichwertige Partnerschaft zu schaffen?

Der zweite Aspekt: Bei einigen erzeugt schon die Tatsache, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind, Unbehagen. 20 Prozent der Menschen in Deutschland sind Menschen mit Migrationshintergrund, in großen Städten ist dieser Anteil noch höher. Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft. Das können wir gar nicht mehr bestreiten. Die Frage, ob wir die notwendigen Integrationsmaßnahmen geleistet und ob wir die Menschen hinreichend integriert haben, erzeugt Unbehagen. Das ist die Kernfrage, und mit dieser müssen wir uns auseinandersetzen.

Für mich bedeutet Integration nicht, dass Muslime unsere demütigen Gäste sind und ihr Selbstbewusstsein aufzugeben haben. Wir können nur über gemeinsame Werte streiten, wenn wir den anderen in seinem Anderssein anerkennen. Integration läuft nicht nach dem Motto „Sind die zu stark, sind wir zu schwach“. Deshalb müssen wir zunächst das Gemeinsame suchen, dann auch das, was uns trennt. Das alles ist keine Einbahnstraße.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Mein persönlicher Eindruck von DITIB ist alles in allem: große Zuverlässigkeit und die Bereitschaft zum Mitmachen: am Eingang des Hauses Bilder des Bundespräsidenten, Zusammenarbeit mit demokratischen Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Durchführung von Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und von Maßnahmen im Integrationsbereich im Auftrag der Arbeitsämter. Das muss sich weiterentwickeln. Dazu gibt die repräsentative Moschee in Köln eine große Chance.

Meine Damen und Herren, ich gehöre einer Gemeinschaft an, die eine andere Auffassung hat als ich. Diese Gemeinschaft nimmt auch hin, dass ich meine abweichende Meinung hier vortrage. Ich halte es daher für richtig, auch mit Respekt vor der Solidarität meiner Fraktion, mich heute trotz meiner Zustimmung zur Moschee der Stimme zu enthalten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich denke, es war richtig, dass wir dieses sensible Thema mit Würde und Respekt vor den einzelnen Meinungen behandelt haben. Wir möchten es jetzt auch mit entsprechender Ruhe zur Abstimmung stellen. Es war von Herrn Rouhs

der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt worden. Ich sehe nicht, dass es die notwendige Mehrheit dafür gibt. Deswegen werden wir offen darüber abstimmen.

Die zur Abstimmung stehende Vorlage beinhaltet letztlich einen Baubeschluss. Die Planungen sind inzwischen so weit gediehen, dass es bald losgehen kann; darauf komme ich gleich noch zurück. Wer für diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP, die Linke, Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, Petra May und der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Bei Herrn Dr. Lemper und Frau Demirel. Damit ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich darf den Vertretern von DITIB sagen: Sie sollten jetzt die restlichen Unterschriften leisten, damit auch Sie loslegen können. Wenn Sie den Erschließungsvertrag heute noch unterschreiben - jetzt haben Sie ja Planungssicherheit -, können Sie bereits morgen mit den Abrissarbeiten beginnen;

(Beifall bei der FDP)

denn die Abrissgenehmigung liegt Ihnen ja schon vor. Jetzt kann es losgehen.

Ich will Ihnen aber auch sagen: Wir alle in dieser Stadt verstehen unter Integration auch Vertrauen. Vertrauen heißt: Wir haben Ihnen gegenüber Vorleistungen erbracht, und ich hoffe, dass Sie dieses Vertrauen rechtfertigen und es uns gegenüber bestätigen. Aber da bin ich sicher.

Ich sage Ihnen allerdings auch: Ich - wie viele hier im Rat - will es in Zukunft nicht mehr zulassen, dass die Stadt zu plakatiert wird mit rein türkischsprachigen Plakaten, die wir nicht verstehen, auch wenn das nicht von Ihnen veranlasst war.

(Beifall bei der CDU)

Das geht an Ihren Ministerpräsidenten, dem ich das auch deutlich gesagt habe. Es wäre schön, wenn die Türkei in ihrer Großzügigkeit und Gastfreundschaft zum Beispiel in Tarsus - das entspricht ja dem Wunsch unseres Erzbischofs -, der Geburtsstadt des Apostel Paulus, nun auch endlich eine christliche Pilgerstätte genehmigen würde.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie mit Ihren Beziehungen diesen Wunsch unterstützen können, wird das sehr viel zum gegenseitigen Vertrauen beitragen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg beim Bau. Alles Gute!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.1 auf:

**9.1 Aufstellung und Inbetriebnahme des Petrusbrunnens  
0888/2008**

Von Paulus zu Petrus lautet die etwas gekünstelte Überleitung. Es geht hier um einen weiteren Bau, halb sakral. Der Petrusbrunnen sprudelt weltlich und hoffentlich bald in der Nähe des Doms. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich abstimmen wie in der Neufassung vom 26. August, die gestern mit Ihnen besprochen worden ist. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.2 auf:

**9.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Buchholzstr. 20, 51061 Köln-Mülheim (Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1766) und Abbruch des städtischen Sozialhauses.  
Baubeschluss  
1229/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmigkeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.3 auf:

**9.3 Änderung der Stadtgrenze und Grundstückstausch im Zuge der Flurbereinigungsverfahren „Ortsumgehung Niederkassel“ und „Langeler Bogen“  
1421/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.4 auf:

**9.4 Umsetzungskonzept zu den Energieanalysen 2005/2006 der Gebäudewirtschaft  
1723/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmigkeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.5 auf:

**9.5 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln, Wirtschaftsjahr 2008/2009  
2125/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmigkeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.6 auf:

**9.6 Projektdossier Archäologische Zone  
2186/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle wünschen uns, dass das Projekt Archäologische Zone ein Projekt der Regionale 2010 wird und den A-Stempel erhält.

Deswegen hatten wir zunächst überlegt, keine Änderungen in unseren Antrag zu schreiben. Das hatten wir auch mit dem Kulturdezernenten so besprochen. Wir haben uns nun aber rückversichert bei den Vertretern der Regionale und sie gefragt, ob es etwas ausmachen würde, wenn wir in dem Punkt, in dem es um die Betriebs- und Organisationsstruktur geht, sagten: Die Beantwortung dieser Fragen behalten wir uns vor. Daraufhin wurde uns gesagt, dass das an der Aussicht auf den A-Stempel überhaupt nichts ändern würde.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Was ist denn ein Arsch-Tempel?)

- Nicht Arsch-Tempel, sondern A-Stempel.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz, wenn man das Wort etwas schneller spricht, kann es sich schlüpfrig anhören. Aber Sie haben völlig recht: Da sich die Bezuschussung der Regionale auf den Bau konzentriert - das ist ja das Entscheidende: wir erhalten die Gelder ja nur für den Bau und nicht für den Betrieb und die Einrichtung -, ist es wirklich unschädlich. Deswegen können wir das auch mit aufnehmen. Das ist überhaupt kein Problem. Das nehme ich gerne mit auf.

Dann können wir das insgesamt, also mit diesen Ergänzungen, zur Abstimmung stellen.

(Zuruf von Herrn Rouhs)

- Sie sind dagegen, Herr Rouhs. Gut. Dann stelle ich zuerst den Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer gegen den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mehrheitlich so beschlossen.

Jetzt lasse ich über das gesamte Dossier einschließlich dieser Änderung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Von Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit einer Gegenstimme, aber mit großer Mehrheit so angenommen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. Ich hoffe, dass wir bei dem Termin mit Minister Wittke im Spätherbst

(Zuruf von der CDU: Im September!)

- nein, das wird wahrscheinlich einen Monat später sein; der Termin ist in Absprache verschoben worden - auf jeden Fall diesen A-Stempel bekommen werden.

Wie zu Beginn vereinbart, ziehen wir den Tagesordnungspunkt 9.10 vor:

#### **9.10 Archäologische Zone hier: Planungsauftrag 2809/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner-Bürger Bündnis)  
AN/1683/2008**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, einleitend zu dieser Vorlage einige Worte zu sagen. Die umfangreiche Vorlage zum Planungsauftrag für unsere Archäologische Zone liegt Ihnen vor. Meine erste Vorlage dazu wurde nach der Sitzung des Hauptausschusses vom 4. August entsprechend ergänzt und weist deswegen jetzt auch einen alternativen Vorschlag aus, den wir Ihnen unter II. präsentieren.

Mit dem ersten Beschlussvorschlag plädiere ich dafür, alle für die Realisierung der Archäologischen Zone heute notwendigen Beschlüsse zu fassen und später in einem zweiten Schritt das Thema Jüdisches Museum in die Beratung und

Beschlussfassung zu bringen. Die Alternative sieht eine zeitgleiche Planungsphase für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum vor. Sie wissen jedoch, dass ich immer für eine Entkopplung war. Ich habe auch in der Jurysitzung noch einmal sehr deutlich, *expressis verbis*, auf diese Notwendigkeit hingewiesen.

Der Wettbewerb zur Archäologischen Zone und zum Jüdischen Museum ist nun beendet. Die Diskussionen werden wir vermutlich heute nicht endgültig beenden können. Dafür - das haben die vergangenen Wochen gezeigt - ist das Thema den meisten Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu wichtig. Ich begrüße außerordentlich die hohe Beteiligung an der Bürgerdiskussion. Alle Teilnehmer haben sich sehr differenziert mit diesem sensiblen Thema auseinandergesetzt und auch wertvolle Hinweise und Anregungen gegeben. Manchmal hatte man den Eindruck, einige wollten selbst in der Jury mitwirken, so intensiv haben sie sich damit auseinandergesetzt. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Kölnerinnen und Kölner die Vorgänge in ihrer Stadt sehr aufmerksam zur Kenntnis nehmen, die entscheidende Fragen engagiert und sachorientiert diskutieren und auch selbstbewusst ihre Stimme abgeben. Jetzt liegt es an den Fraktionen, denen wir diese Meinungen haben zukommen lassen, das entsprechend zu werten.

Es wird sicherlich weiterhin heiß debattiert werden um den Standort und die Gestalt des Jüdischen Museums, dessen Finanzierung bis dato - meine Damen und Herren, ich muss das noch einmal ausdrücklich sagen - noch äußerst unsicher ist. Unstrittig dagegen ist das Modul 1, nämlich die Archäologische Zone. Hier liegen die Schätze der Vergangenheit Kölns, deren Präsentation nicht nur ein vorrangiges Interesse der Stadt ist, sondern eben auch des Landes Nordrhein-Westfalen und dessen Förderprojekt, der Regionale 2010, die die Baumaßnahme ganz wesentlich unterstützen will.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals ausdrücklich allen teilnehmenden Büros meinen aner kennenden Dank aussprechen. Es waren immerhin 36 internationale Büros, die sich diesen Mühen unterzogen haben. Ich bin in der Tat vom Ideenreichtum der Architekten angetan; da sich jeder einzelne Entwurf zweifelsfrei mit besonderen Qualitäten präsentiert hat. Die internationale Jury hat sich dann, wie sie wissen, für die Pläne des Büros **Wandel** Hoefler Lorch + Hirsch ausgesprochen, die es nun durch den Planungsauftrag weiter zu entwickeln gilt, um der anspruchsvollen, aber auch schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, letztendlich zwei Museen zu entwerfen,

die komplizierte Übergänge, Schnittstellen und Synergien aufweisen, die aber - das muss ich noch einmal deutlich sagen und so war es auch in der Auslobung ganz klar formuliert worden - temporär und auch technisch unabhängig realisierbar sein sollten.

Meine Damen und Herren, es wird sicherlich einige Zeit dauern, bis es dem Verein möglich ist, sein Projekt zu realisieren sowie die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu akquirieren. Aber das kann und das darf in keinem Fall bedeuten, dass sich dadurch die Realisierung der Archäologischen Zone hinauszögert. Das wäre in der Tat das Aus für dieses Regionale-Projekt. Ich habe dazu eine ganz eindeutige Meinung, die ich auch immer wieder gesagt habe: Es muss möglich sein, beide Projekte unabhängig voneinander zu realisieren - was übrigens von fast allen beteiligten Architekturbüros geleistet worden ist und im Übrigen auch eine der Zielvorgaben des Wettbewerbs gewesen ist.

Aber die Zeit drängt. Wir befinden uns jetzt mitten im Qualifizierungsprozess der Regionale 2010. Deswegen brauchen wir heute Beschlüsse, die uns handlungsfähig halten. Zu Recht hat Minister Oliver Wittke, mit dem ich noch heute Mittag gesprochen habe, Klarheit in der Haltung der Stadt Köln zum Projekt Archäologische Zone gefordert. Ich teile diese Meinung und plädiere eindeutig für die Entkopplung, um die Realisierung der Archäologischen Zone nicht zu gefährden. Damit gefährden wir keineswegs ein Haus der Jüdischen Kunst und Kultur; denn das bedeutet ja nicht - es ist mir sehr wichtig, das zu sagen -, dass Köln kein Jüdisches Museum braucht. Ich war und bin für ein solches Museum. Die Bereitschaft des Fördervereins ist anerkennungswürdig. Der Standort Rathausplatz war und ist für mich zwar möglich, aber nicht zwingend. Diese Diskussion können wir später führen. Hier stehen uns sicherlich noch einige Optionen offen. Wichtig und vorrangig aber ist, in dieser knappen Zeit die Archäologische Zone zu realisieren.

Ich möchte am 27. Oktober vom Minister für die Stadt und dieses Projekt diesen A-Stempel bekommen und die erheblichen Fördermittel des Landes im Rahmen der Regionale einfach nicht gefährden. Das Land Nordrhein-Westfalen - ich habe das mit der Regionale mehrfach diskutiert; auch ich führe fast täglich mit deren Vertretern Gespräche, wenn auch aus anderen Gründen, wie Sie wissen - ist bereit, uns mit rund 13 Millionen Euro - das ist der wesentliche Anteil der Baukosten - zu unterstützen und damit den Traum von einer solchen Archäologischen Zone für die Kölnerinnen und Kölner, für die vielen Be-

sucher, die sie dann sehen werden und genießen können, zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, Sie werfen nichts - das muss ganz deutlich gesagt werden -, wenn Sie meiner Vorlage I folgen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, doch!)

- Nein. - Sie halten alle Optionen offen. Wenn Sie der Alternative II folgen, bauen Sie bereits ein Haus. Dies will ich aber nicht ohne jegliche Finanzbasis tun. Sie bauen nämlich dann ein Haus, das eigentlich der Verein bauen will. Dazu habe ich keinen Ratsauftrag und auch keine Finanzierung. Das ist die Situation. Das muss ich Ihnen noch einmal heute sehr deutlich sagen. Dieses Problem hatten Verwaltung, Herr Streitberger und Herr Professor Quander Ihnen übrigens schon in der Diskussion 2006 genannt. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt darf ich um Wortmeldungen bitten. Wer möchte an dieser Stelle das Wort ergreifen? - Herr Prof. Dr. Bögner spricht zunächst zum Änderungsantrag, der sich auf die Alternative II bezieht.

**Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade einstimmig das Projektdossier der Archäologischen Zone beschlossen. Deshalb, Herr Oberbürgermeister, weiß ich überhaupt nicht, warum Sie noch ein weiteres Signal für den Bauminister brauchen. Wir haben das Signal für die Archäologische Zone gegeben. Wir wollen das in diesem Rat einstimmig beziehungsweise mit großer Mehrheit. Insofern steht dem A-Stempel überhaupt nichts entgegen.

Ich möchte mit einer kurzen Mathematikstunde beginnen.

(Josef Müller [CDU]: Nein, Herr Oberlehrer!)

Gestern erreichte uns alle die Auswertung der Bürgerdiskussion. Festgestellt wurde, dass sich 1 749 Bürger an dieser Befragung beteiligt haben. 883 - also etwa die Hälfte - lehnen eine Bebauung des Rathausvorplatzes ab. Das Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Oberbürgermeisters macht daraus aber die Überschrift: Deutliche Mehrheit der Kölner gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes.

(Josef Müller [CDU]: So ist das!)

Meine Damen und Herren, da muss irgendjemand in der Mathematikstunde geschlafen haben.

Es geht aber gar nicht darum, das Thema bis in alle Einzelheiten auseinanderzunehmen. Vielmehr geht es darum, ein grundsätzliches Missverständnis zu klären, nämlich das Missverständnis, dass Geschichte teilbar sei. Wir reden nicht über eine Kölner oder eine jüdische Geschichte, wie es Herr Professor Korn vermutet hat. Wir reden auch nicht über eine rein römische oder eine rein mittelalterliche Geschichte, sondern wir reden über einen Platz, an dem historisch und europaweit einmalig diese Schichten übereinanderliegen.

(Karl Klipper [CDU]: Die werden doch jetzt ausgegraben!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist Geschichte nicht nur nicht teilbar, sondern sie ist auch nicht verlegbar.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Während die CDU mittlerweile Anzeigen in dieser Stadt schaltet und sagt: Wir wollen ein Haus der Jüdischen Kultur an einem anderen historischen Ort, sagen wir: Es gibt keinen anderen historischen Ort.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP - Widerspruch bei der CDU)

Es gibt nur diesen Ort. Mehrere Symposien haben das wissenschaftlich bewiesen. Die Authentizität dieses Platzes ist nicht teilbar.

(Josef Müller [CDU]: Doch!)

Deshalb, Herr Oberbürgermeister, finden wir Ihren Begriff des Entkoppelns total falsch. Was heißt denn: entkoppeln? Ich hänge einen Waggon vom Zug ab, der Zug fährt weiter und der Waggon bleibt stehen.

(Karl Klipper [CDU]: Wie platt wollen Sie es denn noch haben?)

Das, meine Damen und Herren, haben wir schon im Ratsbeschluss von 2006 nicht gewollt. Wir wollten - Sie haben schon damals dagegen gestimmt - diese beiden Projekte eben nicht voneinander trennen. Sie sind eins, von einem Geist. Deshalb halten wir den ersten Preisträgerentwurf für richtig, weil er - -

(Walter Grau [CDU]: Der hätte gar nicht bewertet werden dürfen! Er hat doch die Kriterien gar nicht erfüllt!)

- Herr Grau, gehen Sie einmal davon aus, dass sich die Jury, in der hochkarätige Experten, unter anderem auch von Ihrer Fraktion und Ihrer Bezirksvertretung vertreten waren, zwei Tage lang ernsthaft Gedanken gemacht hat. Reden Sie doch nicht von Dingen, von denen Sie keine Ahnung haben beziehungsweise bei denen Sie nicht dabei waren. Das hat doch keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Also: Das ist nicht teilbar, und der Begriff Entkopplung ist falsch. Das Einzige, was man akzeptieren kann, ist eine Zweistufigkeit. Diese Zweistufigkeit stellt der erste Preisträger durchaus her und dar. Deshalb ist es uns wichtig, die Alternative II mit einem Änderungsantrag zu präzisieren und unter anderem die zwei Stufen noch einmal darzustellen.

Die andere Frage, die auch das Preisgericht aufgeworfen hat, betrifft den Platz zwischen dem Wallraf-Richartz-Museum und diesem Neubau. Auch hier, so meinen wir, muss noch einmal hingeschaut werden: wie stark die archäologischen Befunde vor dem Wallraf-Richartz-Museum wirklich sind und welche Dimension dieser Platz dann haben kann.

Zum Zweiten. Keiner von uns kann heute verbindlich sagen, ob die Stiftung für das Haus der Jüdischen Kultur und des Museums letztendlich die Finanzierung zusammenbekommt. Das ist richtig. Aber die Diskussion, die wir hier in Köln führen - ich muss leider sagen, der Oberbürgermeisters verhält sich dabei wie ein Schilf im Winde: mal so, mal so -, hat wieder einmal zu einer überregionalen Presse geführt, bis in das Land Israel hinein, die beschämend ist für diese Stadt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Peinlich! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP - Widerspruch bei der CDU)

- Peinlich, wirklich peinlich. - Wie soll denn eine Stiftung ohne klares Votum Geld für ein solches Projekt sammeln?

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz genau! Weil es kein Reiterdenkmal ist!)

Deshalb, meine Damen und Herren, geben wir jetzt das klare Signal: Wir erteilen den Planungsauftrag und fordern die Stiftung auf, unverzüglich mit ihren Aktivitäten fortzufahren und uns bis zum Baubeschluss die Frage der Finanzierung zu beantworten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. Als Nächste spricht Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Beginnen möchte ich mit einem Zitat aus der Einführungsrede von Marie Hüllenkremer, die seinerzeit das Symposium 2002 - das ist jetzt genau sechs Jahre her - durchgeführt hat. Sie geht darin übrigens auch, Herr Schramma, auf die Skulpturen der neun Helden ein, die im Hansesaal stehen und die stellvertretend für die Religionen, die Antike und das Mittelalter sinnbildlich die Geschichte der Stadt Köln darstellen sollen, die diese Dreierheit aufnehmen und sie auch mit diesem Ort verbinden. Marie Hüllenkrämer sagte:

Es bedarf eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur, um den authentischen Ort mit seinen einzigartigen Steinzeugen in seiner historischen Tiefe zu erschließen. Es bedarf dieses Hauses, um einen Bogen in die Gegenwart zu schlagen und religiöse, kulturelle und künstlerische Aspekte jüdischen Lebens darzustellen. Und nicht zuletzt bedarf es dieses Baus, um die unmittelbar unter dem Pflaster liegenden Fundamente der Synagoge erlebbar zu machen und in das unterirdische Haus der Geschichte zu integrieren.

- Ich komme gleich noch auf das Wort „integrieren“ zurück. -

Nur mit einer Architektur erhalte die Kölner Stadtmitte einen sichtbaren Kristallisationspunkt ihrer Wurzeln.

Ich setze mich dafür ein, dass sich Köln mit dem unterirdischen Haus der Geschichte in Verbindung mit dem Haus und Museum der Jüdischen Kultur als Kulturhauptstadt Europas bewerben kann.

- So lange ist das schon her. Das endete damals auch mit einer peinlichen Schlappe. -

Ich bin davon überzeugt, dass diese Chance nicht aus der Hand gegeben werden darf.

Jetzt zu diesem Rat, sechs Jahre später. Auf diesem Symposium damals waren zwei CDU-Mitglieder, die erst gegen diesen Standort waren. Nach dem Symposium - ich erlaube mir, das jetzt auch vorzulesen; denn anderen Leuten sprechen Sie jedes Recht dazu ab - sagte Herr Blömer:

Als ich 1975 in den Rat kam, war dieser Platz vor dem Rathaus ein Behelfsparkplatz für Ratsmitglieder. Und in der Zwischenzeit ist dieser Platz gefasst worden, auf der Westseite durch „An Farina“, diesem Gebäude in einer außerordentlich beliebigen, unhistorischen Architektur - völlig gesichtslos. Damals hat sich kein Ratsmitglied darüber aufgeregt, dass dort sowohl höher als auch schlecht gebaut worden ist. Und wenn wir nicht in der Folgezeit aufgepasst hätten, wäre auch auf diesem Grundstück

- das fand im Wallraf-Richartz-Museum statt -

noch ein Wohn- und Geschäftshaus entstanden, das dann den Platz und Rathausumgebung völlig verunstaltet hätte.

Er wendet sich dann an Professor Eck, der übrigens dieses Haus auch befürwortet:

Sie haben von den lebendigen Zeugnissen gesprochen und haben gesagt, Rückkehr zu den Wurzeln. Genau das ist richtig! Dieses Museum, wenn es denn entsteht und entstehen kann, gehört natürlich dorthin, wo es seine Wurzeln hat, in jeder Beziehung. Und deshalb werde ich dafür plädieren, dieses Museum dort zu bauen, alles andere wäre eine Schande ...

Gerade in Zeiten wie diesen muss man den Mut haben, solche grundlegenden Entscheidungen zu treffen. Irgendwann wird sich auch eine Lösung, auch der finanziellen Probleme, finden. Also, Sie haben mich auf Ihrer Seite!

Ich könnte noch eine ähnliche Rede von Herrn Knieps zitieren. Aber solche Leute werden offensichtlich in den Landtag abgeschoben.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte Folgendes kritisieren: Man kann sich darüber Gedanken machen, ob eine Finanzierung klappt. Aber man kann sich nicht hinstellen und sagen, dafür gibt es keinen Cent, wenn man gleichzeitig ein Reiterdenkmal finanziell großzügig ausstattet,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wenn man für den Petrusbrunnen Gelder sammelt, wenn man beim Fußballmuseum erst sagt, wir sind nur für das Grundstück zuständig, sich hinterher aber herausstellt, auch noch für die Betreibergesellschaft.

(Karl Klipper [CDU]: Das ist doch alles beschlossen worden, mit Ihren Stimmen!)

All das ist für Sie wichtig, dafür stehen Sie. Aber hierfür nicht, und das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Ich möchte auch noch auf die Presseberichterstattung und das Meinungsbild zu sprechen kommen. Wir haben hier im Rat eine Fraktion, die die gefühlte Meinung abfragt. Ich bin seit 1994 im Rat. Ich weiß nicht, Herr Streitberger, an wie vielen Bebauungsplänen ich schon mitgewirkt habe. Dafür gibt es immer Bürgerbeteiligungen. In 99 Prozent der Fälle - das behaupte ich jetzt einmal - gibt es keine positive Meinungsäußerung, sondern immer nur diese Meckermeinungen. Auch hier haben Sie einen sogenannten Meckerkasten aufgestellt. Ich muss sagen, ich wundere mich, dass sich so viele Leute positiv geäußert haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und der SPD)

In einen Meckerkasten wirft man nur etwas ein, um seinen Unwillen kundzutun. Ein Meckerkasten ist keine seriöse Umfrage, wie Sie es behaupten. Ich kenne jede Menge Leute, die sagen: Ich finde das ganz toll, aber warum soll ich meine Meinungsäußerung in den Meckerkasten einwerfen, das gibt doch gar keinen Sinn? Ich könnte Ihnen Leute nennen, die mir persönlich gesagt haben, ich könnte das im Rat ruhig so sagen, dass sie dort nichts einwerfen. Übrigens, auch ich habe dort noch nichts eingeworfen, und schon gar nicht haben wir unsere Parteimitglieder mobilisiert, das zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Das ist nicht seriös. Machen Sie doch ein Bürgerbegehren, liebe CDU! Stellen Sie sich doch an die Ecke und sammeln Sie dafür Unterschriften! Dazu müssen Sie aber zunächst einmal prüfen, ob das überhaupt zulässig ist. Denn geht es hier nicht um ein Bauvorhaben? Wir haben heute schon gehört, dass Sie daran gar nichts ändern wollen. Also, mal wollen Sie es so, mal wollen

Sie es so, und dann wird die gefühlte Meinung veröffentlicht.

Herr Grau, Ihr Zwischenruf eben hat mich geärgert, weil Sie offenbar nicht wissen, wie ein Preisgericht funktioniert.

(Walter Grau [CDU]: Es hat eine Vorgabe im Rat gegeben, und die ist nicht eingehalten worden! Erzählen Sie mir doch nichts!)

Informieren Sie sich, bevor Sie Ihre Meinung ausdrücken! Ich erkläre Ihnen das gerne.

(Karl Klipper [CDU]: Nein!)

- Ach, das interessiert Sie nicht?

(Walter Grau [CDU]: Ich kenne Ihre Meinung!)

- Sie haben schon Ihre Meinung? Sie brauchen keine weitere Information? Wunderbar! Dann lasse ich das.

Ich glaube, dass wir mit diesem Beschluss heute einen ebenso wegweisenden Beschluss fassen wie mit dem Beschluss zur Moschee. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nächster Redner ist Herr Sterck. Bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Barbara Moritz, ich finde es sehr gut, wie Du das hier vorgetragen hast; denn daran sieht man, dass du mit Herzblut bei der Sache bist, dass es dir darum geht, wirklich etwas für diese Stadt zu bewegen, anstatt nur zu gucken: Wie kommen wir hier durch? Wie sind die Umfragen? Was sagt diese Zeitung, was sagt jenes Blatt? - Hier geht es darum, an dieser wichtigen Stelle der Stadt wirklich etwas zu bewegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe vorhin schon gesagt, dass diese Ratsitzung für mich persönlich so wichtig ist, weil heute auch über dieses Thema entschieden wird. Ich habe Ihnen etwas mitgebracht, damit Sie sehen, dass dieses Thema auch in unserer Fraktion eine lange Tradition hat, und zwar eine Pressemitteilung:

Die FDP bejaht die Einrichtung einer jüdischen Gedenk- und Kulturstätte auf dem Gelände des ehemaligen Judenviertels am Rathaus, erklärt Dr. Werner Hoyer, Kreisvorsitzender der Freien Demokraten in Köln, im Rahmen eines kommunalpolitischen Gedankenaustausches am vergangenen Montag. Diese Stätte soll nach Meinung der FDP aus einer Ausgrabungszone ähnlich dem Praetorium und einem Jüdischen Museum bestehen.

Schon an der Tatsache, dass Werner Hoyer heute nicht mehr Kreisvorsitzender ist, sehen Sie, dass diese Pressemitteilung schon etwas älter ist. Sie ist vom 27. Dezember 1985. Das heißt, dieses Thema hat in der FDP eine lange Tradition.

Wir haben unseren politischen Einfluss in dieser Stadt dafür genutzt, diesem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. Das haben wir auch mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU getan. Wir haben es in unseren Koalitionsvertrag von 1999 geschrieben, den Sie damals einstimmig auf einem Parteitag beschlossen haben, und zwar mit der Formulierung: Das Jüdische Museum soll auf den Rathausvorplatz kommen. Jetzt sagt Herr Granitzka, jeder könne entsprechend schlauer werden. Aber wir haben uns um dieses Thema gekümmert. Wir haben zwei Symposien dazu veranstaltet. Beim ersten ging es um die Wahl des Standortes; sieben standen zur Auswahl. Herr Oberbürgermeister, man kann jetzt nicht einfach sagen: Lasst uns schauen, welche anderen Möglichkeiten es gibt. Ich wiederhole das, was Frau Moritz eben gesagt hat. Sowohl das Symposium 2001 als auch das Symposium 2002, bei dem es um das Inhaltliche ging, haben ganz klar ergeben: Es geht nur an diesem authentischen Ort.

Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, diese Möglichkeit, die Ihnen der vom Preisgericht gekürte Architekturentwurf bietet, jetzt nicht nutzen, verpassen Sie die Chance, diese Frage, nämlich den Bau am Rathausvorplatz, hier endgültig zu klären. Es gibt keine Provisorien, es gibt keine Zwischennutzungen. Sie wissen genau, es gibt nichts, was länger hält als ein Provisorium. Wir wollen bereits in der ersten Stufe diese städtebauliche Figur, die Renaissance-Laube, für unseren Rathausplatz schaffen, wie es sie vor dem Krieg gegeben hat.

Deswegen ist es auch nicht richtig, wenn Sie sagen, die Entkopplung - egal, ob wir es jetzt so nennen oder anders - sei nicht möglich. Die Entkopplung ist möglich. Auch das Architekturbüro schlägt sie vor; allerdings ist sie nicht städtebau-

lich, also nach außen, zu sehen, sondern sie ist im Grunde nur in der Innenarchitektur, in der inneren Nutzung zu erkennen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn Sie sagen, die Entkopplung sei nicht möglich, streuen Sie den Bürgern Sand in die Augen.

(Karl Klipper [CDU]: Sie streuen Sand in die Augen!)

Wenn Sie des Weiteren sagen, die Bebauung mit einem Jüdischen Museum sei an dieser Stelle möglich, aber nicht zwingend, widersprechen Sie dem Ratsbeschluss, den wir am 18. Mai 2006 gefasst haben; denn in diesem Beschluss steht: Das Jüdische Museum geht nur auf diesem Platz. - Natürlich hat die CDU das Recht, eine andere Meinung zu vertreten. Aber Sie als Oberbürgermeister müssen die Beschlüsse des Rates entsprechend umsetzen und können jetzt nicht auf die Suche nach anderen Bauplätzen für dieses Museum gehen.

Die Authentizität dieses Platzes ist durch das jüdische Viertel, das sich früher an dieser Stelle befand, gegeben. Fragen Sie sich doch einmal, warum das Römisch-Germanische Museum nicht dort steht, wo es nach dem Krieg noch freie Plätze gab. Warum steht das Römisch-Germanische Museum an dieser Stelle: direkt am Dom, ziemlich provokant, auf Grundstücken, die der Stadt einmal geschenkt worden sind, damit der freie Blick auf den Dom erhalten bleibt? Natürlich liegt das daran, weil das **Dionysos-Mosaik** dort gefunden worden ist. Darum ist das Museum an dieser Stelle gebaut worden. Die gleiche Authentizität finden wir durch das frühere jüdische Viertel hier am Rathausvorplatz.

Ich bin der SPD dankbar - das muss ich noch einmal sagen; den Grünen natürlich, liebe Barbara Moritz -, dass wir zusammen an dieser Stelle eine Mehrheit hinbekommen. Das ist - das gebe ich zu, lieber Martin Börschel - bei kleineren Parteien etwas einfacher als bei einer Volkspartei. Ich bin sehr dankbar, dass sich die SPD am Ende dazu durchgerungen hat, mit uns diesen Änderungsantrag zu stellen, der ganz klar sagt: Ja, wir wollen bereits in der ersten Stufe die städtebauliche Figur, wir wollen die Hülle für das Jüdische Museum, und wir hoffen, dass die Hülle möglichst schnell gefüllt wird. Und: Ja, wir wollen auch die Kritik aufnehmen, den Platz vor dem Wallraf-Richartz-Museum entsprechend zu vergrößern.

Zur Archäologische Zone selbst - das gerät ja immer ein bisschen in den Hintergrund -: Ich bin froh, dass wir mittlerweile einhellig der Meinung sind, dass der Zugang durch den alten Ratskeller vom Alter Markt die ideale Lösung ist. Auch dieser Vorschlag aus unseren Reihen war ja eine Zeitlang umstritten.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute diesen Beschluss fassen, ist das eine große Sache für diese Stadt, weil wir damit direkt in der Umgebung des Rathauses im Grunde den Wiederaufbau abschließen, aber nicht mit irgendeiner Bebauung, nicht mit irgendeiner profanen Nutzung - Frau Moritz hat eben gesagt: mit irgendeinem Verwaltungsgebäude; es gab ja schon nach dem Krieg entsprechende Pläne, diesen Platz zu bebauen -, sondern mit der vorzüglichsten Bebauung, mit der vorzüglichsten Nutzung, die dieser Platz haben kann, nämlich der Archäologischen Zone und dem Haus und Museum der Jüdischen Kultur. Ich bin stolz, an dieser Entscheidung des Rates mitwirken zu können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich finde es gut, dass diese Debatte mit Herzblut geführt wird. Aber es scheint mir doch so, dass diese Debatte gegen die Bevölkerung geführt wird.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Geführt!)

- Geführt! Deswegen brauchen Sie, meine Damen und Herren, auch so viel Herzblut, weil Ihnen das von draußen entgegenschlägt.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Professor Bögner, lassen Sie uns doch einmal die Rechenstunde fortsetzen. 883 Leute haben sich gegen die Bebauung des Rathausplatzes ausgesprochen, 223 waren dafür.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch nicht! Das ist doch Quatsch!)

- Doch. Wir haben das eben noch einmal nachrechnen lassen. - Wir müssen dazu sowieso noch eine repräsentative Umfrage machen. Ich gebe Barbara Moritz recht: Das, was der eine oder andere geschrieben hat, sehe auch ich nicht als repräsentativ an. Aber Sie wissen ebenso wie wir, dass Sie gegen einen Großteil der Kölner Bevölkerung Politik machen wollen.

Sie können natürlich jetzt eine Hülle dorthin bauen. Aber damit gefährden Sie die Gelder. Der Oberbürgermeister hat das hier exzellent begründet. Ihr Vorwurf, er wanke wie ein Schilfrohr

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner gesagt, aber es stimmt!)

- doch, das ist eben so gesagt worden -, ist einfach eine Unverschämtheit. Der Oberbürgermeister ist sehr bemüht, dass die Gelder, die das Land für die Archäologische Zone in Köln bereitstellen will, nicht durch eine Hülle gefährdet werden. Und darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU)

Lassen mich etwas zum historischen Ort sagen. Auch wir sind für den Bau eines Jüdischen Hauses der Kultur. Auch wir sind dafür, dass ein Jüdisches Museum gebaut wird. Erzählen Sie mir doch nicht, Herr Professor Bögner, dass ein Ort, der nur 30 Meter davon entfernt liegt - dort haben wir ein Grundstück, nämlich das Haus Kutz, das wir für 12 Millionen DM für die Stadt erworben haben -, kein kulturhistorischer Ort mehr sei. Das ist doch an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU)

Wir jedenfalls stehen dazu.

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage!)

- Nein, ich lasse jetzt keine Fragen zu. - Wir stehen dazu, dass wir zunächst eine Archäologische Zone bauen wollen. Dadurch ist die Entkopplung notwendig. Wir stehen aber auch dazu, dass wir das Jüdische Museum an einem anderen Ort bauen wollen, weil die Kölner Bürger ihren Rathausplatz mit seiner hohen Aufenthaltsqualität behalten wollen.

Ja, wir haben mal eine Computersimulation gemacht. Wir haben diese Hülle, von der Sie sprechen, auf den Rathausvorplatz projiziert. Das können Sie sich am 5. September anschauen, wenn wir Unterschriften sammeln, ohne dass wir

ein Bürgerbegehren daraus machen wollen, gnädige Frau.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sondern?)

- Wir wollen Ihnen nur einmal zeigen, wie sehr Sie Politik gegen die Kölner Bevölkerung machen. - Aus dieser Eins-zu-eins-Computer-simulation wird deutlich, welch schreckliches Gebilde dort entsteht und dass man von der Archäologischen Zone überhaupt nichts mehr wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen anderen Entwurf für diesen Platz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Echt? Wer hat den denn gemacht?)

Lassen Sie uns doch einfach unsere Meinung. Wir wollen sagen dürfen: Wir wollen diesen Platz für ein wirklich kulturelles Highlight in Köln, nämlich die Archäologische Zone. Wir wissen, dass das nicht ohne Schutzbauten geht. Aber es hat noch keiner einen richtigen Entwurf vorgelegt, wie filigran man die Schutzbauten machen kann.

(Widerspruch von der SPD)

- Nein, das ist überhaupt nicht wahr. Wir haben keine exzeptionelle Planung dafür. Wir sagen: Wir wollen diesen Platz freihalten.

(Michael Zimmermann [SPD]: Da kann man nichts freihalten!)

Zunächst aber geht es um die Entkopplung, um nicht die Gelder zu gefährden, die das Land dafür bereitstellt. Meine Damen und Herren, dafür werden wir auch stimmen. Wir danken dem Oberbürgermeister für seine Initiative in dieser Hinsicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Professor Bögner und Frau Moritz haben jeweils noch eine Frage.

**Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Herr Granitzka, drei Anmerkungen dazu:

Zum Ersten. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass in diesem hochkarätig besetzten Preisge-

richt auch zwei hochrangige Vertreter des Bauministeriums für diesen Entwurf gestimmt haben.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

- Nein. Sie sagen immer wieder, dieser Entwurf schädige die Förderfähigkeit des Projektes. Das ist einfach nicht wahr.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] - Winrich Granitzka [CDU]: Ich vertraue meinem Oberbürgermeister!)

- Wir eben nicht. Das ist der große Unterschied.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich dachte, es geht um Kulturhistorie!)

Zum Zweiten. Herr Sterck hat eindrucksvoll das Beispiel des Römisch-Germanisches Museums mit dem Dionysos-Mosaik genannt. Es gibt noch ein zweites Gebäude in dieser Stadt, über das mit Hochachtung gesprochen wird, nämlich das Diözesanmuseum. Gehen Sie dort einmal hinein! Sehen Sie sich einmal an, wie man dort mit den Ausgrabungen umgegangen ist: Man kann in einer großen Halle drüberlaufen. Das wird bei der Archäologischen Zone ähnlich funktionieren.

Zum Dritten. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass wir kein Jüdisches Museum bauen, wie man es an jeden Platz der Welt hinstellen könnte. Wir bauen ein Haus der jüdischen Kultur und Geschichte, was nur dort authentisch stattfinden kann, wo sich das jüdische Viertel im Mittelalter war. Insofern ist der Ort nicht zu verändern.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Der letzte Punkt. Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, indem Sie sagen: Wir möchten diesen Platz freihalten. Dieser Platz bleibt, egal, was passiert, nicht frei. Schon die Archäologische Zone allein wird diesen Platz einnehmen.

(Bernhard Ensmann [CDU]: Aber nicht 14 Meter hoch!)

Insofern sagen wir: Wir wollen beide Projekte zusammen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nun die Frage von Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Frage an Sie, Herr Granitzka. Sie haben einerseits gesagt: Wir wollen den Platz erhalten, und andererseits: Schutzbauten sind nötig. Auch habe ich etwas gehört, was mich sehr erstaunt hat. Aus diesem Grund möchte ich Sie fragen, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben gesagt: Wir haben einen Entwurf, der den Platz freihält. Hat denn die CDU auch einen Wettbewerb gemacht?

(Josef Müller [CDU]: Hat er nicht gesagt!)

- Dann habe ich Sie falsch verstanden. - Sie haben gesagt: Sie halten den Platz frei, wissen aber, dass dort Schutzbauten errichtet werden müssen. Ihnen ist schon klar, wie das aussieht, wenn Sie keinen Sockel auf dem Platz haben? Ich erinnere an den Entwurf von Trint + Kreuder - ich weiß nicht, ob Sie sich die Ausstellung angeschaut haben -, der eine ungefähre Vorstellung davon vermittelt, wie das aussehen würde: An der tiefsten Stelle in Richtung Wallraf-Richartz-Museum müssten Sie ungefähr mit einer Höhe von 3 bis 4 Meter rechnen, also ungefähr doppelt mannshoch, und an der niedrigsten Stelle mit ungefähr 2 Metern.

Es sei denn, Sie bevorzugen eine Archäologische Zone, die eine Tiefgaragenoptik hat wie heutzutage das Praetorium. Wenn man das Praetorium heute ausbauen würde, würde man die untere Etage des Flügels des Spanischen Baus in das Praetorium mit einbeziehen, einfach weil man die archäologischen Funde dann ganz anders präsentieren, ganz anders erleben kann als in einem Raum, in dem einem fast die Decke auf den Kopf fällt. Wenn Sie das heute so bauen wollen, dann ist das ein Schritt zurück, vielleicht nicht in die Römerzeit, aber in die 50er-Jahre. Damals hat man so etwas gemacht.

Wenn Sie das erlebbar

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:  
Begehrbar!)

- und begehrbar - machen wollen, müssen Sie den ganzen Platz mit einem Sockel bebauen und darauf ein paar Hütchen setzen. Wenn Sie meinen, das sei eine attraktive Platzgestaltung, dann unterscheiden sich unsere Meinungen allerdings gewaltig.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Da die angekündigten Fragen gar keine richtigen Fragen waren, sondern wieder neue Beiträge,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe mehrere Fragen gestellt!)

kehre ich jetzt wieder zurück zur ordentlichen Rednerliste. Es gibt noch einige Wortmeldungen dazu. Zunächst spricht für pro Köln Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass auch in dieser wichtigen kommunalpolitischen Sachfrage nach dem geeigneten Standort für das Museum der jüdischen Geschichte und Kultur in unserer Stadt die CDU-Fraktion auf Pro-Köln-Kurs eingeschwenkt ist. Ich gratuliere Ihnen dazu, dass es diesmal gelungen ist, den Oberbürgermeister bei diesem Schwenk mitzunehmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das wird Ihnen nie gelingen, Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Ich sage ja nicht, dass uns das gelungen ist. Ihrer Fraktion ist das offensichtlich gelungen. Das halten wir schon säuberlich auseinander.

Es sprechen zum einen sachliche Gründe für eine Trennung der Causa Archäologische Zone auf der einen Seite und Bau des Museums der jüdischen Geschichte und Kultur auf der anderen Seite. Herr Schramma hat dazu das Wesentliche gesagt. In dem Moment, in dem Sie mit der Planung, so wie sie jetzt für die Archäologische Zone allein erarbeitet worden ist, an das Land herantreten, sind Sie, was die Fördermittel betrifft, auf der sicheren Seite. Das ist im anderen Fall nicht so. Warum also hier ein Risiko eingehen? Dafür gibt es keinen vernünftigen und nachvollziehbaren Grund, zumal der Bau des Museums in naher Zukunft ohnehin nicht infrage kommt. Er steht also heute, im August 2008, genau genommen nur deshalb auf der Tagesordnung, weil Sie ihn dort haben wollten. Als architektonisches Projekt aber steht er genau genommen noch nicht auf der Tagesordnung.

Sie haben eingewendet, es sei sachlich zwingend, dass nur dieser Standort infrage komme, weil sich dort das historische jüdische Viertel im Zentrum von Köln befunden habe, während ein paar Meter weiter, auf dem Gelände des ehemaligen Kaufhauses Kutz, der Bezug verloren gehe.

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Steinwurf weit weg; man kann dort herübergucken. Warum das so bedeutend sein soll, leuchtet überhaupt nicht ein. Es ist natürlich ein erheblicher Unterschied - das wissen Sie selber -, ob Sie einen großen, massiven Klotz auf den Rathausvorplatz setzen und damit diesen zentralen Platz in der Mitte Kölns zubauen oder ob Sie dort eine Archäologische Zone mit einem Schutzbau unterbringen. Die Wirkung auf dem Platz ist eine völlig andere. Gerade das ist der Grund, warum die Anwohner Sturm dagegen laufen und sagen: Wir wollen das Museum, aber nicht an dieser Stelle. Das ist auch der Grund, warum es in der Bevölkerung eine klare, zumindest am Infostand fühlbare Mehrheit gegen diesen Standort gibt.

Es ist wahrlich nicht nachvollziehbar, warum es Kommunalpolitiker gibt, die allein aus dem Grund heraus, dass eine politische Formation ihre Meinung ändert, weil sie gemerkt hat, dass die Einstellung der Bevölkerung anders ist als zunächst angenommen, von Populismus reden. Wenn wir in einer Demokratie leben, muss sich doch in den zuständigen Gremien der Wille des Volkes auch in irgendeiner Form artikulieren können. Wie soll denn das passieren, wenn nicht über die gewählten Volksvertreter? Sie können doch die Vertretung von Mehrheitspositionen in der Kölner Bevölkerung nicht ständig und in nahezu allen Sachfragen der Fraktion pro Köln überlassen. Wo kämen wir mit unseren gerade einmal fünf Mitgliedern denn da hin?

(Beifall bei pro Köln)

Es kann doch nicht sein, dass die Bürgerinteressen hier immer nur von einer Minderheit vertreten werden.

Es ist zudem auch Ausdruck eines falschen Verständnisses von Elite, wenn man sagt: Wir haben hier einmal so und so geplant. Das ist eine Vorstellung, die wir schon vor Jahren in den politischen Diskurs eingebracht haben. Deshalb muss daran auch festgehalten werden. Jede abweichende Position, und sei es eine, die einen Standort sozusagen nebenan vorsieht, wäre abseitig und ein Ausdruck von Populismus.

Zum Schmunzeln hat mich der Einwand von Herrn Korn gebracht, der ausgerechnet Fritz Schramma Antisemitismus vorgeworfen hat. Als ich das gelesen habe, blieb ein bisschen Schadenfreude natürlich nicht aus. Daran kann man einmal sehen, wie schnell man mit abseitigen Beschimpfungen bedacht wird, wenn man sich in den Konflikt bestimmter Interessen hineinbegibt. Antisemitismus könnte man höchstens demjeni-

gen vorwerfen, der das Großmoscheeprojekt befürwortet, weil er damit, jedenfalls zumindest teilweise, für antisemitische Positionen Stücke von Infrastruktur bereitstellt.

(Beifall bei pro Köln)

In diesem Zusammenhang könnte man - das ist zugegebenermaßen sehr weit hergeholt - einen entsprechenden Vorwurf an die Adresse des Oberbürgermeisters richten. Aber auch dieser wäre in der Sache wohl nicht stichhaltig, wie ich ausdrücklich hier feststellen will.

So wird eine Diskussion in unsachliche Gewässer abgelenkt. Wir stimmen hier mit dem Oberbürgermeister für die Version I. Wir sind der Auffassung, diese Entkopplung ist möglich und sinnvoll: Archäologische Zone auf den Rathausvorplatz und Museum der jüdischen Geschichte und Kultur auf das Gelände des ehemaligen Kaufhauses Kutz. Das ist auch mehrheitsfähig in dieser Stadt, das ist vernünftig, das hat Hand und Fuß, und das findet deshalb auch die Unterstützung der Fraktion pro Köln.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Kellner, bitte, für die Linke.

**Michael Kellner (Die Linke.Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In den Jahren 1956 und 1957 wurde auf Anregung des damaligen städtischen Konservators das Trümmerareal vor dem Rathaus archäologisch untersucht. Dabei förderten die Sondierungen römische mittelalterliche Funde zutage, darunter ein einzigartiges Ensemble sowohl von Wohn- als auch von Funktionsbauten der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde Kölns, unter anderem neben Synagoge und Mikwe - ich erwähne das extra hier; denn das wird selten genannt - das bislang einzige erhaltene Beispiel einer Genisa, eines Archivs unter der Synagoge. Das Interesse nach einer Ausweitung der Ausgrabungen war geweckt und äußerte sich immer wieder in verschiedenen Versuchen und Plänen, bis es schließlich zum Beschluss des Rates 2006 kam, nach dem - ich zitiere - „der Rathausplatz wegen der Authentizität des Ortes der einzig mögliche Standort für ein „Haus der Jüdischen Kunst und Kultur“ ist. Wohl gemerkt, das war und ist Ratsbeschluss.

Die Widerstände gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes sind trotz eindeutiger Beschluss-

lage immer noch sehr groß. Nach Auffassung der Fraktion Die Linke.Köln sprechen folgende Gründe für eine Bebauung des Platzes:

Erstens. Die Funde unter dem Rathaus sind einmalig. Neben den römischen sind es vor allem die mittelalterlichen Zeugnisse der jüdischen Gemeinde Kölns, die eine weit über Köln hinausragende Bedeutung haben. Wo in Europa werden solche Zeugnisse einfach zugeschüttet, damit ein Platz - neben vielen anderen in der Nähe - erhalten bleibt?

Die Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der Jüdischen Kunst hat ihre Aktivitäten zum Bau dieses Hauses von Anfang an davon abhängig gemacht, dass dieses Haus der Jüdischen Kunst und Kultur über dem Rathausplatz gebaut wird. Für sie ist hier der historisch authentische Ort; denn unten liegen die begehbaren Zeugnisse, und darüber sollen diese Zeugnisse im eigenen Haus ausgewertet und interpretiert werden.

Zweitens. Die Kampagne der CDU gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes in Form von Annoncen und einer Unterschriftenaktion bedeutet eine Provokation gegenüber dem Rat und seinem Beschluss. Was sind Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, Beschlüsse des Rates wert? Gleichzeitig missachtet, ja, boykottiert sie mit ihren Aktionen auch die Auflagen der Gesellschaft. Sie müssen sich nicht wundern, wenn Ihnen unterstellt wird, dass Sie überhaupt kein Interesse am Bau des Hauses der Jüdischen Kunst und Kultur haben.

(Andreas Köhler [CDU]: Unverschämtheit!)

Drittens. Die Rathauslaube stand in gotischer Zeit etwas südlicher und wurde später bewusst nach Westen verschoben. Sie öffnet sich heute nicht dem Rathausvorplatz, sondern der Gasse, die nicht umsonst Portalsgasse heißt. Eine Bebauung des Platzes würde dieser Architektur wieder Rechnung tragen. Dieser Zugang muss eindeutig höher bewertet werden als der freie Blick auf die Fassade des Wallraf-Richartz-Museums, auf den der Stifterrat so viel Wert legt. Offensichtlich hat hier die Kampagne des *Kölner Stadt-Anzeigers* gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes ihren Ausgang genommen. Schließlich ist Alfred Neven DuMont der Vorsitzende des Stifterrates. Allerdings ist unserer Ansicht nach der Vorwurf des Antisemitismus in diesem Zusammenhang völlig fehl am Platz. Es geht hier um etwas viel Banaleres, nämlich um

die ganz persönlichen Interessen des Stifterrates des Wallraf-Richartz-Museums.

So weit zur notwendigen Bebauung des Rathausplatzes.

Es werden immer wieder Zweifel an der Finanzierung des Hauses der Jüdischen Kunst und Kultur laut. Ein Interview mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der Jüdischen Kunst und Kultur im *Stadt-Anzeiger* hat hier für Klarheit gesorgt. Für Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gilt: Wer die Bedingungen eines Vereins dermaßen ignoriert, muss sich nicht wundern, dass Stifter erst dann finanzielle Zusagen machen, wenn sicher ist, dass das geplante Museum auch wirklich am dafür vorgesehenen Ort gebaut wird. Und es ist infam, wenn genau dieses Verhalten der Stifter wiederum als Argument gegen eine Errichtung des Hauses auf dem Rathausvorplatz verwendet wird.

Zurzeit scheint das größte Problem in der Verbindung von Archäologischer Zone und dem Haus der Jüdischen Kunst und Kultur zu liegen. Sie, Herr Oberbürgermeister, wollen diese Verbindung zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt trennen. Als Grund dafür geben Sie die Qualifizierung der Archäologischen Zone am 22. September 2008 als A-Projekt für die Regionale 2010 an. Meine Fraktion fragt mit Recht nach den Bedingungen für diese Qualifikation. Ich selbst konnte bisher nur eine Bedingung feststellen: Das Projekt muss einen „irreversiblen Anfang“ haben. Es muss also 2011 noch gar nicht fertig sein, sondern kann stufenweise verwirklicht werden. Wenn dem so ist und die Archäologische Zone und das Haus der Jüdischen Kunst und Kultur zusammengehören, dann ist die Trennung beider Projekte nicht nachvollziehbar. Es sei denn, man spielt auf Zeit, um schließlich das Haus der Jüdischen Kunst und Kultur doch nicht auf dem Rathausvorplatz zu errichten.

Meine Fraktion wird die Beschlussvorlage Alternative II mit dem Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Teilen der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen

und Herren! Ich zitiere aus der *Neuen Zürcher Zeitung*:

Der Entwurf von Wandel Hoefler Lorch + Hirsch besticht durch verschiedene Qualitäten. Er lässt sich dank der Arbeit mit Fertigteilen und ohne weitreichende Eingriffe in die archäologische Zone realisieren

- jetzt kommt es -

- damit könnte das Jüdische Museum gleichsam als Schutzdach fungieren, unter dem sich die Ausgrabungen ohne Zeitdruck fortsetzen liessen.

So weit, Herr Professor Bögner, zur Qualität der ausländischen Pressearbeit. Wie man sieht, ist im Ausland anscheinend nicht klar geworden, worum es bei diesem Projekt geht und wie es gestaltet werden soll. Im selben Artikel, etwas weiter unten, wird geschrieben:

Und dies, obwohl die Bebauung durch Ratsbeschluss bewilligt worden ist und Schramma selbst das Siegesprojekt begrüsst hat.

Dass die Bebauung natürlich noch nicht beschlossen ist, wird hier verschwiegen. Aber so sind nun einmal die Fakten.

Meine Damen und Herren, je mehr man sich mit dem Projekt Archäologische Zone und Haus und Museum der Jüdischen Kultur beschäftigt, desto mehr lernt man darüber, wie ein an und für sich herausragendes Projekt langsam den Bach heruntergehen kann. Bei jedem Projekt ist das Spannungsverhältnis zwischen Zeit, Kosten und Qualität zu organisieren. Darin spiegeln sich die Faktoren erfolgreichen Handelns wider. Betrachten wir das vorliegende Projekt, sehen wir, dass wir dem anfangs unterstellten Zeitrahmen absolut hinterherhinken. Die Gesamtkosten sind bis heute unbekannt. Bis heute ist nicht einmal definiert, woran die Qualität bemessen werden soll.

Dabei war die Leitidee von Professor Hellenkemper durchaus richtig und sinnvoll. Verwaltung und Rat haben jedoch über ihre eigene Überzeugung hinaus vergessen, die Bürger für das Projekt zu begeistern, deren Einwände zu berücksichtigen und diese schlussendlich mitzunehmen. Es wurde vorausgesetzt, dass natürlich alle von alleine sehen werden, was sich dort tut und welche Chance sich Köln bietet.

Nach und nach werden nun die Minusseiten des Projektes offengelegt, dass dort nämlich nicht nur gegraben wird, sondern dass auch Schutzbauten errichtet werden. Jetzt soll sogar der gesamte Platz bebaut werden. Meine Damen und

Herren, die Authentizität des Ortes wird allein schon durch die Archäologische Zone gewahrt. Man muss einfach einmal als Faktum hinnehmen: Nicht das Haus und Museum der Jüdischen Kultur weist darauf hin, sondern die Archäologische Zone.

Darum wundert es auch nicht, wenn genau das Gegenteil dessen passiert, was sich Rat und Verwaltung erhofft haben, als sie dieses Projekt angegangen sind. Was für selbstverständlich gehalten wurde, ist eben nicht selbstverständlich. Was die Bürger wollen, ist tatsächlich genau das Gegenteil dessen, was von Verwaltung und Rat initiiert wurde. Statt einer opulenten Bebauung des Rathausvorplatzes wollen die Bürger einen gestalteten Platz. Wenn man sich die Bebauung des ersten Preisträgers anschaut, weiß man jetzt schon: Man wird am Spanischen Bau riesengroße Schilder aufhängen müssen, um auf das Rathaus aufmerksam zu machen. Ansonsten wird man es nämlich nicht erkennen und daran vorbeifahren.

(Zuruf: Genau!)

Hierbei spielt es auch keine Rolle, was sich vor mehreren hundert Jahren auf dieser Fläche befunden hat. Köln ist heute nun einmal keine mittelalterliche Stadt mehr. Die Menschen hier verstehen sich als Bürger einer urbanen Metropole, die sich vor allem durch Eigenschaften wie lebenswert, liebenswert, Weltoffenheit und hohe Aufenthaltsqualität definiert und nicht durch Attribute wie möglichst detailgetreue Rekonstruktionen vergangener Tage.

Die Meinung der Bürger zu dem Projekt Archäologische Zone und Jüdisches Museum von Beginn an zu erfassen, wurde versäumt beziehungsweise sie wurde bewusst nicht hinterfragt, sondern nur hinter verschlossenen Türen oder in kleinen Kreisen wie Symposien erörtert. Im Notfall soll das Projekt auch gegen den Bürgerwillen durchgezogen werden; zumindest die FDP ist in diesem Punkt ehrlich. Diesen Eindruck muss man gewinnen; denn bis heute wurde kein geregeltes Verfahren implementiert, wie die Bürger sich zu diesem Projekt äußern können, obwohl unser Stadtrecht vorschreibt, dass die Bürger frühzeitig in Projekte herausragender Qualität eingebunden werden sollen.

Dieses nun nachzuholen, fordert der erste Punkt unseres Änderungsantrages. Hierzu müssen den Bürgern auch die Alternativen, die den Platz freistellen, vorgestellt werden. Es gibt bis heute nicht eine einzige Umfrage, meine Damen und Herren, in der die Bürger auch nur andeutungs-

weise einer Bebauung zugestimmt haben. Bei jeder Umfrage bis heute haben die Bürger einer Freistellung des Platzes den Vorzug gegeben. Trotzdem hat sich ihre Meinung nirgendwo niedergeschlagen.

Nun zum zweiten Punkt. Es wurde wieder einmal geplant, ohne sich über die Kosten zu unterhalten. Kostengrößen werden immer erst dann in den Raum gestellt, wenn sie gar nicht mehr entscheidungsrelevant sind. Obwohl heute der Planungsbeschluss gefasst werden soll, ist noch nicht klar, welche Gesamtkosten auf die Stadt zukommen werden und welche Alternativen es hierzu gibt. Meine Damen und Herren, wenn man sich ein Auto kauft, entscheidet man sich auch nicht zuerst für ein bestimmtes Modell und wundert sich anschließend über die Kosten. Das fließt natürlich in die Entscheidung vorab mit ein. Solche einfachen Beziehungen werden jedoch in Köln systematisch außer Acht gelassen. Der Regierungspräsident hat in seiner Stellungnahme zum Doppelhaushalt eindeutig geäußert, was er davon hält. Bevor wir hier den Planungsbeschluss fassen, wollen wir erst die Alternativen und deren Kosten kennen. Das ist der zweite Aspekt in unserem Änderungsantrag.

Abschließend möchte ich hier noch eine Frage wiederholen, die ich Frau Moritz im Stadtentwicklungsausschuss gestellt habe, auf die ich aber keine Antwort bekomme habe: Die antragstellenden Fraktionen haben in ihrem Ratsbeschluss vom 18. Mai 2006 den Baubeschluss unter den Vorbehalt einer breiten öffentlichen Diskussion gestellt. Meine Damen und Herren, bisher haben sich die Bürger in jeder Diskussion, egal, in welchem Rahmen - sei es im sogenannten Meckerkasten des Oberbürgermeisters oder in diversen Umfragen der Medien -, dagegen ausgesprochen. Welches Verfahren, Frau Moritz und Herr Professor Bögner, haben Sie vorgesehen, damit die Bürger in der Lage sind, diesen Baubeschluss zu kippen? - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann dazu noch ein Zitat von Herrn Henseler vorlesen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. Als Nächste spricht Petra May. Bitte.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): „Geschichte ist nicht teilbar“? Sehr geehrter Herr Bögner, das habe ich nicht verstanden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür können wir doch nichts! - Zuruf von der CDU: Das wäre nicht das erste Mal!)

Es wäre interessant, mit Ihnen darüber in einen Diskurs zu treten, allerdings nicht zur jetzigen Stunde.

Ich habe heute eine Rede von einem Mitglied der Grünen zum Thema Bürgerbeteiligung gehört. Dieses grüne Mitglied sprach von der Kompetenz der Bürger bei Entscheidungen. Zwei Stunden später steht hier dessen Fraktionsvorsitzende und spricht lapidar von einem Meckerkasten, wenn sich Bürger schriftlich äußern. Das passt nicht zusammen.

(Beifall von Stephan Pohl [CDU])

Entweder sind die Bürger kompetent, oder sie sind nicht kompetent. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich an vielen Stellen geäußert - es gab ja eine breite Diskussion zu diesem Thema -, aber eine entsprechende Form der Bürgerbeteiligung gibt es bisher nicht. Das muss noch nachgeholt werden. An diesem Punkt fehlt und hapert es.

Darüber hinaus habe ich Herrn Kellner nicht verstanden und muss das auch noch einmal hinterfragen. Er sagte, in gotischer Zeit hätte die Laube südlich gestanden. Herr Kellner, die Renaissance kam nach der Gotik. Ich meine, man sollte sich dahin gehend etwas genauer informieren. Vielleicht ist es Ihnen auch nur so herausgerutscht. Aber das passt auch nicht zusammen.

Ich möchte darauf hinweisen - das ist wichtig -: Dem Platz kann überhaupt nicht die Authentizität genommen werden. Er hat sie, und er wird sie behalten. Eine andere Frage ist die Frage der Präsentation. Sie verweisen in diesem Zusammenhang immer wieder auf das Römisch-Germanische Museum. Aber der Unterschied zum Römisch-Germanischen Museum ist: Da steht kein Rathaus.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Dom!)

- Aber der Dom ist kein Zeichen politischer Partizipation.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur der Dom! Ach!)

Wir sollten doch aus der heutigen Diskussion eines gelernt haben, nämlich dass Religion und Kirche zwei verschiedene Dinge sind.

Warum sprechen hier immer einige von einem Rathausvorplatz? Reden wir doch über den Platz, wie er eigentlich ist. Es ist ein Rathausplatz. Darauf bestehe ich. Ich möchte, dass wir in den weiteren Diskussionen von einem Rathausplatz reden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Historikerin reden Sie jetzt aber Unsinn, denn der Rathausplatz ist das historisch nicht!)

- Aber er ist es jetzt, historisch.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Jetzt, historisch“? Aha!)

Deswegen ist es nicht entscheidend, wo etwas gebaut wird.

Es gibt in aller Welt bedeutende Funde. Aber nicht über jedem bedeutenden Fund steht auch ein Museum. Ich mache es kurz: Den Vorschlag von der CDU, an anderer Stelle zu bauen, werde ich unterstützen. Ich werde auch diese Unterschriftenaktion unterstützen. Vielleicht bietet sich auch noch eine andere Form der Bürgerbeteiligung. Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz noch einmal.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! In der Anlage zu dem Beschlussvorschlag stehen etliche Dinge, die nicht zu diesen Änderungen passen. Deshalb beschließen wir nur den Beschlusstext und nicht das, was in der Anlage steht. Das passt nicht. Ansonsten müssten wir jetzt einzelne Passagen streichen, die sich mit der Frage beschäftigen - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz, das ist doch völlig klar. Wenn jetzt ein Beschluss gefasst wird, wird dieser auch umgesetzt.

Ich möchte Sie und Herrn Professor Dr. Bögner aber noch etwas fragen, um sicherzustellen, dass wir über das Gleiche reden. Sie sind sich darüber im Klaren, dass das Ministerium und

damit auch die Regionale das, was wir über die Archäologische Zone hinaus gestalten, nicht finanziert?

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:  
Ja!)

Sie sind sich also darüber im Klaren, dass, wenn wir jetzt quasi die Hülle des Hauses bauen würden, das auf unsere Kosten ginge?

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:  
Ja!)

Denn das ist sicher. Ich frage das deshalb, weil eben das entscheidend ist. Wir könnten allerhöchstens eine Differenz aushandeln - das haben wir damals auch besprochen -, weil die Archäologische Zone irgendwie - ich sage es einmal ganz simpel - abgeschlossen werden muss, ob jetzt mit Glas oder wie auch immer. Und das kostet Geld. Das gehört zu den Baukosten. Das andere aber, das Sie jetzt beauftragen werden, nämlich die Errichtung der Hülle des Hauses, kostet wesentlich mehr.

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:  
Nein!)

- Wahrscheinlich.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das Delta ...!)

- Das Delta müsste mit dem Beschluss durch Sie dann dargestellt werden. Das ist wichtig. Das wollen wir hier klarstellen.

Ich sage Ihnen, Frau Moritz, noch einmal ganz deutlich: Den Begriff Meckerkasten lehne ich ab. Denn wir haben bewusst nicht dazu aufgefordert, sich dort gezielt negativ zu äußern, sondern lediglich die Bürger darum gebeten, Ihre Meinung abzugeben. Das müssen Sie fairerweise zugeben. Sie selbst haben doch gesagt, es seien erstaunlich viele positive Meinungen darunter.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben!)

Also kann doch hier nicht von einem Meckerkasten die Rede sein. So war es auch nie gemeint. Es ist aber auch keine repräsentative Umfrage; das will ich auch klar sagen. Aber das hat auch niemand behauptet.

In Ihrem damaligen Beschluss stand, dass wir eine Bürgerbeteiligung - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, eine Debatte, eine breite öffentliche Debatte! Und die wird geführt!)

- Okay. - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Lassen Sie mich zum Abschluss der Debatte Folgendes sagen: Es ist einfach interessant, zu welchen Instrumenten gegriffen wird, wenn man ein gewisses Ergebnis erzeugen will, und wie das vom Presseamt kommentiert wird. Dazu gehört der von Frau Moritz genannte Meckerkasten ebenso wie die Unterschriftensammlung der CDU. Das macht sie ja sonst nicht. Daran merkt man schon, wo das hinführen soll.

Da Sie gerade angesprochen haben, dass wir hier in Vorleistung treten, lassen Sie mich noch zwei Aspekte aus der Hauptausschussdebatte anführen. Natürlich tritt die Stadt in Vorleistung, in vielen Fragen. Wir selbst waren einer Meinung, dass wir für den Rohbau des Kammermusiksaals im Rautenstrauch-Joest-Museum in Vorleistung treten sollten, weil wir noch nicht das Geld für den Ausbau hatten. Sie und auch unsere Fraktion haben dem damals zugestimmt, weil wir die große Chance gesehen haben, den Kammermusiksaal dort zu realisieren.

An der U-Bahn-Haltestelle Heumarkt - demnächst wird sie Kapitol heißen - investieren wir wahrscheinlich eine dreistellige Millionensumme. Das ist die Vorleistung für eine Ost-West-U-Bahn, die wir uns natürlich wünschen.

(Karl Klipper [CDU]: Jetzt höre aber auf, Ralph! Das ist doch Quatsch!)

Aber ob sie in fünf, zehn oder 50 Jahren kommt, weiß heute kein Mensch. Wir treten jetzt in Vorleistung, weil es bei der späteren Umsetzung kostengünstiger wird.

Deswegen zieht dieses Argument nicht. Wir wollen das Jüdische Museum. Wir wollen die entsprechende Stiftung motivieren, das Geld zu sammeln.

Ich will auch noch einmal das aufgreifen, was Sie, Herr Müser, hier gesagt haben, nämlich dass nie beschlossen worden sei, das Areal entsprechend zu bebauen. Das ist falsch. Mit dem Beschluss vom 18. Mai 2006 ist genau das beschlossen worden.

Den Kolleginnen und Kollegen der CDU muss ich auch sagen: Dieses Haus der Jüdischen Kultur fällt hier nicht plötzlich vom Himmel. Das

stand schon so in der Wettbewerbsausschreibung, der Sie auch zugestimmt haben. Das ist keine zehn Jahre her, sondern das wurde gerade einmal vor sechs Monaten beschlossen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Damals haben Sie dem noch zugestimmt. Deswegen können Sie doch nicht sagen: Huch, da ist plötzlich ein Museum! Sie haben das mitgetragen. Das Gleiche hatten wir doch eben schon einmal beim Moscheebau, als Sie gesagt haben: Moschee - grundsätzlich ja, aber bitte nicht so. Jetzt sagen Sie: Haus und Museum der Jüdischen Kultur - grundsätzlich ja, aber bitte nicht hier.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was ist denn daran falsch?)

Sie knicken einfach ein: vor der gefühlten Mehrheitsmeinung und einer Kampagne, die die eine oder andere Zeitung zu diesem Thema angezettelt hat. Ich erwarte von einer Volkspartei, dass sie erkennt, was für die Stadt das Richtige ist, und dass sie dann auch das Richtige tut, indem sie auch einmal eine Entscheidung trifft, die vielleicht nicht direkt mehrheitsfähig ist. Am Ende werden wir sehen, dass das die richtige Entscheidung für Köln ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Klipper, bitte.

**Karl Klipper** (CDU): Herr Sterck, Sie können meinetwegen hier Geschichtsklitterei betreiben und sogar aus dem nichtöffentlichen Teil des Preisgerichts berichten, wie Sie wollen. Darf ich Sie aber daran erinnern, Herr Sterck - Sie werden mir nicht widersprechen -, dass erstens in dem Auslobungstext ganz klar die Zweistufigkeit zum Ausdruck gebracht wurde und dass zweitens im Vorbericht ganz klar festgehalten ist, dass genau dieser Punkt nicht erfüllt worden ist? Sie können doch jetzt nicht einfach darüber hinweggehen. Gerade auf diese Zweistufigkeit haben wir Wert gelegt.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass ich - Herr Sterck, nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis - den Vorsitzenden des Preisgerichts darauf aufmerksam gemacht habe, dass dieser wesentliche Punkt nicht erfüllt worden ist. Aber vom Vorsitzenden des Preisgerichts wurde ein-

fach darüber hinweggegangen. Sie können doch hier nicht sagen, dass - -

(Martin Börschel [SPD]: Ist das jetzt auch aus der geheimen Sitzung?)

-Bitte? Das ist doch genau das, was Sie erzählt haben. Ich habe nur auf diesen Punkt hingewiesen. Deswegen möchte ich Sie, Herr Sterck, bitten: Wenn Sie hier schon darüber berichten, dann tun Sie das wenigstens ordnungsgemäß und richtig.

**Bürgermeister Josef Müller:** Vielen Dank. Als Nächster hat Herr Dr. Lemper das Wort und danach Frau Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe mich lange vorher gemeldet!)

-Aber da war ich noch nicht hier. - Herr Dr. Lemper hat das Wort, dann Frau Moritz und danach Herr Dr. Bögner.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Frau Moritz, ich hatte mich noch vor Herrn Sterck gemeldet, obwohl ich ihm jetzt antworten wollte.

(Martin Börschel [SPD]: Wie kann das denn gehen?)

Das war ja nur ein Gag.

**Bürgermeister Josef Müller:** Herr Lemper, zur Sache, bitte, damit wir weiterkommen.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Ich wollte noch einmal auf Folgendes hinweisen: Unabhängig von der Position, die man vertritt, muss man die Sachverhalte hier objektiv darstellen. Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten, festzustellen, dass der historische Ort ist, von dem Sie gesprochen haben. Aber in dem Auslobungstext - dieser war ja Grundlage für den Wettbewerb - steht ausdrücklich drin - -

(Ralph Sterck [FDP]: Dass da ein Museum gebaut wird! Dem haben Sie zugestimmt, und jetzt stimmen Sie dagegen!)

**Bürgermeister Josef Müller:** Herr Kollege, lassen Sie Herrn Lemper einmal aussprechen.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Dort steht ausdrücklich drin, dass es zwei Schritte gibt - -

(Weitere Zurufe von der SPD und der FDP)

**Bürgermeister Josef Müller:** Lassen Sie ihn doch bitte einmal aussprechen.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Herr Sterck, Sie leiden wahrscheinlich darunter, dass bei Ihnen im Namen das „A“ fehlt. Deswegen brüllen Sie hier immer so.

Es steht dort ausdrücklich drin, dass es zwei Schritte gibt, und zwar voneinander unabhängig: zum einen die Frage der Archäologische Zone und zum anderen die Frage des Jüdischen Museums. Beides ist zunächst einmal entkoppelt. Darüber haben wir im Hauptausschuss schon lang und breit diskutiert. Diesen Tatbestand müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

Zweitens. Lesen Sie sich doch bitte noch einmal den Beschluss durch, von dem Sie hier ständig reden. In diesem Beschluss

(Martin Börschel [SPD]: Welchen meinen Sie denn)

- dem Ratsbeschluss - steht nämlich: Ob das Jüdische Museum dort gebaut wird, hängt von verschiedenen Schritten ab. Einer dieser Schritte ist die Befragung der Bevölkerung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, eine breite öffentliche Debatte, nicht eine Befragung!)

- Entschuldigung, das schließt doch eine breite öffentliche Debatte mit ein. Die CDU-Fraktion hat zu dieser breiten öffentlichen Debatte den Antrag gestellt, dazu auch eine Befragung durchzuführen. Dieser Antrag ist von Ihnen abgelehnt worden. Auf jeden Fall gehört zu einer breiten öffentlichen Debatte auch die Einbeziehung der Meinung der Bevölkerung. Ansonsten hätte eine breite öffentliche Debatte überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Das ist - -

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Nein, Herr Börschel, das hat mit Glauben nichts zu tun. Sie müssen einfach einmal die Anträge und die Beschlüsse lesen.

(Martin Börschel [SPD]: Ich lese sie ja!  
Du meine Güte!)

Ich lese Ihnen das jetzt vor:

Ob eine Realisierung auf dem Rathausvorplatz erfolgt, hängt von der Umsetzung folgender Maßgaben ab: ... Wegen der besonderen Bedeutung des Vorhabens und der Standortfrage soll eine breite öffentliche Debatte stattfinden.

Eine breite öffentliche Debatte hat doch nur dann Sinn, wenn man fragt, ob die Bürger dafür oder dagegen sind, also wie die Bürger das einschätzen. Ansonsten macht doch eine solche Debatte gar keinen Sinn.

(Martin Börschel [SPD]: Was haben Sie denn für ein Debattenverständnis!)

Wenn Sie nicht wissen, aus welchen Motiven heraus Sie solche Beschlüsse fassen, Herr Börschel, dann tun Sie mir wirklich leid.

(Martin Börschel [SPD]: Um Gottes willen! - Weitere Zurufe von der SPD)

**Bürgermeister Josef Müller:** Meine Damen und Herren, hören Sie ihm doch bitte zu.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Ich sage nur, man sollte die Sachverhalte hier objektiv darstellen, unabhängig davon, welche Position man in dieser Frage vertritt. Das war eine Voraussetzung für diese Diskussion. Diese Diskussion haben Sie, nachdem wir als CDU-Fraktion den Antrag gestellt haben, abgewürgt. So ist es.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeister Josef Müller:** Vielen Dank. Frau Moritz hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Bürgermeister, ich möchte noch einmal etwas zu den Behauptungen von Herrn Klipper, der es eigentlich besser wissen müsste, bezüglich des Preisgerichtes sagen. Leider bin ich vorhin nicht dazu gekommen. Es gibt offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen, wie so etwas funktioniert.

Zuerst werden ganz viele Kriterien für die Beurteilung aufgestellt. Es gibt keinen einzigen Entwurf - Herr Streitberger sollte mich korrigieren, wenn ich etwas Falsches sage -, der alle Krite-

rien erfüllt. Das Preisgericht wägt diese Dinge ab und entscheidet, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht. Dafür gibt es die Spalten: nicht erfüllt, mittel erfüllt, gut erfüllt, besonders gut erfüllt. Dafür haben wir ein Preisgericht.

Das Preisgericht wägt das ab und entscheidet, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht. Das Preisgericht - -

(Walter Grau [CDU]: Es darf aber nicht dem Ratsbeschluss widersprechen!)

**Bürgermeister Josef Müller:** Zurzeit hat Frau Moritz das Wort. Ich bitte Sie darum, sich gegenseitig zuzuhören.

(Walter Grau [CDU]: Ich höre doch zu, aber sie versteht es nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Hören Sie sich doch bitte gegenseitig einmal zu. Frau Moritz hat das Wort.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Wenn das so weitergeht, plaudere ich einmal aus dem Nähkästchen, wie sich die CDU-Mitglieder des Preisgerichts entschieden haben. Ich tue das nicht; denn das darf ich nicht. Aber das wäre nicht zu Ihrem Vorteil.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Jetzt sage ich es trotzdem noch einmal: Das Preisgericht hat diesen Entwurf deshalb ausgewählt, weil er die Zweistufigkeit mit einer anderen Idee als die 35 anderen gelöst hat. Genau deshalb! Es kann ja sein, dass einer von Ihnen draußen war, als das besprochen wurde.

**Bürgermeister Josef Müller:** Herr Professor Bögner hat das Wort.

**Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Lieber Herr Bürgermeister! Ich hatte mich eigentlich gemeldet, um die beiden Fragen, die der Oberbürgermeister mir gestellt hat, zu beantworten.

**Bürgermeister Josef Müller:** Das wird ja protokolliert. Er kann das nachlesen.

**Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Das war kein Vorwurf an den Oberbürgermeister. Ich ha-

be volles Verständnis dafür, dass er auch einmal den Saal verlassen muss.

Eigentlich wollte ich, wie gesagt, nur diese beiden Fragen beantworten. Aber jetzt will ich doch noch zwei Dinge sagen zu dem, was Herr Lemper hier gesagt hat.

Erstens. Die breite öffentliche Debatte hat die ganze Zeit über stattgefunden.

(Karl Klipper [CDU]: Überhaupt nicht!)

Ganze Veranstaltungen haben zu diesem Thema stattgefunden. Das Bürger-Bündnis hat Veranstaltungen im Senats Hotel gemacht. Wir haben Veranstaltungen gemacht.

(Karl Klipper [CDU]: Wo denn?)

- Wir haben allein zwei Veranstaltungen mit dem Kulturforum im Wallraf-Richartz-Museums gemacht. Ich kann Ihnen die Einladungen zeigen. Wir haben alle möglichen Veranstaltungen gemacht.

(Weitere Zurufe von der CDU)

**Bürgermeister Josef Müller:** Meine Damen und Herren, hören Sie doch bitte einmal zu. Jeder kann sich doch zu Wort melden. - Herr Müser, ich habe Sie gesehen. Solange er spricht, können Sie nicht reden.

**Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Eine einzige Partei, die nicht diskutiert hat, ist die CDU. Die einzige Partei, die noch nicht einmal einen Vortrag aus dem Preisgericht in ihrer Fraktion zugelassen hat, war die CDU -

(Zurufe von der SPD: Das ist ja unglaublich! - Das ist ja peinlich! - Widerspruch von der CDU)

weil Sie eine festgelegte Meinung hatten, weil Sie sich überhaupt nicht inhaltlich mit der Sache auseinandersetzen wollten.

(Anhaltende Unruhe)

**Bürgermeister Josef Müller:** Meine Damen und Herren, ich bitte darum, dieser Debatte disziplinierter zu folgen.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Jetzt gebe ich die Antwort auf die beiden Fragen des Oberbürgermeisters.

Erstens. Die Zweistufigkeit stellt auch der erste Preisträger her, nur in einer anderen Form. Das hat Frau Moritz hier schon dargestellt.

Zweitens. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie mit dem Land über diese Form des Schutzbaus verhandelt. Sie muss natürlich darauf achten, beim Land so viel wie möglich für diese Art des Schutzbaus herauszuhandeln.

(Walter Grau [CDU]: Und den Rest bezahlen wir mit dem Haushalt!)

Ein Teil dessen steht ja mit dem Jüdischen Museum im Zusammenhang. Dann wird man in Verhandlungen mit der Stiftung eintreten müssen, welchen Teil die Stiftung übernimmt. Das ist auch in dem Änderungsantrag ganz klar so formuliert. Herr Oberbürgermeister, ich hoffe, Ihre Fragen damit beantwortet zu haben.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank. Sie entschuldigen und nehmen es nicht persönlich, dass ich für kurze Zeit den Saal verlassen musste. Aber es gibt bestimmte Dinge, die einen einfach dazu zwingen.

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]: Ich hatte mein Verständnis dafür schon geäußert!)

Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Lemper ist mir leider zuvorgekommen, als er klargemacht hat, was der Beschluss wirklich aussagt, nämlich dass es definitiv keinen Baubeschluss gibt. Das ist sogar explizit aufgeführt. Es ist kein Baubeschluss gefasst worden, im Gegenteil: Der Baubeschluss ist von verschiedenen Maßgaben abhängig gemacht worden.

Herr Professor Bögner, dass Sie erst die Bevölkerung auffordern, ihre Meinung kundzutun, und anschließend sagen, dass diese Ihnen völlig egal sei, ist schon hinterlistig. Das ist nicht nur eine Ignoranz des Bürgerwillens, sondern hier wird der Bürger auch noch vorgeführt. Diese Überheblichkeit, die Sie, Herr Dr. Bögner, an den Tag

legen mit dieser Ihrer Äußerung, es sei Ihnen völlig egal, zu welchen Ergebnissen diese breite öffentliche Debatte führt,

(Beifall bei der CDU)

hätte ich von einer Volkspartei wie der SPD nicht erwartet.

(Zuruf von der CDU: Ich schon!)

Ich habe Sie vorhin schon gefragt: Was muss der Bürger tun, um in dieser breiten öffentlichen Debatte klarzumachen, dass er dagegen ist? Was muss der Bürger tun, damit Sie den Baubeschluss, der unter den Vorbehalt dieser Debatte gestellt ist, nicht umsetzen? Darauf haben Sie keine Antwort gegeben. Stattdessen sagen Sie: Es ist mir vollkommen egal, was der Bürger will.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor. Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Sterck, Sie dürfen nicht so streng sein mit der CDU-Fraktion. Natürlich ist die CDU-Fraktion umgefallen, völlig klar. Sie ist in der Causa Moscheebau umgefallen, sie ist jetzt bei der Frage nach dem geeigneten Standort für das Museum der Jüdischen Geschichte und Kultur umgefallen. Klare Kiste. Woran liegt das? Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage der bedauernswerten Kölner CDU-Spitze. In deren Haut möchte man nicht stecken. Ihr sitzt die Bevölkerung im Nacken, und ihr sitzt pro Köln im Nacken.

(Lachen bei der CDU)

Was machen Sie dann? Sie blicken voll Sorge auf den Juni des kommenden Jahres. Sie ahnen ja nicht, dass wir nicht nur Ihnen Stimmen wegnehmen, sondern durchaus auch im linken Milieu unsere Erfolge haben. Sie sind also nicht die Einzigen, die Grund haben, sich Sorgen zu machen. Mit Blick auf den 7. Juni 2009 agitieren Sie dann vor sich hin und beweisen, dass es ohne Weiteres, jedenfalls in der Politik, möglich ist, dass der Schwanz mit dem Hund wackelt. Genau das beweist die CDU-Fraktion hier in dieser Ratssitzung. Ich kann dazu nur feststellen: Besser so als andersrum. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wenn sich demnächst vielleicht die Mehrheitsverhältnisse im Rat ändern,

kann das ohne Weiteres auch ohne eine offizielle Koalition politisch wirksam werden.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich denke, es sind jetzt alle Argumente ausgetauscht. Wir können dann zur Abstimmung kommen. Wir müssen in mehreren Schritten abstimmen.

Da der Änderungsantrag von Herrn Dr. Müser der weitestgehende ist, stimmen wir über diesen zuerst ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Antragsteller selbst, Frau May, die CDU-Fraktion und pro Köln. Gegenstimmen? - Bei der SPD, bei der Fraktion der Grünen, bei der FDP und bei der Linken. Ich selbst enthalte mich bei dem Antrag von Herrn Dr. Müser.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Bisher der größte Erfolg für den Müser!)

Als Nächstes stimmen wir über die in der Vorlage enthaltene Alternative I ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, pro Köln und meine Stimme. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Petra May ist das mit Mehrheit so abgelehnt.

Das heißt, wir reden jetzt nur noch über die Alternative II. Dazu liegt ein Änderungsantrag vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP und die Linke. Gegenstimmen? - Das sind die CDU, Petra May, pro Köln und meine Stimme. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Alternative II mit diesen Änderungen. Das ist die letzte Abstimmung zu diesem Komplex. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP und die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit der entsprechenden Mehrheit so beschlossen. Wir werden diesen Beschluss natürlich so umsetzen.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe die nächsten Tagesordnungspunkte jetzt wieder in der üblichen Reihenfolge auf.

Tagesordnungspunkt 9.7:

**9.7 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO (neue Fas-**

**sung) in Verbindung mit § 7 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2007 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 1502-0901-1-2040, Neugestaltung Dom-Bahnhofsumgebung 2210/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig.

Tagesordnungspunkt 9.8:

**9.8 Erweiterung des Naturparks Rheinland (Kottenforst-Ville) 2293/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig, wie Anlage 2.

Tagesordnungspunkt 9.9:

**9.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2007 für das Gürzenich-Orchester Köln 2609/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

9.10 haben wir abgearbeitet, daher jetzt Tagesordnungspunkt 9.11:

**9.11 Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2860/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.12:

**9.12 Sanierung des Opernhauses und Neubau des Schauspielhauses sowie der Produktionsstätten in Köln, Offenbachplatz 2968/2008**

Auch das ist eine wichtige Entscheidung. Hier wollen wir wie Finanzausschuss, Anlage 6, abstimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Petra May.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Ich nehme zu dieser Vorlage Stellung. Ich werde dagegen stimmen. Als ich die Entwürfe für das Schau-

spielhaus gesehen habe, dachte ich spontan: Jetzt ist hier der Größenwahn ausgebrochen. Ich war einfach nur entsetzt, in welchem Verhältnis hier die Entwürfe präsentiert worden sind. Es wird schon diskutiert, das zu ändern. Ich bedauere, dass das Schauspielhaus nicht saniert, sondern abgerissen wird. Ich kann mich dieser Vorlage nicht anschließen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Herr Dr. Müser und Petra May sind dagegen. Enthaltungen? - Gibt es bei pro Köln. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Nun zu Tagesordnungspunkt 9.13:

**9.13 Ersatzspielorte für die Städtischen Bühnen Köln 2975/2008**

Abgestimmt wird wie Anlage 3 aus dem Unterausschuss Opernquartier. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Wiederum von Dr. Müser und Petra May. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.14:

**9.14 Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt hier: 1. Bauabschnitt - Restaurierung Pferd und Reiter 3133/2008**

Keine Wortmeldungen? - Keine Gegenstimmen? -

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Doch!)

- Ich habe schon darauf gewartet.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ich habe auf die Rede verzichtet, Herr Oberbürgermeister! - Beifall bei der CDU)

- Wunderbar, das ist gut. Herr Detjen.

Also: Gegen die Stimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9.15:

**9.15 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 1002 - Denkmalpflege -, Teilplanzeile 13 -**

**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen -, Haushaltsjahr 2008  
hier: Bodensanierung Alt Sankt Alban  
3173/2008**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen. Es ist ganz wichtig, dass wir das endlich zu Ende bringen. Auch diese kulturhistorische Gedenkstätte ist ein Kulturthema in dieser Stadt, was bisher viel zu wenig Beachtung findet.

Tagesordnungspunkt 9.16:

**9.16 Zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente des Einzelhandels in der Stadt Köln - Neue Kölner Sortimentsliste  
0369/2008**

Abgestimmt wird wie Anlage 4, Wirtschaftsausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Die nächsten Tagesordnungspunkte sind zurückgezogen worden. Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 9.21.

(Zurufe: Auch zurückgezogen!)

- Entschuldigung, diesen Punkt hatten wir auch zurückgezogen beziehungsweise das machen wir notfalls per DE; darüber hatten wir am Anfang schon gesprochen.

Jetzt kommt noch eine schöne Sache, nämlich Tagesordnungspunkt 9.22:

**9.22 Sonderausstellung „Gerhard Richter - Abstrakte Bilder“, 18. Oktober 2008 - 01. Februar 2009 im Museum Ludwig  
hier: Sponsoringvertrag mit der Rhein-Energie AG und Sponsoringvertrag mit der Ströer Out-of-Home Media AG  
3771/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen. Das ist toll.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 11 auf:

**11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

**11.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 69427/03**

**Arbeitstitel: "Östlich Poller Kirchweg B" in Köln-Poll  
2329/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

**11.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61439/04  
Arbeitstitel: Waldsiedlung in Köln-Junkersdorf  
(Behebung von Fehlern im ergänzenden Verfahren gemäß § 214, Abs. 4 BauGB)  
3239/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 14 auf:

**14. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

Wir kommen zuerst zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1. Regionale 2010  
Städtebauliches Leitprojekt „Stadtentwicklung beiderseits des Rheins“  
Dossier  
3119/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Wiederum ein einstimmiger Beschluss.

Damit sind wir schon bei Tagesordnungspunkt 16:

**16. Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlausschusses für die Kommunalwahl 2009  
2163/2008**

Sie alle sollten jetzt in der Nähe bleiben; denn es ist geheime Wahl beantragt.

Ich muss Ihnen noch einige Verfahrensformalitäten zu diesem Wahlakt der Beisitzerinnen und

Beisitzer des Wahlausschusses für die Kommunalwahl 2009 mitteilen. Wenn kein einheitlicher Wahlvorschlag zustande kommt, wird gemäß § 50 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung

... nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlvorgang abgestimmt. Dabei sind die Wahlstellen auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und Gruppen des Rates nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch die Teilung der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmzahlen durch 1, 2, 3 usw. ergeben.

Sie kennen das Verfahren.

Ich komme jetzt zu den Wahlvorschlägen. Gewählt werden die ordentlichen Mitglieder des Ausschusses und die Stellvertreter. Mir liegen bislang zwei Listen vor. Liste 1 ist eine gemeinsame Liste von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Diese Liste werde ich Ihnen - -

(Zuruf von der CDU: Du musst noch gongen!)

- Ach so.

(Gong - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen noch die Ausschussgröße beschließen!)

- Wir werden gleich auch noch über die Ausschussgröße beschließen. Ich warte aber noch, bis alle wieder im Saal sind. Mit dem Gong habe ich ja alle dazu aufgefordert, hereinzukommen.

Bezüglich der Ausschussgröße wurde vorgeschlagen, zehn Sitze zu vergeben; dazu kommt der Wahlleiter, sodass es also insgesamt elf Personen sein werden. Diese zehn Sitze sind jetzt zu vergeben. Wer ist dagegen, dass wir den Ausschuss mit zehn Personen besetzen? - Keiner ist dagegen. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Dann ist das einstimmig beschlossen, ohne meine Stimme natürlich, aber mit meinem Wohlwollen.

Ich nenne jetzt die Vorschläge der Liste 1. Vorgeschlagen wurden Josef Müller, Walter Grau, Dr. Helge Schlieben, Michael Zimmermann, Cornelia Schmerbach, Karl-Heinz Walter, Johannes Waschek, Jörg Frank, Stephan Pohl und Ulrich Breite. Als Stellvertreter beziehungsweise Stellvertreterin wurden Gisela Manderla, Helmut Jung, Herbert Gey, Martin Börschel, Peter Kron, Dietmar Ciesla-Baier, Professor Dr. Hans-Georg Bögner, Kerstin Ciba, Andreas Wolter und Manfred Wolf vorgeschlagen.

Liste 2 ist die Liste von pro Köln. Die Fraktion pro Köln benennt Frau Judith Wolter und als Stellvertreter Hans-Martin Breninek.

Gibt es weitere Vorschläge, meine Damen und Herren? - Gibt es nicht. Bevor wir gleich in den Wahlakt eintreten, möchte ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Machen Sie bitte Ihre Wahlentscheidung nur durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, insbesondere dann, wenn noch Zusätze wie „ja“ oder „nein“ gemacht werden. Sie brauchen also nur ein Kreuz zu machen.

Ich bitte nun unsere Schriftführerin, Frau Kramp, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen. Ich selbst werde - das hatte ich eben schon gesagt - bei dieser Wahl nicht mitstimmen. Frau Kramp, bitte.

(Aufruf der Ratsmitglieder und Stimmabgabe von 21.54 Uhr bis 22.04 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Haben alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben? - Das ist der Fall. Ich erkläre den Wahlgang für geschlossen. Ich bitte nun um die Auszählung der Stimmen.

(Auszählen der Stimmen von 22.04 Uhr bis 22.09 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis mitteilen. Es sind 89 Stimmen abgegeben worden; ein Ratsmitglied musste inzwischen den Saal verlassen. Alle Stimmen sind gültig.

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Es ist eine ungültig!)

- Ich korrigiere: Eine Stimme ist ungültig.

Es gab zwei Stimmenthaltungen. Von den verbleibenden 86 Stimmen entfallen auf den Listenvorschlag 1 81 Stimmen, auf den Listenvorschlag 2 entfallen fünf Stimmen. Damit sind die zehn Mitglieder des Rates von der Liste 1 gewählt. Die Liste hat also komplett gezogen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich lege das Abstimmungsergebnis zum Protokoll und sage den Stimmzählern vielen Dank.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 16.2 auf:

**16.2 Antrag der FDP-Fraktion**

**hier: Benennung eines Mitgliedes aus dem Jugendhilfeausschuss für den Unterausschuss Ganztagsbetreuung AN/1407/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Bei der nun folgenden Abstimmung stimme ich als OB nicht mit. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen, ohne Beteiligung des OB.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16.3 auf:

**16.3 Ausländerrechtliche Beratungskommission, Einsetzung der Mitglieder durch den Rat 2681/2008**

Auf Wunsch der SPD sollen Susana dos Santos Herrmann und als Stellvertreterin Cornelia Schmerbach gewählt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Helling, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich gebe den Hinweis, dass wir nach Anlage 2 wählen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das hätte ich noch hinzugefügt. Wir stimmen also ab gemäß Anlage 2, wie Herr Helling richtig gesagt hat. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17:

**17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17.1 auf:

**17.1 Übernahme von 7 katholischen Kindertageseinrichtungen in städtische Trägerschaft zum 01.08.2008 2967/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

An dieser Stelle kann ich die öffentliche Sitzung schließen. Die Dame und den Herrn aus dem Publikum bitte ich, den Saal zu verlassen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und eine gute Nacht!

(Schluss: 22.13 Uhr)